



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Das Nationalitätenproblem der Österreichisch-
Ungarischen Monarchie und das Völkermanifest als
letzter Rettungsversuch durch Kaiser Karl und
Maximilian Hussarek“

Verfasserin

Elisabeth Haberl

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, im Jänner 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt: Geschichte

Betreuer: Hon.Prof. Dr. Lorenz Mikoletzky

Das Nationalitätenproblem der Österreichisch- Ungarischen Monarchie und das Völkermanifest als letzter Rettungsversuch durch Kaiser Karl und Maximilian Hussarek

Inhaltsverzeichnis

1.Vorwort.....	5
2.Einleitung und Fragestellungen	6
2.1.Militärische Probleme.....	6
2.2. Schwierigkeiten im Zivilleben	7
2.3. Österreichische Politiker	8
2.4. Fragestellungen	8
3. Das Nationalitätenproblem in der Habsburgermonarchie.....	9
3.1.Nationale Forderungen – Die „Deutschen“ in der Monarchie	9
3. 2. Lösungsvorschläge für das Nationalitätenproblem	13
4. Die Ungarn und ihre Nationalitätenpolitik	21
4.1.Mythen in der ungarischen Geschichte und ein Überblick über das Entstehen und die Folgen des Ausgleichs	21
4. 2.Das Verhältnis der beiden Reichshälften zueinander während des Weltkriegs	27
5.Das Nationalitätenproblem in den einzelnen Kronländern.....	32
5.1. Die Tschechen	32
5.2. Die Slowaken	35
5.3. Die Polen in Galizien.....	38
5.4. Die Rumänen	41
5.5.Die Ruthenen in Galizien und der Bukowina.....	43
5.6.1. Die Serben	44
5.6.2. Die Kroaten	46
5.6.3.Die Slowenen	47
5.7. Italienische Gebiete.....	51
5.8. Die Juden	53
5.9.Kleine Völker der Monarchie	54
6. Kaiser Karl.....	56
6.1. Der Regierungsantritt von Kaiser Karl.....	56
6.2.Kaiserin Zita – die verlässlichste Ratgeberin von Kaiser Karl	62

6.3. Italien und die Beziehungen Kaiser Karls zum Vatikan	66
6.4. Die Sixtusaffäre und andere Friedensgespräche	68
6.5. Der Propagandakrieg gegen die Habsburgermonarchie	73
7. Maximilian von Hussarek- Heinlein	75
7.1. Hussareks Werdegang als Beamter und Universitätslehrer	75
7.2. Hussarek als Langzeitunterrichtsminister, seine ersten Entscheidungen im Nationalitätenstreit	78
8. Maximilian Hussarek als Ministerpräsident	88
8.1. Maximilian von Hussarek löst seinen Vorgänger Dr. Seidler als Ministerpräsident ab	88
8. 2. Innenpolitische Probleme	95
8.3. Hussareks politische Vorstellungen und Pläne	99
8.4. Außenpolitische Lage – Beziehungen zum Deutschen Kaiserreich	104
9. Die letzten Wochen der Monarchie	111
9.1. Diplomatie der Ententestaaten im Wandel- die Anerkennung der Exilregierungen	111
9.2. Der Zusammenbruch, Zerfall der Monarchie	116
9.3. Die Entstehung des Völkermanifests, seine Auswirkungen und Reaktionen darauf	120
10. Zusammenfassung	129
10.1. Hussarek weiteres Leben	129
10.2. Der Zerfall in der Geschichtsschreibung und in zeitgenössischen Berichten	131
10.3. Zusammenfassende Stellungnahme	132
Literaturnachweis:	137
Anhang 1	140
14. Punkteprogramm von US-Präsident Wilson vom 8. Jänner 1918	140
Anhang 2: Das Völkermanifest vom 16. Oktober 1918	142
Anhang 3: Nationalitäten der Habsburgermonarchie	143
Abstract	144
Lebenslauf	146

1. Vorwort

Den Anstoß für meine Arbeit über das Völkermanifest und Maximilian Hussarek gaben eine Lehrveranstaltung über Archivkunde und persönliches Erleben. Hussareks Büste in der Galerie der Universität erinnerte mich an einen Besucher in meiner Familie mit demselben Namen, der mit seiner Gemahlin einmal im Monat zu uns, speziell zu meiner Großmutter zu einer festlichen Jause kam. Er hatte durch sein würdevolles Auftreten, seine aufrechte, militärische Haltung auf mich als Kind großen Eindruck gemacht. Bei meinen Forschungen für diese Arbeit habe ich in den Familienunterlagen (vor allen im Ahnenpass und in einem Notariatsakt!) nun erst vor wenigen Wochen die Erkenntnis gewonnen, dass dieser „Onkel“ Robert Hussarek der Bruder des Ministerpräsidenten und ein Halbbruder meines Urgroßvaters war. Darüber wurde in meiner Familie jedoch nicht gesprochen- meine Großmutter war streng katholisch, und eine uneheliche Herkunft passte nicht dazu. Ich weiß jedoch, dass Johann Nepomuk Hussarek für die Ausbildung meines Vorfahren aufgekommen ist, dieser war ein höherer Beamter („Regierungsrat“). Im aufgefundenen Notariatsakt wird von der Witwe Maximilian Hussareks bestätigt, dass in ihrer Familie diese Verwandtschaft bekannt war.

Das Buch von Helmut Rumpler über Hussarek hatte mir für die Arbeit die wichtigsten Grundlagen geliefert. Rumpler war es möglich, in das persönliche Tagebuch – im Familienbesitz befindlich und nicht mehr auffindbar– Einblick zu nehmen und es zu bearbeiten. Ich wollte nun noch eine andere Sicht gewinnen, mich interessierte vor allem die Persönlichkeit dieses Mannes. Aus den persönlichen Tagebüchern und Biographien von Zeitgenossen, besonders jedoch aus Berichten in den Zeitungen dieser Zeit versuchte ich, Hussarek als Persönlichkeit besser beurteilen zu können.

Während meiner Studienzeit wurde zusätzlich durch die Absolvierung des „Moduls für Osteuropäische Geschichte“ mein Interesse an den Völkern Osteuropas, speziell an den Völkern der Habsburgermonarchie, geweckt. Und durch den Seligsprechungsprozess für Kaiser Karl ist in den letzten Jahren sehr viel zusätzliche Literatur erschienen, die ich in meine Arbeit einbeziehen wollte.

Danken möchte ich vor allem Herrn Professor Mikoletzky, der es mir ermöglichte, diesen meinen Interessen nachzugehen.

2. Einleitung und Fragestellungen

2.1. Militärische Probleme

Es gibt viele verschiedenen Meinungen darüber, warum die Habsburgermonarchie untergegangen ist und warum sie gerade im Jahr 1918 enden musste. Das Militär war zu schwach, um Kriege zu gewinnen, wie Alan Sked feststellt:¹ *„Und bedenkenswert ist, dass fast die Hälfte der regulären Armee schon in den ersten Feldzügen des Jahres 1914 gefallen war. Conrad² hatte die Mobilisierung verpfuscht und die deutsche Unterstützung nicht erhalten, von der er glaubte, dass sie ihm versprochen worden sei. Seit Anfang 1915 war daher die Armee mehr oder weniger eine Miliz. Schon vorher war sie schlecht ausgerüstet gewesen, ungenügend finanziert, technologisch zurückgeblieben, nur eben prächtig uniformiert. Nun hing ihr Schicksal ganz von Deutschland ab.“* Es fällt daher schwer, die harte Form des Ultimatums an Serbien infolge des Attentats am Thronfolgerpaar und die darauf erwartete Kriegserklärung zu verstehen

Sked versucht, auch darauf eine Antwort zu finden. Für ein „Losschlagen“ gegen Serbien waren schon seit mehreren Jahren die Militärkreise, vor allem Conrad von Hötzendorf. Man fürchtete um die Stellung der Großmacht Österreich-Ungarn auf dem Balkan. Und es ging um den verschwommenen Begriff der *„Dynastischen Ehre“*³. Ein Ausgleich oder Verhandlungen wären als Nachgeben *„unehrenhaft“* gewesen – es war die Zeit, wo auch der Einzelne seine Ehre mit der Waffe zu verteidigen suchte, und Krieg war eben ein *„Duell der Nationen“*⁴. Warum der greise Kaiser auf diese überspitzte Form der Politik einschwenkte, das Ultimatum, das nur zum Krieg führen konnte, absegnete und nicht die Diplomatie einsetzte, ist nur schwer zu verstehen.

So war es verwunderlich, dass die Armee am Beginn des Jahres 1918 – trotz schlechter Ernährung und Mangel an Munition und Ausrüstung - so gut da stand. Die Auflösung des Habsburgerreiches ging auch sicher nicht von der Armee aus, wohl gab es Revolten, Desertionen..., jedoch Soldaten aller Nationen kämpften auch bis zuletzt tapfer an der Südfront.

¹ Alan Sked, Der Fall des Hauses Habsburg. Der unzeitige Tod eines Kaiserreiches. (München 1993), 300

² Franz Conrad von Hötzendorf, 1852- 1925, 1914 Chef des Generalstabs

³ Sked, Fall Habsburgs, 297

⁴ Sked, Fall Habsburgs, 297

Angefangen wurde der Krieg, um die Monarchie zu erhalten. Jedoch die Art der Kriegsführung hatte sich total verändert. Es fanden Weltkriege in den vergangenen Jahrhunderten statt, so z.B der Siebenjährige Krieg 1756 bis 1763. Nun sieht jedoch z.B. der Historiker Richard Plaschka das Entstehen einer ganz neuen Art von Kriegsführung⁵ mit gewaltigen Materialschlachten an den Fronten aber auch mit sehr großen Auswirkungen bis in die innersten Bereiche des zivilen Lebens. Der Widerstand des Gegners sollte schon an den Wurzeln erstickt werden.

2.2. Schwierigkeiten im Zivilleben

Als zweiten wichtigen Punkt muss man den Zerfall von innen her ansehen. Im Laufe des Jahres 1918 eskalierte alles: Hunger und Not waren unbeschreiblich, im Inneren und an der Front gab es Revolten und Desertionen. Die Folgen waren sehr hart, es kam zu vielen Verurteilungen vor Standgerichten, viele „Aufrührer“ wurden erschossen. Und in die große Unzufriedenheit hinein prägte der amerikanische Präsident Woodrow Wilson mit seinen vierzehn Punkten das Schlagwort vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“. Noch am 5. Jänner 1918 gab der britische Premierminister Lloyd George eine Erklärung ab, die für einen Erhalt der Monarchie sprach: *„Obwohl wir mit Präsident Wilson übereinstimmen, dass die Zerschlagung Österreich-Ungarns nicht zu unseren Kriegszielen gehört, glauben wir, dass man eine Beseitigung der Unruheherde in diesem Teil Europas erst dann erhoffen kann, wenn den österreichisch- ungarischen Nationalitäten die wahre Selbstbestimmung nach echt demokratischen Grundsätzen gewährt wird, die sie seit langem erstreben.“*⁶ .

Im Frühjahr 1918 setzte bei den Ententemächten ein Umdenken bei der Beurteilung über den Bestand der Habsburgermonarchie ein. Ausgelöst wurde es durch die militärische Lage aber vor allem durch die Erkenntnis, dass die Habsburgermonarchie nicht aus der Einflussphäre des Deutschen Reiches herauszulösen war. Den Anstoß für die Änderung gab der amerikanische Secretary of State Robert Lansing. Im Februar schwenkte auch London auf diese Linie ein und mit der Konferenz in Rom im April 1918 begannen die Ententemächte, die Emigranten zu fördern. Der Wiener Historiker Fritz Fellner meint, dass damit nur die

⁵ Richard Georg Plaschka, Die revolutionäre Herausforderung im Endkampf der Donaumonarchie. In: Richard Georg Plaschka (Hg.), Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum. (Wien 1970) 18.

⁶ Ludwig Jedlicka, Ende und Anfang. Österreich 1918/19, (Salzburg 1969), 28

Weltpolitik an die Tatsachen angepasst wurde, denn z. B. schon die Dreikönigsdeklaration in Prag 1918 forderte die volle Unabhängigkeit Tschechiens.⁷

Im Oktober 1918, in dieser Endstimmung, wurde schließlich das „Völkermanifest“ Kaiser Karls gar nicht mehr so richtig wahrgenommen. Die „Völker am Rande“ wurden von den schon bestehenden Nationalstaaten angezogen, jedoch auch die nationalen Zentren im Inneren wie Prag, Budapest, Agram und zuletzt auch Wien stellten ihre eigenen Regierungen auf.

2.3. Österreichische Politiker

Ein weiterer Punkt war, dass sich die österreichischen Regierungen der letzten Jahre alle als sehr schwach erwiesen. Meist wurden Adelige oder hohe bürgerliche Beamte zu den Staatsämtern berufen. Sie waren gut ausgebildete Juristen, ihrem Herrscher treu ergeben und sehr pflichtbewusst, es fehlte ihnen jedoch die Visionen und auch sie gingen großen Änderungen aus dem Weg. Kaiser Franz Joseph war zu alt, er wollte grundsätzliche Neuerungen nicht mehr durchführen, und Kaiser Karl war für seine überschwere Aufgabe und sein Amt nicht ausgebildet worden als Zweiter in der Thronfolge hinter seinem Onkel Franz Ferdinand. Vielleicht hätte er in Friedenszeiten einen guten Herrscher abgegeben, so jedoch hatte er keine Erfahrungen sammeln können und auch er scheute Neuerungen, erst nach dem Krieg wollte er etwas ändern.

2.4. Fragestellungen

Die Fragestellung „*Was wäre wenn...?*“ ist für einen Historiker unzulässig, jedoch in der Literatur über den Zusammenbruch der Habsburgermonarchie, bei der Frage nach der Ursache desselben wird sie fast in jedem Werk gestellt. Und es stellt sich auch die Frage, wann man das Ruder noch hätte herumreißen können- 1848, 1867, 1914, 1918...? Hier gehen die Meinungen besonders auseinander- es ist jedoch einfach nicht geschehen.

Auch die letzten Ereignisse im Sommer und Herbst 1918 fordern Antworten auf viele Fragen vor: Welche Ereignisse haben zur Entstehung des Völkermanifests geführt? Die Verantwortung für das Manifest übernahm Maximilian von Hussarek- Heinlein. Wer war dieser Politiker und warum übernahm er die volle Verantwortung für diesen verhängnisvollen Lösungsvorschlag? Wer waren die

⁷ Fritz Fellner, Der Zerfall der Donaumonarchie in weltgeschichtlicher Perspektive. In: R.G.Plaschka (Hg.), Auflösung der Habsburgerreiches, 35

eigentlichen Autoren? War es wirklich die Veröffentlichung des Manifests, die zum Zerfall der Monarchie führte?

3. Das Nationalitätenproblem in der Habsburgermonarchie

3.1. Nationale Forderungen – Die „Deutschen“ in der Monarchie

„Nationalgefühl ist das Empfinden für die Zusammengehörigkeit der Glieder einer Nation, zumeist aus dem Bewußtsein gleicher Abstammung, Sprache, Kulturüberlieferung oder geschichtlicher Vergangenheit erwachsen“⁸.

„Nationalismus ist heute eine auf Erwählungs- und Sendungsbewußtsein beruhende, streitbare, zur Selbstüberhebung gesteigerte politische Haltung, die im Nationalen ein wertsetzendes Prinzip für alle Lebensbereiche sieht.“⁹ Diese eher negativ besetzte Definition zeigt schon Schwierigkeiten auf.

Ernest Renan (1823-1892) sieht die Nation als geistiges Prinzip¹⁰. Sie ist eine Solidargemeinschaft durch die gemeinsame Erinnerung und den Wunsch zusammenzuleben. Das Habsburgerreich war ein Vielvölkerreich, jedoch deckten sich die politischen Grenzen nicht mit den ethnischen Grenzen, elf nationale Hauptgruppen lebten im Reich. Professor Ernst Bruckmüller sieht einige Gründe, die für das Scheitern der Monarchie verantwortlich waren¹¹:

1. Die Tatsache, dass die politische Führungsschicht meist dem Hochadel angehörte, und den Wünschen nach Mitsprache des Bürgertums keinen Raum einräumen wollte. Dieses „feudale Denken“ blieb bis zum Untergang der Monarchie bestehen.
2. Gewisse Rechte wurden nur den „historischen Nationen“ (Deutschen, Ungarn und Polen) zuerkannt. Dafür fehlte jedoch bei den anderen Völkern, so z. B. bei den Tschechen das Verständnis und die daraus entstehende Unzufriedenheit führte zu einer Radikalisierung der Forderungen.
3. Nach dem Ausgleich 1867 waren die Mehrheitsverhältnisse problematisch, vor allem in der österreichischen Reichshälfte. Das Zisleithanische Österreich war eine „Slawenation“ mit deutschem Führungsanspruch. Es herrschte eine dauernde Angst

⁸ Erich Bayer / Frank Wende, Wörterbuch zur Geschichte. Begriffe und Fachausdrücke, (Stuttgart 1995), 389.

⁹ Bayer/Wende, Wörterbuch, 389.

¹⁰ Monika Flacke, (Hg.), Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums (Berlin 1998), hier Monika Flacke, Einleitung, 17

¹¹ Ernst Bruckmüller, Nation Österreich. Kulturelles Bewusstsein und gesellschaftlich-politische Prozesse. (Wien/Köln/Graz 1996, 2. Auflage) 270.

vor dieser slawischen Mehrheit. Man versuchte, sie durch eine Beschneidung ihrer Rechte nicht zu mächtig werden zu lassen.

4. Der Großmachtanspruch des magyarischen Adels in Ungarn und des deutschen Bürgertums in Zisleithanien war in den beiden Reichsteilen ein Hindernis für eine Lösung der Nationalitätenprobleme.

Gefordert wurden von den Nationalitäten der Schutz ihrer Nationalität und eine Konstitution. Die Deutschen jedoch wollten sich am Aufbau des Deutschen Reiches beteiligen - ein Spannungsfeld entstand. Und die Regierung meinte, nur durch die Schaffung eines zentralistischen Einheitsstaates dieses Problem lösen zu können.

Als Waffe im Nationalitätenkampf bediente man sich vor allem der Sprache. Die Sprachen der führenden Nationen (Deutsch, Ungarisch, Italienisch...) sollten führend bleiben und die kulturelle Überlegenheit betonen. Damit wurde vor allem das Schulwesen ein Instrument des Nationalitätenkampfes.

Die Entwicklung des politischen Nationalismus hat schon im 18. Jahrhundert eingesetzt. Der Stolz und die Besinnung auf das eigene Volkstum löste politische Forderungen aus. Schon Maria Theresia musste bei den Ungarn ein großes Maß an Selbständigkeit anerkennen. Der eigentliche Nationalismus entstand jedoch erst zur Zeit der Französischen Revolution und der Franzosenkriege.

Als Hauptträger der Kultur und Politik des Habsburgerreiches wurden natürlich die „Deutschen“ angesehen. Im Verlauf der Revolution 1848 wurden die Forderungen aller nationalen Gruppen geltend gemacht. Der Kremsierer Reichstag versuchte, mit einem Verfassungsentwurf den Nationalitäten Rechnung zu tragen. Doch 1849, mit dem Regierungsantritt des jungen Herrschers Franz Joseph, der Einführung des Neoabsolutismus und der „Oktroyierten Verfassung“, siegte wieder das konservative Denken und der Absolutismus. Der Kremsierer Reichstag wurde aufgelöst und man dachte nicht im Entferntesten daran, die Vorschläge einer Volksvertretung zu hören und umzusetzen.

Die nächsten Jahre brachten durch die Niederlagen in den Kriegen 1859 und 1866 Verschärfungen im Nationalitätenstreit, den Zusammenbruch der absolutistischen Regierungsform und viele Regierungswechsel.

Ein weiteres Problem war die preußische Politik: seitdem ab 1862 Otto von Bismarck die Außenpolitik leitete, wurde auch der deutsche Nationalismus immer

stärker. Bismarck wollte den Deutschen Bund liquidieren und führte einen Bruch mit Österreich herbei. Es fühlten sich nach der Niederlage im Krieg von 1866/67 die deutschsprachigen Bewohner Österreichs nur mehr als Minderheit und kämpften um ihre „Vorherrschaft“.

1866 begannen neue Verhandlungen mit Ungarn, die in der Person der Kaiserin Elisabeth eine große Fürsprecherin gefunden hatten. Das neu entstandene Gesetzeswerk des „Ausgleichs“ wurde von den Ungarn als ein Abkommen mit dem Kaiser, nicht als Vertrag mit Österreich angesehen, denn die „Kronländer“ waren unmittelbarer „Besitz“ der Dynastie. Die Einführung des Österreichisch-Ungarischen Dualismus verhinderte aber Lösungen mit all den anderen Nationalitäten, denn die Ungarn wachten eifersüchtig über ihre herausragende Stellung im Vielvölkerreich. Sie verlangten eine zentralistische österreichische Regierung, sie waren nicht bereit, für andere Völker in der eigenen Reichshälfte nationale Rechte einzuräumen und dasselbe sollte ihrer Meinung nach auch für die „Zisleithanische Reichshälfte“ gelten. So verhinderten die Ungarn immer wieder Reformen, die anderen Völkern der Monarchie neue Rechte zugestanden hätten, die sie aber für sich selbst in Anspruch nahmen.

In dem Gesetzeswerk der Dezemberverfassung für die Zisleithanische Reichshälfte wurden auch die „Grundrechte“ der Staatsbürger festgelegt. Der § 19 war eingeleitet mit: *„Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache.“*¹²

Der Berliner Kongress im Jahr 1878 und die Okkupation von Bosnien-Herzegowina brachte in der Monarchie eine Stärkung des slawischen Elements. Eine weitere Verschärfung entstand durch den neuen radikalen Führer der Deutschnationalen, Georg Ritter von Schönerer¹³, der den Anschluss der deutschsprachigen Gebiete Österreichs an das Deutsche Reich propagierte. Er sprach auch einem starken Antisemitismus das Wort. Die anderen Parteien, die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten, mussten durch den Nationalitätenkampf Spaltungen hinnehmen, die eine Schwächung ihrer Bewegungen bewirkten.

¹² Erich Zöllner, Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, (München 1961), 414

¹³ Georg Heinrich Ritter von Schönerer, 1842- 1921, österreichischer Politiker und Gutsherr, Begründer der Deutschnationalen Bewegung und eines radikalen Antisemitismus in Österreich, Los-von-Rombewegung.

Neue Spannungen brachte 1908 die Annexion von Bosnien und der Herzegowina. 1906 führten wirtschaftliche Differenzen zum sogenannten „Schweinekrieg“, einem Handelskrieg der Habsburgermonarchie gegen Serbien. Die Balkankriege von 1912/1913 verschärften die Situation noch. In Italien wurde das Problem des Irredentismus immer größer und General Conrad von Hötzendorf wollte einen Präventivkrieg gegen Italien führen.

1911 fanden in Österreich Neuwahlen statt, Graf Carl Stürgkh bildete das neue Kabinett und blieb bis 1916 im Amt. Er löste jedoch schon 1914 das Parlament auf und regierte mit dem § 14.

Deutsche lebten in allen Kronländern, sie bildeten dort jedoch oft nur Minderheiten und fühlten sich dadurch bedroht. Vereine zur „deutschen Schutzarbeit“¹⁴ wurden gegründet z. B. der Deutsche Schulverein, der Volksbund in Südtirol... Deutsche Siedler hatten schon früh Kolonisationsarbeit im Südosten geleistet, sie hatten „Musterdörfer“ gegründet¹⁵ in Galizien, der Bukowina, im Banat, der Batschka und Baranya... Die Siebenbürger Sachsen widerstanden der Magyarisierung und behielten sogar nach dem berüchtigten „Lex Apponyi“¹⁶ ihr deutsches Schulwesen.¹⁷

Parallel zu dem Bündnis von 1879 zwischen dem Deutschen Reich und der Habsburgermonarchie ging der Niedergang der Liberalen vor sich und daneben der Aufstieg der deutschnationalen, christlichsozialen und sozialdemokratischen Bewegung. Durch dieses Bündnis von 1879 wurde für die Zukunft jedoch die Entscheidungsfreiheit des Habsburgerreiches eingeschränkt. 1882 legten die deutschen Bewohner der Monarchie ihre Forderungen im „Linzer Programm“ fest, es sollten Galizien und die Bukowina aus dem Reich herausgelöst und damit die Überzahl der Slawen im Reichsrat beseitigt werden. Schönerer erreichte 1885 die Aufnahme von antisemitischen Punkten in das Programm und bewirkte damit ein Ausscheiden der Sozialdemokraten unter Dr. Viktor Adler aus diesem Bündnis. Vor allem an den Universitäten kam es in Folge zu starken antisemitischen

¹⁴ Valeria Heuberger, Unter dem Doppeladler. Die Nationalitäten der Habsburgermonarchie 1814 – 1918. (Wien/München 1997) 25

¹⁵ Heuberger, Doppeladler, 31

¹⁶ Graf Albert Apponyi, Unterrichtsminister 1906- 1911. Er schränkte den nicht-magyarischen Unterricht stark ein

¹⁷ Heuberger, Doppeladler, 35

Bewegungen.¹⁸ Am Hainfelder Parteitag 1888/89 schlossen sich die deutsche und tschechische Arbeiterbewegung zusammen. Bis 1911 versuchten sie gemeinsam aus ihrer schwachen Position herauszukommen.

Nach dem Aufkommen der „Los von Rom Bewegung“ um 1890 kam es zu einer weiteren Spaltung. Die Christlichsozialen unter Dr. Karl Lueger gingen ihre eigenen Wege. Die ersten allgemeinen Wahlen 1907 brachten dann einen Erfolg der drei Massenparteien, 87 Mandate für die Sozialdemokraten, 96 Mandate an die Christlichsozialen und 90 Abgeordnete vom Deutschen Nationalverband, einem Zusammenschluss verschiedener Bewegungen.¹⁹ Im März 1916 verschärfte der Deutsche Nationalverband seine Forderungen in einer Denkschrift zur Neuordnung Österreichs. Es wurden gefordert:²⁰

1. Ein Bündnis Österreich-Ungarns mit dem Deutschen Reich
2. Ein mitteleuropäisches Wirtschaftsbündnis
3. Verfassungsänderungen gegen innenpolitische Streitigkeiten
4. Die Ausgleichsverhandlungen sollten künftig für 25 Jahre gelten (bisher zehn Jahre)
5. Galizien sollte aus dem „Kaisertum Österreich“ ausscheiden
6. Eine neue Geschäftsordnung für den Reichsrat wurde gefordert
7. Deutsch sollte innere Staatssprache und Gerichtssprache sein
8. Im Schulwesen sollten die Gemeinden die Unterrichtssprache bestimmen können, Mindestanteile für anderssprachigen Unterricht wurden festgelegt
9. Mit den „nationalen Kreisen“ sollten „spracheinheitliche Verwaltungsgebiete“ geschaffen werden.

3. 2. Lösungsvorschläge für das Nationalitätenproblem

Seit dem ersten Auftreten des Nationalitätenproblems gab es auch Politiker, Denker und Wissenschaftler, die sich über eine Lösung für den Vielvölkerstaat den Kopf zerbrachen. Die Stellungnahmen kamen von zwei Seiten: Die erste Gruppe sah in ihren Vorschlägen einen Übergang zur Bildung unabhängiger Nationalstaaten, die zweite Gruppe, die von Autonomie und Föderalismus sprach, wollte Reformen unter Beibehaltung der Reichsgliederung durchführen.

¹⁸ Heuberger, Doppeladler, 29

¹⁹ Zöllner, Geschichte Österreichs, 435

²⁰ Nach Kann, 249- 253

Rudolph Herrmann von Herrnitz (1865- 1945, Jurist) ²¹ und Oskar Jászi(1875-1957, ungarischer Historiker) untersuchen die grundsätzlichen Richtungen für Reformvorschläge:

1. die zentralistische Richtung, aufbauend auf dem Josephinismus. Es war dies die hauptsächliche Richtung der österreichischen Regierungspolitik.
2. die historisch- nationale Richtung, die nationale Reformen in den Kronländern durchführen wollte
3. Reformen auf ethnisch-nationaler Grundlage, der die Volksgruppe zugrundegelegt wurden (Jászi – „Personalautonomie“).

Ich möchte hier nun einige spezielle Ideen und Vorstellungen von bekannten Persönlichkeiten und Institutionen vorstellen:

3.2.1. Der Verfassungsentwurf des Kremsierer Reichstages: Die Hauptforderungen von 1848 waren die nach einer Verfassung und nach einer Lösung der Nationalitätenfrage. Die Deutschen erzwangen die Einberufung des Reichstages, jedoch slawische Vertreter stellten die Mehrheit. Frantisek Rieger, tschechischer Politiker und Schwiegersohn von Frantisek Palacký sagte dazu: *„Wir Slawen bilden bei weitem die größte Macht dieses Staates... , allein nur solange wir wollen wird Österreich bestehen, wir aber wollen es.“* ²²

Der Kremsierer Reichstag versuchte, mit einem Verfassungsentwurf die Befriedigung aller Nationalitäten einzuleiten. Historisch und ethnisch einheitliche Länder sollten geschaffen werden, weiter untergliedert in nationale Kreise mit eigenen Vertretungskörperschaften. Damals bestand wahrscheinlich die größte Chance, dieses große Problem zu lösen und einen Weiterbestand des „Vielvölkerreiches“ zu sichern. Die Kronländer sollten bestehen bleiben, aber in nationale Kreise unterteilt werden. Die Verwaltung wäre dann durch Landtage, Kreistage und Gemeinden durchzuführen gewesen.

Die Verhandlungen im Reichstag verliefen gemäßigt und erfolgreich. Einen gewissen Einfluss darauf hatten sicher die Berichte von den Niederschlagungen des Aufstandes in Prag und Wien. ²³ Eine sehr wichtige Frage war die Gliederung

²¹ Robert A. Kann, Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengestalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahr 1918 (Graz/Köln 1964) Bd.2, 7

²² Zitiert in Andreas Moritsch, Dem Nationalstaat entgegen (1848- 1914), nach Reichstagsakten vom 11. September 1848, in Andreas Moritsch, Hg., Alpen- Adria. Zur Geschichte einer Region (Klagenfurt/Ljubljana/ Wien 2002) 348

²³ Rudolf Wierer, Der Föderalismus im Donauraum, (Graz/ Köln 1960), 37

Österreichs. National einheitliche Gebiete konnte es nicht geben, überall musste man für Minderheiten Vorsorge treffen. Der Slowene Kaučič und Palacký schlugen neue Reichseinteilungen vor. Palacký hatte in seinen Plänen auch Ungarn mit einbezogen. Auch für die Aufteilung der Kompetenzen zwischen Reich und Ländern hatte er Vorschläge ausgearbeitet.

Gemeinsam arbeitete der Reichstag einen „zentralistisch-föderalistischen“ Verfassungsentwurf²⁴ aus. Kaiser und Ministerien sollten die Exekutive ausüben, die Gesetzgebung sollte von der „Volkskammer“ und den „föderalistischen Länderkammern“ wahrgenommen werden.²⁵ Und der Schwiegersohn Palackýs, František Rieger hatte den §21 (in der Dezemberverfassung § 19) formuliert, der die „Gleichheit aller Volksstämme“ sichern sollte.²⁶

Am 4. März 1849 wurde der Kremsierer Verfassungsentwurf im Ausschuss einstimmig angenommen, jedoch vor der vorgesehenen Annahme im Plenum löste die Regierung Schwarzenberg den Reichstag auf und oktroyierte die zentralistische Märzverfassung, ausgearbeitet vom Innenminister Graf Franz Stadion. Festgeschrieben waren darin nur die Selbstverwaltung von Gemeinden und Bezirken, sonst bedeutete sie einen Rückschritt, und vor allem war sie von oben aufgezwungen. Kaiser Franz Joseph war seinem Onkel Ferdinand auf dem Thron gefolgt. Er hatte dem Volk keine Konstitution versprochen. Es war dies der schwerwiegendste Fehler des Kaisers und seiner Berater, die die Weichen für die Zukunft in eine verhängnisvolle Richtung stellten.

Viele Historiker und Politiker sahen es als großes Verdienst des Kremsierer Reichstages an, dass hier über die Grenzen der nationalen Gegensätze hinweg gemeinsam an Lösungen für den Vielvölkerstaat gearbeitet worden war.

3.2.2.Im **Ausgleich 1867** garantierten Österreich und Ungarn einander die Vorherrschaft über die anderen Nationalitäten. Auslöser dafür waren die außenpolitische Lage (Niederlagen 1859 und 1866) und die Angst vor einer drohenden Slawenherrschaft durch das Ende des Frankfurter Parlaments. Auch Ferenc Deák und die ungarischen Liberalen sahen innerhalb der Habsburgermonarchie ihre größte Sicherheit. Ferenc Deák, der ungarische Reformler, und Graf Richard Belcredi leisteten die Vorarbeiten für den Ausgleich. Für

²⁴ Wierer, Föderalismus, 40

²⁵ Wierer, Föderalismus , 41.

²⁶ Nach Mauritz, Tschechien ,28

Deák war die Pragmatische Sanktion als Ausgangspunkt, Belcredi soll ursprünglich von fünf gleichberechtigten Gliedstaaten ausgegangen sein.²⁷

Außenpolitik, Heerwesen und Finanzen beider Länder waren gemeinsam zu regeln, alle zehn Jahre wurden in den „Delegationen“ Grundsätze für „dualistische Angelegenheiten“ und die „Quote“²⁸ ausgehandelt. Neue Ministerpräsidenten wurden Freiherr von Beust und Graf Andrassy²⁹. Für die anderen Nationalitäten der ungarischen Reichshälfte brachte der Ausgleich eine Verschlechterung ihres nationalen Status.

Die gleichzeitig erlassene Dezemberverfassung von 1867 für die österreichische Reichshälfte beinhaltete den § 19, eine Weiterentwicklung des § 21 von Krenshauer: *„Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt, und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache. Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staate anerkannt. In den Ländern, in welchen mehrere Volksstämme wohnen, sollen die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart eingerichtet sein, daß ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Landessprache jeder dieser Volksstämme die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache erhält.“*³⁰

Das Österreichische Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867 war mehr föderalistisch als bisherige Verfassungsversuche. Im Herrenhaus saßen Mitglieder aus dem ganzen Reich. Ihre Mitgliedschaft war entweder erblich, oder sie wurden wegen ihrer Verdienste vom Kaiser auf Lebenszeit ernannt. Die Vertreter im Reichsrat wurden von den Landtagen entsandt. 1868 schloss Ungarn den Ausgleich mit Kroatien-Slawonien ab, wobei dem kroatischen Landtag die Autonomie in Verwaltungs-, Religions- und Unterrichtsangelegenheiten und in der Justiz vorbehalten blieb. Vertreter wurden in den ungarischen Reichstag entsandt, der dem Landtag verantwortliche Banus wurde vom König und vom ungarischen Ministerpräsidenten ernannt.

²⁷ Wierer, Föderalismus: auf S. 76 zählt er auf: Ungarn, Kroatien-Slawonien mit Dalmatien, Galizien mit der Bukowina, die Böhmisches Länder und die österreichischen Erbländer

²⁸ Der finanzielle Beitrag der beiden Reichshälften- in Wierer, Föderalismus 83

²⁹ Graf Gyula Andrassy, 1823- 1890, Ministerpräsident, Außenminister

³⁰ Robert A. Kann, Geschichte des Habsburgerreiches 1526- 1918, (Wien- Köln- Weimar 1993, 3. Auflage) 309

Deák und Eötvös³¹ erarbeiteten schon 1868 ein Nationalitätengesetz, doch dieses geriet nach ihrem Tod in Vergessenheit, die volle Magyarisierung aller Nationalitäten in Ungarn war das Ziel der Herrschenden. Der Ausgleich musste für die slawischen Völker, die 1848/49 loyal zum Herrscher gestanden waren und wie z.B. die Kroaten sogar gegen die ungarischen Aufständischen gekämpft hatten, als Undank und Enttäuschung gelten und verschärfte damit die nationalen Gegensätze.

3.2.3. Sozialdemokraten

Die Ansichten bei den Sozialdemokraten waren sehr unterschiedlich. 1899 wurde am Brünner Parteitag das Ziel der Sozialdemokraten verkündet: ein demokratischer Nationalitätenbundesstaat, es sollte keine nationalen Vorrechte mehr geben! Diese vorgesehene Territorialautonomie hätte in gemischtsprachigen Gebieten wahrscheinlich zu einer Teilung in zu kleine Einheiten geführt, eine zielführende Verwaltung wäre dann nicht mehr möglich gewesen.

Andere Wege ging Karl Renner³², er strebte eine Personalautonomie an. Jeder Staatsbürger sollte die Möglichkeit erhalten, seine Nationalität in ein öffentliches Register einzutragen. Das Land sollte in größere Territorien nach wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten eingeteilt werden. Ein paralleler nationaler Verwaltungszweig sollte sich mit den kulturellen Angelegenheiten der Nationen befassen und dem „Kanzler“ beratend zur Seite stehen. Kultur und Unterricht sollten durch national einheitliche Ämter verwaltet werden. Die Regierung sollte nur aus Fachleuten ungeachtet ihrer nationalen Zugehörigkeit gebildet werden, die Selbstverwaltung der Gemeinden wurde von Renner als wichtige Grundlage angesehen. Renners Grundsätze fanden beim Mährischen Ausgleich 1905 und beim Ausgleich in der Bukowina 1910 Beachtung.

3.2.4. Katholische Kirche: Heinrich Lammasch, Ignaz Seipel

Die katholische Kirche hatte im Nationalitätenstreit besonderen Einfluss. Der Jurist Heinrich Lammasch Arbeit betonte drei wichtige Grundlagen:

1. Das Vielvölkerreich soll erhalten werden
2. Die berechtigten nationalen Forderungen seien zu erfüllen
3. Eine übernationale Friedensorganisation mit Österreich als wichtigsten Teil sollte errichtet werden.

³¹ Baron József Eötvös, 1813- 1871

³² Karl Renner, 1870- 1950, Jurist, Politiker

Prälat Ignaz Seipel wollte einen übernationalen Vielvölkerstaat, zentralistisch geführt mit Personalautonomie. Die Vereinigung der Völker einer Nation, wie z.B. der Slovenen, gehörte für ihn nicht zu den berechtigten Forderungen. Sehr wohl wollte jedoch auch er eine Friedensorganisation unter dem Schutz des Papstes. Im Februar 1917 wurde der Prälat in den Verfassungsausschuss des Reichsrates gewählt und legte für eine Verfassungsreform verschiedene Punkte fest:

1. Alle Vertretungs- und Verwaltungsbehörden von der Gemeinde aufwärts sollten auf nationaler Grundlage errichtet werden
2. Die Kreise sollten nach Nationalitäten abgegrenzt werden
3. Wo in Kronländern eine Abgrenzung nicht möglich war, sollte die Personalautonomie mit Matriken und Nationalkurien eingeführt werden
4. In diesen Institutionen waren die Rechte ihrer Nationalitäten zu sichern
5. Das Abgeordnetenhaus sollte so bestehen bleiben, das Herrenhaus jedoch sollte durch nationale Delegierte erweitert werden
6. Die Verwaltung jedoch wäre durch gemischte Kollegien und ernannte Beamte durchzuführen.³³

Einen recht interessanten Reformplan entwickelte der Ethnologe Wilhelm Schmidt, ein Steyler Missionspater. Er wollte die Monarchie in neue Ländergruppen einteilen. Sein Vorschlag war eine Mischung von föderalistischen unteren Verwaltungseinheiten und einem zentralistischen Überbau. Das ganze System sollte mit einem wirtschaftlichen und sozialen Unterbau reformiert werden.

3.2.5. Aurel C. Popovici- „Die Vereinigten Staaten von Großösterreich“

Der Autor dieses Werkes, 1906 erschienen, war ein siebenbürgischer Rumäne, in Ungarn verfolgt und verurteilt. Er schlug vor, 15 ethnische Gebiete in einem Bundesstaat zu vereinen, dazu noch den Juden nationale Autonomie einzurichten und auch Schutzbestimmungen für Minderheiten zu verordnen. Deutsch sollte die vermittelnde Reichssprache sein, für die Deutschen sah er auch eine gewisse kulturelle Vorherrschaft vor. In der zweiundvierzigköpfigen Regierung sollten alle Nationen proportional vertreten sein. Die Einführung dieses Verfassungsplans sollte oktroyiert werden.

3.2.6. Kronprinz Rudolph: Er war deutsch-liberal gesinnt, er wollte ein übernationales zentralistisches Reich, in dem die Deutschen und die Ungarn als

³³ Kosnetter, Seidler, 44

kulturell überlegene Völker die anderen führen und „erziehen“ sollten. Rudolph war sehr antislawisch eingestellt und sprach von einer „slawischen Barbarei“. Die Slawen sollten erzogen werden, wie Rudolph selbst einmal erklärte: *„Sie sind im Begriff, Menschen zu werden - in gewissen Gegenden machen sie schon ganz schöne Fortschritte!“*³⁴

3.2.7. Thronfolger Franz Ferdinand wollte nationale Gleichberechtigung herbeiführen. Er wollte Lösungen nach einer „ethnisch-territorialen“ Grundlage finden - eine Erklärung für dieses Schlagwort bleibt er schuldig. Vor allem wollte er den anderen Nationalitäten in Ungarn durch ein neues Wahlgesetz mehr Rechte verschaffen, gegen den Widerstand der Ungarn. Sehr hart urteilte Thomas Garrigue Masaryk über die Nationalitätenpolitik des Erzherzogs: *„Man kann auch in slawischer Sprache germanisieren. Mit solcher Taktik wollte Franz Ferdinand seine germanisierende Zentralisation durchführen.“*³⁵

3.2.8. Wahlrechtsreform 1907

Beeinflusst vom Thronfolger war auch dem alten Kaiser klar, dass Reformen nötig waren. Eine Wahlrechtsreform sollte Abhilfe schaffen, und Ministerpräsident Freiherr von Beck gelang es 1907, das Allgemeine Männerwahlrecht in der österreichischen Reichshälfte durchzusetzen und damit auch mehr Autonomie und Rechte für die Landtage zu schaffen. In Ungarn wurde die Einführung des Wahlrechts immer wieder verschoben, die Regierungen fürchteten eine nationale und soziale Revolution. Die Erwartungen, die in das Wahlrecht gesetzt wurden, waren jedoch zu groß. Im viel zu wenig demokratisierten Parlament war eine erfolgreiche Arbeit immer unmöglicher, zu ungleich waren die Vorstellungen und Wünsche der verschiedenen Gruppen. Obstruktionen machten immer wieder eine Auflösung des Reichstags und die Regierung mit dem berüchtigten § 14 nötig.

Kleine Erfolge brachte - in Anlehnung an die Idee von der Personalautonomie - der nationale Ausgleich in Mähren (1905) und der Bukowina (1910). In Mähren wurden zwei nationale Wählerklassen eingeführt und so die Stärke der beiden Nationen im Schulwesen und in den Kurien des Landtags berücksichtigt. In der Bukowina wurde zwischen vier Nationen und einer Religionsgemeinschaft der Ausgleich geschaffen.

³⁴ Kann, Nationalitätenproblem Bd.2, 188.

³⁵ Kann, Nationalitätenproblem Bd.2, 199

3.2.9. Reformversuche während der Kriegszeit

Viel diskutiert wurde der „Mitteleuropaplan“ von Friedrich Naumann.³⁶ Naumann war Politiker und Sozialreformer³⁷. Er stellte sich eine Staatengemeinschaft auf wirtschaftlicher und militärischer Basis vor, die Souveränität der einzelnen Staaten sollte erhalten bleiben. Einzelverträge sollten diese Verbindungen regeln. Umfassen sollte dieser Staatenbund Österreich-Ungarn, Deutschland, die Türkei und Bulgarien, er sollte aber auch für die anderen Staaten der Region (Rumänien, Serbien, Albanien...) offenstehen.³⁸ Der Vorschlag rief jedoch großes Misstrauen und Widerstand der nichtdeutschen Nationalitäten der Habsburgermonarchie hervor.

Kaiser Karls Streben ging vor allem nach einem baldigen Friedensschluss. Auch die Amnestie von Juni 1917 sollte einen Rückzug und eine Besänftigung der Bevölkerung nach dem Wüten der Militärs sein.

Für die nötige Verfassungsreform wurden Professoren des Staats- und Verwaltungsrechts aus der gesamten Monarchie befragt. Ihre Antworten orientierten sich jedoch an ihrer nationalen Herkunft und halfen nicht weiter.³⁹ Es war vor allem der Konflikt zwischen nationalen Wünschen und historischem Staatsrecht (in Böhmen und Polen), der die Forderungen undurchführbar machte. Die Verschmelzung der Nationalitäten in den Kronländern ließ eine Grenzziehung ohne Minderheiten nicht zu und führte immer wieder zu heftigen Konflikten. Besonders in Böhmen eskalierten diese immer wieder. Die Reichsratseröffnung am 30. Mai 1917 brachte diese Differenzen besonders deutlich ans Tageslicht und führte zu schweren parlamentarischen Krisen - eine Mehrheit für eine Verfassungsreform war so nicht durchzusetzen. Und die Ungarn lehnten alle Verfassungsreformen, Wahlrechtsreformen und sprachlichen Konzessionen an ihre Völker überhaupt ab.

³⁶ Wierer, Föderalismus, 136- 138

³⁷ Friedrich Naumann, 1860- 1919, deutscher Reichstagsabgeordneter

³⁸ Wierer, Föderalismus, 136

³⁹ Wierer, Föderalismus, 143

4. Die Ungarn und ihre Nationalitätenpolitik

4.1. Mythen in der ungarischen Geschichte und ein Überblick über das Entstehen und die Folgen des Ausgleichs

In der Geschichte aller Nationen spielen Mythen eine bedeutende Rolle. Ihre Bedeutung stieg besonders im 19. Jahrhundert an, wo sie benutzt wurden um Begründungen für das Entstehen der „Nation“ zu liefern. Ausdruck fanden die Mythen im Erziehungswesen (Schulbücher...) und in der Kunst (Malerei, Literatur, Musik...): „Ursprungsmythen“ verlegen die Entstehungszeit meist weit ins Mittelalter zurück, Kriege, Herrschergestalten und Erinnerungsorte begründen die „Nationale Identität“⁴⁰.

Besonders für die Magyaren ist diese Mythenbildung von großer Bedeutung. So ist z.B die Stephanskrone, die Krönungszeremonie.... mit mythischem Hintergrund immer besonders wichtig gewesen. Jedoch auch rund um den sagenhaften Fürsten Apard, den Heiligen König Stephan, später um den Renaissancekönig Mátyás Corvinus hatten sich Mythen gebildet. Nicht nur positiv sind die Mythen um den Ertrinkungstod des Jagellonenkönigs Lajos (Ludwig) II. nach der Schlacht von Mohacz 1526. Bedeutet dieses Ereignis doch - durch Uneinigkeit der Magyaren hervorgerufen - das Ende des selbstständigen ungarischen Königiums und die Machtübernahme durch die Habsburger.

Doch auch die „Goldene Bulle“ von 1222, das Tripartitum von 1514 (Aufzeichnung der Gewohnheitsrechte durch Istvan Verböczy⁴¹) und damit die Niederwerfung des Dószs-Aufstandes und als Strafe dafür die „*Leibeigenschaft der Bauern für alle Zeiten*“⁴² wurden zu wichtigen ungarischen Mythen erhoben. Davon stammte die Vorherrschaft des Adels.

Diese speziell starke Mythenbildung führte bei den Ungarn zu einem besonders starken National-, aber auch Sendungsbewusstsein den anderen in ihrem Gebiet lebenden „geschichtslosen“ Nationalitäten gegenüber. Dazu kam noch die feudale Aufteilung der Bevölkerung: der Adelsanteil war - ähnlich wie in Polen - besonders hoch (12- 13%).⁴³ Neben einer kleinen Gruppe ungarischer Magnaten mit riesigem Grundbesitz gab es noch viele adelige Großgrundbesitzer und eine

⁴⁰ Monika Flacke, (Hg.), Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums (Berlin 1998), hier Monika Flacke, Einleitung, 15

⁴¹ Istvan Verböczy, 1458- 1541, ungarischer Rechtsgelehrter und Palatin

⁴² György Dalos, Ungarn: Mythen- Lehren- Lehrbücher, 528- 556, in Flacke, Mythen

⁴³ Dalos, Ungarn, in Flacke, Mythen 548

beachtliche Gruppe von verarmten Adeligen, die sogenannte Gentry, die meist als Beamte tätig waren. Daneben lebten noch 2 Millionen Besitzlose, eine halbe Million Kleinbauern, Tagelöhner, Erntearbeiter und Hirten auf den großen Gutshöfen. Ihre Lage war armselig, schlechte sanitäre Zustände führten immer wieder zu Seuchen, die Kindersterblichkeit war besonders hoch.

Mit dem Sieg und der Eroberung durch die Osmanen im 16. Jahrhundert hatte Ungarn zu existieren aufgehört. Das Land wurde dreigeteilt: der größte Teil stand unter Herrschaft der Osmanen, der Nordwesten des Territoriums blieb habsburgisch und im Osten bestand das Fürstentum Siebenbürgen, das weitgehend selbständig, jedoch den Osmanen tributpflichtig war. Für diese Zeit gibt es zwar keine Mythen, sie brachte jedoch eine Bewahrung des mittelalterlichen Feudalsystems mit sich und führte auch zu der eigenen Art des Denkens und der Selbstwahrnehmung, die Ungarn nach der Rückeroberung so „anmaßend“ unter den Völkern der Habsburgermonarchie werden ließ.

Bei den „Nichtmagyaren“ gab es kaum politische Führungskräfte, kaum Adel und nur wenig Bürgertum und Intelligenz, sie vergrößerten vor allem das Heer der sozial Unterdrückten. So war das größte der auf Lösung harrenden Probleme eine neue Bodenverteilung, infolge die Bereinigung der sozialen Frage und dann erst die Lösung der Nationalitätenfrage. Zwar waren 2/3 der Bevölkerung keine Magyaren, es hatten sich jedoch ihre Politiker und Führer nie zusammengeschlossen. So konnte die Magyarisierungspolitik greifen. Ein erfolgreicher sozialer Aufstieg war nur nach erfolgreicher Magyarisierung möglich. Zur gewünschten „freiwilligen Assimilierung“⁴⁴ kam es vor allem in den Städten. Besonders viele jüdische Bewohner nutzten diese Gelegenheit zum sozialen Aufstieg.

Frühe Reformer wie István Széchenyi⁴⁵, Ferenc Deák, Baron Miklós Wesselényi⁴⁶, Georg Apponyi und József Eötvös erkannten schon vor 1848 die Notwendigkeit der Verbindung von sozialen und nationalen Reformen, speziell die Notwendigkeit der Aufhebung der Steuerfreiheit des Adels.

⁴⁴ Robert A. Kann, Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengestalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahr 1918, 1. Band, (Graz/Köln 1964) 111

⁴⁵ Istvan Széchenyi, 1792- 1860, Politiker, Mäzen

⁴⁶ Baron Miklos Wesselényi, 1796- 1850, Politiker

Der aus einer Magnatenfamilie stammende István Széchenyi war ein führender Denker und Reformler im Vormärz. Durch seine Erziehung und eine ausgedehnte Reisetätigkeit erkannte er als Hauptübel Ungarns die wirtschaftliche und gesellschaftliche Rückständigkeit. Er war Wegbereiter für die Einführung von Ungarisch als Staatssprache, Begründer der Akademie der Wissenschaften, Erbauer der Kettenbrücke in Pest-Buda, Förderer der Schifffahrt (Eisernes Tor, Theißregulierung)... . Paul Lendvai beschreibt ihn treffend so: *„Széchenyi war kein praktischer Politiker im gewöhnlichen Sinn des Wortes. Er war sehr viel mehr: Im Grunde verkörperte er die nationale Erneuerungsbewegung, die moralische Energie und das Gewissen einer ganzen Nation.“*⁴⁷ Er hatte aber auch sehr viele Feinde, vor allem deshalb, weil er das Übel der Steuerfreiheit des Adels abschaffen wollte. Und er sah vor allem das Hauptproblem seines Landes: *„Ist aber Ungarn ein freies Land? Beim gerechten Gott, nein! Der Edelmann ist frei - der Bauer ein Diener, ein Slave!... Wir sehen 400 000 Seelen, die ihre Vorrechte und ausschließlichen Privilegien gegen 10 000 000 Menschen, von denen im Landtag gar keine Rede ist, geltend machen wollen... Wir müssen in die Schule der Demut und der Selbstverleugnung gehen...“*⁴⁸

Als seinen größten Gegner muss man Lajos Kossuth⁴⁹ ansehen. Dieser war zwar auch ein Vertreter der Reformbewegung, er war jedoch in seinen Gedankengängen viel radikaler und vor allem: für ihn war die Loslösung vom Habsburgerreich das vorrangige Problem. Er wird bei Lendvai beschrieben mit den Worten des Obergespanns des Komitats Pest im Zusammenhang mit den Reichstagswahlen 1847: *„Kossuth ist ein Aufwiegler, kein friedliebender, gezügelter Mensch, wie ihn der gnädige königliche Einladungsbrief zu entsenden befahl. Kossuth ist ein Mensch, mit dem allein es mehr Schwierigkeiten geben wird als mit dem gesamten Reichstag.“*⁵⁰

Für alle Reformideen brachte das Jahr 1848 einen Höhepunkt. Nach ersten Erfolgen einer ungarischen Delegation im März 1848 in Wien und der Einsetzung einer Regierung unter dem gemäßigten Grafen Lajos Batthyány waren Kossuth und seinen Anhängern die Erfolge zu wenig. Auf Seiten dieser Gruppe war ein neuer

⁴⁷ Paul Lendvai, Die Ungarn. Eine tausendjährige Geschichte. (München 1999), 227

⁴⁸ Lendvai, Die Ungarn, 227/228

⁴⁹ Lajos Kossuth, 1802- 1894, Jurist, Politiker und ungarischer Freiheitskämpfer. Lebt ab 1849 im Exil

⁵⁰ Lendvai, Die Ungarn, 245

Mythos entstanden: der junge ungarische Dichter Sándor Petöfi⁵¹. Er heizte das ungarische Nationalgefühl richtig an, die Forderungen wurden immer radikaler und die Verwirrung - vor allem bei den Truppen - immer größer. Man wusste nicht mehr, gegen wen man kämpfen sollte, und auch die Gegensätze zwischen der Regierung Batthyány und Kossuth wurden immer größer. Nachdem die Feldherrn Fürst Windischgrätz und der kroatische Banus Jelacic bei der Niederwerfung des Aufstandes erfolglos geblieben waren, wurde Russland um Hilfe gebeten.

Nach der Niederschlagung des Aufstandes und dem dabei entstehenden Chaos folgte jedoch ein tiefer Absturz. Die Strafgerichte durch die Regierung Schwarzenberg waren furchtbar und Ungarn ging all seiner Privilegien verlustig. Kossuth gelang die Flucht, er blieb ein Idol für die Ungarn, auch in seinem späteren Exilort Turin.

Nach den Niederlagen der Kriege von 1859 und 1866 erlangten die Magyaren den Ausgleich von 1867. „Sisis“ Liebe für Ungarn war sprichwörtlich. Sie versuchte beim Kaiser alles für ihr geliebtes Land zu erreichen- sie stand hinter den versöhnlichen Treffen Franz` Josephs mit Deák und Andrassy, die schließlich in der ungarischen Königskrönung gipfelten.

Viele Politiker und Historiker sahen den Ausgleich als Sieg der Ungarn an. Treffend beschreibt es der französische Historiker Louis Eisenmann 1940: für ihn bringt dieses Gesetz eine *„Parität der Rechte, zwei Drittel der Kosten für Österreich, drei Viertel des Einflusses für Ungarn.“*⁵² Und von Karl Lueger ist der Ausspruch überliefert: *„Ich betrachte den Dualismus als Unglück, ja als das größte Unglück, das mein Vaterland ertragen musste, selbst als ein größeres Unglück als die verlorenen Kriege“.*⁵³ Und auch der Tscheche Palacký sieht die Gefahr des Dualismus, er meint, dass nun eine Versöhnung mit den Slawen unmöglich geworden sei.

Politisch handelte es sich bei der Lösung durch den Ausgleich um eine Realunion: Franz Joseph war Kaiser von „Zisleithanien“ und König von Ungarn. Als höchstes Regierungsgremium bestand der „Gemeinsame Ministerrat“ aus den drei „Reichsministern“ (Außen-, Heeres- und gemeinsamer Finanzminister) und den beiden Ministerpräsidenten, den Vorsitz hatte der Kaiser oder in seiner Vertretung der Außenminister. Die alleinige Entscheidungsgewalt lag in militärischen Fragen

⁵¹ Sándor Petöfi, 1823- 1849, ungarischer Dichter und „Volksheld“ 1848

⁵² Lendvai, Die Ungarn, 318

⁵³ Lendvai, Die Ungarn, 322

beim Kaiser und König. Die sogenannten Delegationen, Ausschüsse, besetzt mit je sechzig Vertretern beider Parlamente, die über gemeinsame Fragen zu verhandeln hatten, trafen regelmäßig in ihrem Land zusammen. Gemeinsame Sitzungen gab es nur, wenn keine Einigung erzielt werden konnte und regelmäßig in Zehnjahresabständen. Dabei wurde auch alle zehn Jahre der finanzielle Anteil an den Staatsfinanzen ausgehandelt. Dieser stieg von ursprünglich 30% für Ungarn 1867 auf 36,4% 1907 an. Auch alle Armeegesetze waren immer wieder ein Streitpunkt bei diesen Verhandlungen, vor allem, wenn es um die Anzahl der Rekruten oder die militärische Kommandosprache ging.

In der Gesamtmonarchie lebten 1910 jedoch 47% Slawen, 6,4 % Rumänen, 24% Deutsche und 20% Magyaren - diese Zahlen zeigen schon das Ungleichgewicht in der Habsburgermonarchie. Und in Ungarn lebten gar nur 40% Magyaren, 14% Südslawen, 14% Rumänen, 9,8% Deutsche, 9,4% Slowaken und 2,3% Ruthenen. Nur durch Ausklammerung Kroatiens konnte der magyarische Anteil auf knapp über 50% angehoben werden⁵⁴. Im November 1868 wurde der Ausgleich mit Kroatien abgeschlossen. Er brachte den Kroaten Autonomie in inneren Angelegenheiten, der Banus jedoch wurde von den Ungarn vorgeschlagen und vom König ernannt. Der kroatische Landtag konnte vierzig Vertreter in den ungarischen Reichstag entsenden.

Schon 1868 wurde von Deák und Eötvös ein Nationalitätengesetz entwickelt, das sehr fortschrittlich wirkte. Sprachlich und kulturell sah dieses Gesetz Rechte für Vertreter anderer Nationalitäten vor. Es wurde jedoch nicht eingehalten oder zumindest sehr willkürlich ausgelegt. Dieses Nationalitätengesetz brachte als eine Besonderheit die Gleichstellung der Juden, erste jüdische Abgeordnete kamen nun ins Parlament. Deutsche und Ungarn fühlten sich als kulturell führende Nationen der Habsburgermonarchie. Die liberale ungarische Regierung unter dem politisch sehr fähigen Gyula Andrassy d. Ä. mit József Eötvös und dem im Hintergrund wirkenden Ferenc Deák ging mit viel Schwung an die Neuerungen.

In Ungarn wurde die Einführung des Wahlrechts immer als Gefahr angesehen - es hätte die Situation stark verändert, durch die große Zahl von Kleinbauern und Arbeiter wären die Nationalitäten gestärkt worden, die Forderung nach Reformen wäre stark gestiegen, Meutereien wurden befürchtet. Auch der König hätte die

⁵⁴ Lendvai, Die Ungarn, 320

Unterstützung der Stände gegen eine Unterstützung der Massen eintauschen müssen.

Doch die Nachfolger der Deákpartei, vor allem Kálman Tisza (1875- 1890), sahen nationale Forderungen und Nationalsprachen als „Verrat“ an, die Rechte, vor allem auf Bildung in der Muttersprache wurden sehr eingeschränkt. Völlige Magyarisierung war für sie das Ziel. Und in Kroatien regierten die ungarischen Bane meist absolutistisch ohne Parlament (Sabor). Im Ausland, vor allem später auch in den Ententestaaten, entstand ein falsches Bild von Ungarn: Man meinte, dass in dem Land Parlamentarismus bestand und die Menschen ihre Freiheitsrechte hätten, freilich betraf dies in Wirklichkeit nur eine sehr kleine Gruppe der Bewohner. Die inneren Verhältnisse waren meist undurchschaubar.

1896 wurde als Gedenkjahr des tausendjährigen Bestehens groß gefeiert - wieder ein Zeichen für Mythospflege! Die Ungarn versuchten, Franz Joseph als Nachkommen Apards und ihre heißverehrte „Sisi“ als Nachfahrin der ungarischen Königstochter Elisabeth, der späteren Hlg. Elisabeth von Thüringen zu deklarieren und zu feiern.

1904/05 kam es zu einer ordentlichen Verfassungskrise. Der Wiener Historiker Wolfdieter Bihl berichtet im Vorwort zum Tagebuch von Polzer-Hoditz⁵⁵, dass ein Plan für den „Kriegsfall U 1905“ bestanden haben soll, öffentliche Gewalt durch Eingreifen der Armee niederzuschlagen.⁵⁶

Istvan Tisza, Sohn von Kálman Tisza und Führer der Liberalen, war seit 1903 Ministerpräsident. Polzer-Hoditz sah Tisza als eine Gefahr für die Monarchie an: Er sei zwar eine starke Persönlichkeit gewesen, jedoch „*fehlte ihm die staatsmännische Erkenntnis*“.⁵⁷ Er blockte Neuerungen ab, wollte in seinem konservativen Denken den Zustand erhalten, war hart gegen die Parteien der Opposition und erreichte dadurch ein Zusammengehen dieser Parteien. Bei den Wahlen 1905 wurde er daher von der Opposition abgelöst: Der Nationalen Unabhängigkeitspartei von Kossuth, den Liberalen Dissidenten unter Gyula Andrassy dem Jüngeren, der Nationalpartei unter Graf Albert Apponyi(1846- 1933) und der Katholischen

⁵⁵ Graf Arthur Polzer-Hoditz und Wolframitz, 1870- 1945, Jurist, Maler. Beamter, 1917 Kabinettsdirektor von Kaiser Karl

⁵⁶ Arthur Graf Polzer- Hoditz, Kaiser Karl. Aus der Geheimmappe seines Kabinettschefs. (Wien 1980). S.II.(Vorwort von Wolfdieter Bihl)

⁵⁷ Polzer- Hoditz, Kaiser Karl, 52

Volkspartei unter Graf János Zichy(1868- 1944). Franz Joseph war gegen eine Regierung dieser Gruppen und ernannte den sehr schwachen General Baron Géza Fejérváry zum Ministerpräsidenten, zum Innenminister Graf Józef Kristóffy, und dieser sollte eine Gesetzesvorlage für ein neues Wahlrecht einbringen. Kristóffy hatte jedoch keinen Erfolg. So wurde diese Regierung 1906 von der Opposition unter dem deutschstämmigen, bürgerlichen Sándor Wekerle abgelöst.

Polzer- Hoditz sah den Anfang des Zerfalls der Monarchie bei den Ungarn, die als Erste offen ansprachen, dass sie von der Habsburgermonarchie unabhängig sein wollten. Polzer-Hoditz sagte auch, dass sie ihre Jugend „zum Größenwahn und zu politischem Hochmut“ erzogen hätten.⁵⁸ Ungarische Politiker hatten auch die Information des deutschen Reiches übernommen, die Botschafter in Berlin waren immer ungarischer Herkunft. Daher bestand im Deutschen Reich aber auch bei den Ententemächten ein ganz falsches Bild von Ungarn.⁵⁹

1910 kehrte Istvan Tisza in die Politik zurück, er begann wieder Einfluss zu nehmen, anfänglich als Sprecher des Abgeordnetenhauses. Er gründete die nationale Arbeitspartei, und wurde 1913 wieder Ministerpräsident.

4. 2.Das Verhältnis der beiden Reichshälften zueinander während des Weltkriegs

Über den Tod des Thronfolgers Franz Ferdinand herrschte in Ungarn keine große Trauer, man hatte seinen Regierungsantritt eher gefürchtet. Jedoch Franz Ferdinand war kein „Ungarnhasser“, wie ihm vielfach vorgeworfen wurde, er sah aber sehr deutlich die Gefahr der ungarischen Politik. Durch Gespräche mit Nationalitätenvertretern und durch seine zahlreichen Reisen durch das Land war er über die wahren ungarischen Zustände sehr gut informiert, viel besser als die meisten österreichischen Berufspolitiker.⁶⁰ Er hatte Entwürfe erstellen lassen, die zu Änderungen in der ungarischen Verfassung, vor allem zur Abschaffung historischer Rechte des Adels geführt hätten.⁶¹ Sein Ziel war die Stärkung des Zentralismus, die Einführung eines neuen Wahlrechts in Ungarn und damit die Stärkung der anderen Nationalitäten. Franz Ferdinand hatte vor, die Königskrönung sechs Monate hinauszuschieben (so lange konnte er sich laut der Verfassung Zeit lassen), und in

⁵⁸ Polzer-Hoditz, Kaiser Karl, 14

⁵⁹ Polzer-Hoditz, Kaiser Karl , 25

⁶⁰ Polzer- Hoditz, Kaiser Karl, 78

⁶¹ F. Tibor Zsuppan, Die politische Szene Ungarns. In: Mark Cornwall, Die letzten Jahre der Donaumonarchie. Der Erste Vielvölkerstaat im Europa des frühen 20. Jahrhunderts, Wegberg 2004, 119

dieser Zeit, vor der Ablegung des Eides auf die Verfassung, wollte er die ungarischen Bestimmungen und die Ausgleichsgesetze ändern. Er war bereit, bei Widerstand auch militärisch vorzugehen.⁶²

Tisza war nach dem Attentat einer der wichtigsten Entscheidungsträger der Monarchie, er war gegen ein zu scharfes Ultimatum und einen zu schnellen Kriegsausbruch. Jedoch auch in Ungarn war die Kriegsbegeisterung sehr groß und Tisza musste nachgeben. Die Kriegsbegeisterung schlug erst im Jahr 1916 um, der Friedenswille bei Opposition und Volk wurde um diese Zeit sehr stark.

Als Politiker war Istvan Tisza schwer zu durchschauen. Im Juni 1913 wurde er zum zweiten Mal Ministerpräsident und damit „der starke Mann“ in Ungarn. Er wollte jedoch auch das besondere Vertrauen von Kaiser Franz Joseph gewinnen. Das gelang ihm, indem er im ungarischen Reichstag mit viel Druck die Zustimmung zu einer neuen Wehrvorlage erreichte. Damit war er ein Vertrauensmann des Kaisers und ungarischer „Diktator“. ⁶³ Sehr geschätzt hat ihn Kaiser Franz Joseph freilich nicht und Kaiser Karl hat ihn später eher gefürchtet und ihm misstraut.

Tisza hatte ein übersteigertes Selbstbewusstsein, er glaubte, dass nur er Ungarn steuern und leiten könne. Reformen führte er - trotz vorheriger oftmaliger Versprechungen - nur äußerst begrenzt durch. Der Gesetzesentwurf für ein neues Wahlrecht von 1913 wurde z. B. nie angewandt, man hatte Angst vor den Nationalitäten und setzte daher bis 1920 keine Wahlen an. Gespräche mit den Sozialisten und mit anderen Nationalitäten - so den Rumänen und Kroaten - scheiterten. Nationale Wünsche wurden von ihm radikal unterdrückt und dadurch verstärkte sich der durch die Balkankriege ausgelöste Blick über die Grenze. Jeder national-föderalistische Politikansatz in Zisleithanien wurde als „ungarnfeindlich“ angeprangert, Graf Tisza sprach von „gemeingefährlichem Wahnsinn“. ⁶⁴

Sicher wollte auch Tisza von der Habsburgermonarchie loskommen, aber er konnte warten, bis der günstigste Zeitpunkt dafür gekommen war. Bis dahin suchte er Kontakte und Rückhalt im Deutschen Reich, das schien ihm der stärkere Partner für seine „großungarischen“ Pläne. Dort gab es zwei Richtungen: die pragmatische Seite mit dem deutschen Kaiser Wilhelm und Ministerpräsident Theobald Bethmann-

⁶² Kann Nationalitäten Bd. 2, 194

⁶³ Polzer-Hoditz, Kaiser Karl, 117

⁶⁴ Polzer-Hoditz, Kaiser Karl, 77

Hollweg(1856- 1921). Doch den Ausschlag gaben die Militärs, die „Siegfriedler“⁶⁵, die auf Annexionen aus waren, die Gruppe der Großdeutschen, das Großkapital und die Vertreter der Schwer- und Rüstungsindustrie. Sie glaubten an ein großdeutsches Reich mit den Nebenländern Polen und Ungarn. Dazu benötigte man selbständige Staaten, und das selbständige Ungarn sollte sich nach Südosten noch vergrößern. Für die Ungarn, die sich selbst gerne als Retter Mittel- und Westeuropas aus der Gefahr vor Feinden aus dem Südosten darstellten⁶⁶, bedeuteten diese Pläne eine Verstärkung ihres Führungsanspruches. Der Kampf gegen das Habsburgerreich ist doch beinahe ungarische Tradition, ein Erbe Kossuths: Ungarische Legionen haben sich schon ab 1859 den Feinden der Monarchie angeboten. Der ungarische Bevölkerungsanteil war durch Magyarisierung bis 1914 auf 54% angestiegen. Es gelang den Ungarn auch immer, dem Ausland, vor allem der Entente glauben zu machen, dass in ihrem Land die Zustände dem Selbstbestimmungsrecht entsprechend seien. Über Magyarisierung und Verfolgung wurde kaum etwas bekannt. Auswüchse des Magyarisierungstrends waren vor allem bei Renegaten, bei magyarisierten Deutschen und Slawen, vor allem Slowaken, und bei Juden festzustellen, sie neigten zu Übertreibungen. Kurz bestand sogar am Wiener Hof das Projekt, Budapest zur Hauptstadt des Gesamtreiches zu machen und den Hof nach Ungarn zu verlegen. Kann meint zu dieser Idee: *„Man könnte kein besseres politisches Beispiel für einen Selbstmord aus Angst vor dem Tode finden als den Plan, die größte destruktive Macht in der Monarchie, den magyarischen Nationalismus, zu bekämpfen, indem man ihm vollständig nachgab!“*⁶⁷

Bald nach Kriegsausbruch begann das Militär mit der Internierung von Serben, ab 1915 setzte auch eine verstärkte Verfolgung von Rumänen ein, nicht von ungefähr, denn im Herbst 1916 stand ein rumänisches Heer in Siebenbürgen.

Es gab in Ungarn drei politische Gruppen:

Die erste war gebildet von Tisza und seinen Parteigängern, die möglichst nichts verändern wollten und für die Bewahrung des Dualismus eintraten. Tisza war schlau, er hingte sich an die österreichische Bündnispolitik an. Die zweite, oppositionelle Gruppe sah eine Benachteiligung Ungarns im Dualismus, wollte eigene Banken, ein eigenes Heer und die volle Unabhängigkeit. Sie bemühte sich auch besonders um

⁶⁵ Polzer-Hoditz, Kaiser Karl, 120

⁶⁶ Polzer-Hoditz, Kaiser Karl, 124

⁶⁷ Kann, Nationalitäten Bd 1, 139

die Magyarisierung der Nationalitäten. Im Juli 1916 kam es zu einer Spaltung der Unabhängigkeitspartei, Graf Mihály Károlyi⁶⁸ wollte schon damals den Ausgleich in eine Personalunion umwandeln, Frieden schließen und damit Ungarn von der Kriegsschuld distanzieren.⁶⁹ Károlyi setzte auf soziale Elemente, er wollte durch eine demokratische Wahlordnung die Massen gewinnen, Polzer-Hoditz sieht es jedoch als dilettantisch an, dass er mit Österreichs Feinden (USA, Ententemächte) zusammenarbeiten wollte.

Und die dritte Gruppe bildeten die Nationalitäten, die ihre eigene Identität bewahren wollten und zum Teil auch über die Grenze blickten. (Serben, Slowaken, Rumänen).⁷⁰

Ungarn war sehr wichtig für Zisleithanien als Lebensmittellieferant. Schon vor dem Krieg wurde der Überschuss dorthin verkauft. Als nun im Verlauf des Krieges Galizien mit seinen Nahrungsmittelreserven ausfiel, war Ungarn ab 1915 Hauptlieferant. Und damit hatte es große Mitschuld am Hunger im Reich, denn die ungarische Bevölkerung wurde bevorzugt behandelt und Maß genommen wurde am Nahrungsmittelbedarf zu Friedenszeiten. Da sich aber in Zisleithanien viele Flüchtlinge aufhielten (vor allem aus Galizien) und Ungarn auch das Heer mit Nahrungsmittel versorgte, war der Mangel und der Hunger bald sehr groß.

Nach dem Tod von Kaiser Franz Joseph und der Nachfolge durch Kaiser Karl wusste Tisza, dass er schnell handeln musste. Reformen und Änderungen von einander widersprechenden Gesetzen, von denen es im Ausgleich viele gab und die eine erfolgreiche Arbeit für eine Föderalisierung blockierten, mussten vor der Ablegung des Krönungseides bereinigt werden. Tisza kannte die Ratgeber an Karls Seite, von denen mehrere schon zum Kreis von Franz Ferdinand gehört hatten und deren Einflüsterungen er kritisch gegenüberstand (Prinz Konrad Hohenlohe, Arthur Polzer–Hoditz...)

Schon am Morgen nach dem Ableben des Kaisers war Tisza bei Karl und brachte den jungen Kaiser mit dem Hinweis, dass dies der erste Schritt zum Frieden sei, zur Einwilligung zur baldigen Krönung. Damit war aber der Dualismus festgeschrieben.

⁶⁸ Graf Mihály Károlyi, 1875- 1955, Schwiegersohn von Andrássy

⁶⁹ Zsuppan, in Cornwall, S. 121

⁷⁰ Zsuppan, in Cornwall,

Am 22. Dezember 1916 löste Graf Ottokar Czernin⁷¹ Burián⁷² als Außenminister ab. Czernin war eine sehr zwiespältige Persönlichkeit, begabt, aber mit wenig politischer Erfahrung, und er ordnete sich Tisza stark unter. Tisza nützt diesen Einfluss, denn der machte ihn noch stärker. So verfolgte er seine eigene südslawische Lösung, die für ein „Großungarn“ stand. In diesem Fall wäre aber nur eine Lösung im Sinne des Trialismus hilfreich gewesen, und da hätten beide Reichsteile zusammenarbeiten müssen. Polzer-Hoditz, der von Tisza und Czernin abgelehnt wurde und dessen Rücktritt die beiden auch erreichten⁷³, berichtet über das gute Verhältnis von Tisza zu den Serben vor dem Krieg und äußert den Verdacht, dass dieser vom Attentatsplan etwas gewusst haben könnte. Polzer sah das ungarische Regierungsgebäude als sehr fragil an, er war der Meinung, dass echter Widerstand von österreichischer Seite etwas für die Föderalisierung erreicht hätte. Doch die österreichischen Politiker waren viel zu wenig informiert

Graf Tisza versteifte sich immer mehr gegen alle Neuerungen und Reformen, daher wurde er im April 1917 zum Rücktritt gezwungen. Er wurde für kurze Zeit von Graf Moric Esterhazy (1881- 1960) abgelöst, der eine kleine Wahlrechtserweiterung durchführte, sonst jedoch nur eine schwache Zwischenlösung war. Im Oktober 1917 folgte ihm Sandor Wekerle(1848- 1921). Der deutschstämmige Wekerle fordert eine eigene Armee für Ungarn. Diese wird für die Zeit nach dem Krieg versprochen, und Generaloberst Erzherzog Josef August nimmt die Vorarbeiten dafür auf. Tisza blieb jedoch der starke Mann im Hintergrund.

Seine unbeugsame Haltung schildert Kann an Hand eines Intermezzos im September 1918 in Sarajevo. Tisza, in ungarischer Tracht, bekam von einer bosnischen Delegation ein Memorandum überreicht. In seiner überheblichen Art herrschte er sie an: *„Vielleicht gehen wir zugrunde, aber seien sie versichert, bevor wir zugrunde gehen, werden wir die Kraft finden, die Männer zu zermalmen, die sich im Inland dazu hergeben, das Spiel unserer Feinde zu machen.“*⁷⁴

Es war dann Wekerle, der die Aufnahme des Satzes über die nicht antastbare Integrität Ungarns in das Völkermanifest verlangte. Dieser Hinweis war gar nicht

⁷¹ Graf Ottokar Czernin- Chudenitz, 1872- 1932

⁷²Graf István Burián- Rajecz, 1851-1922

⁷³ Über die Differenzen zwischen diesen drei Männern berichtet vor allem: August Demblin, Minister gegen Kaiser. Aufzeichnungen eines österreichisch- ungarischen Diplomaten über Außenminister Czernin und Kaiser Karl, Hrsg. Alexander Demblin, (Wien/Köln/Weimar 1997). Demblin ist der Verbindungsmann Czernins am Hof Karls und ergreift in seinem Bericht voll Partei für Graf Czernin

⁷⁴ Robert A.Kann, Geschichte des Habsburgerreiches, (Wien- Köln- Graz 1977)

nötig, denn das Manifest war ein Schriftstück der österreichischen Regierung unter Hussarek, Ungarn hätte sein eigenes Manifest erlassen müssen

Am 24 Oktober 1918 wurde die Regierung Wekerles abgelöst durch die Regierung Mihály Károlyi mit dem Nationalitätenminister Oskar Jászi. Kann bezeichnet auch ihn als „... *in naiver Maßlosigkeit für den magyarischen Führertypus.*“⁷⁵ Doch die Nationalitäten glaubten den Versprechungen nicht mehr. Tisza wurde ermordet. Im November 1918 übernahm mit der „Ungarischen Volksrepublik“ eine kommunistische Diktatur unter Béla Kun⁷⁶ die Macht. Nach dem Frieden von Trianon blieb vom ehemaligen Ungarn nur ein kleiner Rest über.

5. Das Nationalitätenproblem in den einzelnen Kronländern

5.1. Die Tschechen

Die Nationalbewegung der Tschechen war für die übrigen Nationalitäten der Habsburgermonarchie Auslöser und Vorbild. Das Besondere bei der tschechischen Volksgruppe war, dass diese nur innerhalb der Grenzen der Habsburgermonarchie siedelte, ihr Siedlungsgebiet aber mit den Deutschen teilte. Differenzen gab es zwischen diesen beiden Volksgruppen seit der Schlacht am Weißen Berg 1620. Das Zahlenverhältnis dieser beiden Völker in Böhmen – zwei Fünftel Deutsche und drei Fünftel Tschechen, konnte nur – nach der Meinung Robert Kanns, so lange eine Herrschaft der Deutschen ermöglichen, als die zahlenmäßigen Unterschiede durch kulturelle Überlegenheit ausgeglichen wurde.⁷⁷ Das ist der Ursprung des „Kampfes“ der nationalen Unterschiede. Richtig belebt wurden die Forderungen nach nationaler Selbstständigkeit dadurch, dass schon sehr früh eine bürgerliche Intelligenz entstanden war, auch das hob die Tschechen von den anderen Slawen ab. Das war durch die frühe Wiederbelebung der tschechischen Sprache und Kultur möglich. Die Situation charakterisiert Albert E. Schäffle, 1871 Minister im Kabinett Hohenwart: *„Ich hatte früher geglaubt, Böhmen sei bereits germanisiert und mehr als zweihundert Jahre vereinigter Bureaukraten- und Jesuitenarbeit unter dem Absolutismus seit der Schlacht am Weißen Berge in das vierte Jahrzehnt des 19. Jahrhundert hatten es ja zustande gebracht gehabt, daß die gebildeten Schichten der Czechen deutsch sprachen. Aber das Volk war nicht deutsch geworden und kaum zwei Jahrzehnte hatten genügt, die ganze czecho- böhmische Bevölkerung kulturell und politisch in*

⁷⁵ Kann, Nationalitätenproblem, Bd.1, 142

⁷⁶ Béla Kun, 1886- 1940, Kommunistenführer

⁷⁷ Kann, Nationalitätenproblem, Bd. 1, 147

*einem Nationalbewußtsein der zähesten Art neu zu verschmelzen. Diese Wiederbelebung war so schnell, ich möchte sagen, so hussitisch gekommen, daß sie selbst die Erwartung der Wiederentdeckung ihrer Nationalität Palackýs und Šafaříks übertraf.“*⁷⁸ Auslöser dieser Wiedergeburt war Johann Gottfried Herders Werk „Ideen zur Geschichte der Menschheit“ und seine Voraussagen über eine große Zukunft für die Slawen. Die Revolution von 1848 verschärfte dann auch den Nationalitätenstreit. Kern der tschechischen Forderungen war die nach dem „Böhmischen Staatsrecht“ aus der Zeit der Unabhängigkeit vor 1526, und zwar in den Ländern der Wenzelskrone Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien. Doch auch das war eine Folge der Schlacht am Weißen Berg: Grundbesitz der protestantischen Adeligen wurde damals eingezogen, die Gegenreformation setzte ein und treue österreichische Adelige bekamen den Grundbesitz übertragen. Die deutschen Nationalisten wollten die Tschechen nicht als „ebenbürtig“ akzeptieren, und die Tschechen fühlten sich als „Erstgeborene“⁷⁹ und daher für die Vorherrschaft bestimmt. Die meisten Vereinigungen spalteten sich nach 1848 in zwei Bewegungen auf, eine tschechische und eine deutsche: Künstlervereinigungen, Studentenbewegungen, die Nationalgarde.... Und immer wenn den Tschechen ein Zugeständnis in Aussicht gestellt wurde, protestierten die Deutschen dagegen. Schriftsteller und Historiker trugen zur nationalen Erweckung viel bei. Zu den „Wiedererweckern“ gehörten Paul Šafařík, (1795-1817), Joseph Dobrovský (1753-1829), Joseph Jungmann (1773-1847) und Franz Palacký (1798- 1876).⁸⁰ Dabei kann man deutlich sehen, wie die Hinwendung zur Nationalität vor sich ging: sie hatten ihre ersten Werke, auch Palacký seine böhmischen Geschichte, in deutscher Sprache geschrieben und wandten sich erst allmählich ab den 1870er Jahren dem Tschechischen zu. Auch der Prager tschechische Bürger gewann an Selbstbewusstsein, was sich in einer „Verfeinerung“ seiner Lebensweise ausgedrückt hat.

Seit den 1870er Jahren hatte sich die tschechische Gesellschaft grundlegend geändert. Die Entwicklung ging von einem Bauern- zu einem Industriestaat. Bei der Volkszählung 1910 war der Anteil an Industriearbeitern besonders bei den

⁷⁸ Zitiert in Kann, Nationalitätenproblem, Bd. 1, 155

⁷⁹ Markus Mauritz, Tschechien (Regensburg 2002), 20

⁸⁰ Kann, Nationalitätenproblem Bd. 1, 155

Tschechen sehr hoch.⁸¹ Textil- und Glasindustrie, elektrotechnische Produkte und Maschinen, sogar Autos wurden erzeugt, die ersten tschechischen Banken wurden gegründet.

Viele Arbeitskräfte wanderten nach Wien aus, als Beispiel könnte der „Ziegelböhm“ am Wienerberg gelten.⁸² Da aber das Bildungssystem in Böhmen besser war als in den meisten anderen Kronländern schafften viele Tschechen auch in Wien den Aufstieg. Viele Handwerker, Kleinunternehmer stammten aus Böhmen. In Wien lebten 1910 mehr als 200 000 Tschechen.

Von den Tschechen ging auch die „Tabory-Bewegung“ aus, benannt nach dem Berg Tabor in Böhmen, dem Versammlungsort der Hussiten. Ab den Sechzigerjahren wurden volksfestartige Versammlungen abgehalten, die das Nationalbewusstsein stärken sollten. Auch die „Sokolbewegung“, die der Körperertüchtigung und dem nationalen Miteinander dienen sollte, begann um diese Zeit ihre Tätigkeit. Beide Bewegungen griffen auf die übrigen slawischen Völker über.

1871 wurde mit den Fundamentalartikeln unter Ministerpräsident Carl Sigmund von Hohenwart(1824- 1899) wieder ein vergeblicher Ausgleichsversuch gemacht. Sie hätten für Böhmen eine ähnliche Sonderstellung wie für Ungarn bedeutet, hätten aber auch die Rechte für die Deutschen in Böhmen gesichert. Alle Zugeständnisse scheiterten aber an dem Widerstand der Deutschböhmern, die um ihre Vorherrschaft fürchteten. Nach diesem Scheitern lehnten die Tschechen⁸³ alle weiteren Gespräche ab. 1882 kam es zur Trennung der Universität Prag in eine deutsche und eine tschechische Hochschule. Sogar die Bierlokale für die Studenten wurden nach Nationalitäten getrennt besucht, und wenn dies einmal nicht der Fall war, gab es handgreifliche Auseinandersetzungen.⁸⁴

Der Konflikt durch die Sprachenverordnung von Ministerpräsident Badeni⁸⁵ 1897, die die beiden Sprachen auch im Beamtentum gleichstellen sollte, verschärfte die Differenzen dann endgültig zu einem Kampf, bei dem keine der beiden Seiten Kompromisse schließen wollte. Kann sieht die Differenzen auch stark durch den

⁸¹Valeria Heuberger, Unter dem Doppeladler. Die Nationalitäten der Habsburgermonarchie 1848- 1918. (Wien/München 1997), 177

⁸² Heuberger, Nationalitäten, 177

⁸³ Nach Mauritz, Tschechien 38

⁸⁴ Heuberger, Nationalitäten, 175

⁸⁵ Graf Kasimir Felix Badeni, 1846- 1909

Panslawismus, von Rußland ausgehend, beeinflusst, so wurde aus einem österreichischen Problem ein Weltproblem.⁸⁶

In dem Wunsch nach einem einheitlichen Staat mit tschechischer Sprache waren sich vor dem Kriegsausbruch sogar Alttschechen und Jungtschechen einig. Immer wieder wurden Ausgleichsgespräche jedoch wegen der Aufteilung und Grenzziehung der Gerichtsbezirke, „Kreise“, abgebrochen. Und die alltägliche Situation verschärfte sich immer mehr, in Prag herrschte beinahe „Ausnahmезustand“.⁸⁷ Verschärft wurde alles durch den Krieg. Obwohl die Bevölkerung noch lange treu zur monarchischen Staatsform stand, übernahmen die im Ausland lebenden Politiker die Führung. Sie versuchten, die tschechischen Parlamentarier zu „steuern. Thomas Garrigue Masaryk und Eduard Benes gründeten in Paris den tschechoslowakischen Nationalrat, der im September 1918 von den Ententemächten als Regierung anerkannt wurde.

5.2. Die Slowaken

Die Slowaken waren eines der kleineren Völker der Donaumonarchie, 1910 stellten sie 2 Millionen. Das von ihnen bewohnte Gebiet war eine der landschaftlich schönsten Gebirgsgegenden, jedoch auch sehr arm, da die Landwirtschaft sehr schwierig und sehr rückständig war und nur geringe Erträge abwarf. Die slowakische Bevölkerung bestand vorwiegend aus Bauern und aus Hirten. Seit dem Ende des Großmährischen Reiches waren sie unter magyarischer Oberhoheit. Die sehr geringe Anzahl von Adeligen waren magyarisiert, slowakische Intellektuelle gab es kaum. Die Bewohner der größeren Städte des Landes waren deutsche oder magyarische Bürger. Da dies zum Teil alte Bergbaustädte waren, waren die Bewohner als Fachleute schon vor Jahrhunderten ins Land geholt worden.

Daher waren die Bemühungen um eine Kodifizierung der slowakischen Sprache sehr wichtig: 1843 konnten Michael Hodža (1811-1870), L'udovit Štúr (1815-1856) und Jozef Miloslav Hurban (1817-1888)⁸⁸ eine einheitliche, von Katholiken und Protestanten anerkannte Schriftsprache schaffen. Sie ermöglichte ein reiches kulturelles Leben, das vor allem im Werk des Dichters und Wissenschaftlers

⁸⁶ Kann, Nationalitätenproblem, Bd.1, 148

⁸⁷ Heuberger, Nationalitäten, 182

⁸⁸ Heuberger, Nationalitäten, 147

Ján Kollár (1793-1852) und des Slawisten Paul J. Šafařík (1795-1861) einen Höhepunkt fand.⁸⁹

Die Revolution 1848 und die Zeit des Neoabsolutismus und der Verfassungsexperimente hätte die Möglichkeit geboten, die Lage der Slowaken etwas zu verbessern. Während der Revolution standen die Slowaken treu zum Herrscher. Doch ihre Hoffnungen nach nationalen Zugeständnissen zerschlugen sich. Es war zu diesem Zeitpunkt vielleicht der letzte Termin für eine einfache föderalistische Lösung für die Monarchie. Die Teilnehmer am Slawenkongress in Prag im Juni 1848 stellten Forderungen nach Autonomie innerhalb Ungarns. Diese Forderungen wären infolge des geschlossenen Siedlungsgebietes der Slowaken leicht zu erfüllen gewesen.

1861 wurde bei einer Versammlung von 6000 Slowaken in einem Memorandum die Gründung eines „Oberungarischen Nationalen Kreises“ mit der Hauptstadt Neusohl gefordert. Man wollte durch die Gründung von höheren Schulen die Bildungsschicht vergrößern, doch um gesellschaftlich aufzusteigen wanderten die Gebildeten oft aus, germanisierten oder magyarisierten sich.

Erst im Lauf des 19. Jahrhunderts nahm der Nationalismus immer mehr zu, nicht nur bei den Magyaren, sondern auch bei den Slowaken. Die Armut des Landes führte zu einer besonders hohen Zahl an Auswanderern, um 1900 sollen in den Vereinigten Staaten schon 300 000 Slowaken gelebt haben⁹⁰. Der Ausgleich 1867 gab den Magyaren dann freie Hand bei der Unterdrückung ihrer Nationalitäten. Das Nationalbewusstsein stieg, aber die politische Lage wurde immer schlechter - Magyarisierung war das Ziel. In dieser Lage suchte man ein wenig Rückhalt bei den Tschechen, doch da schwang immer die Sorge mit, dass man von ihnen aufgesogen werden könnte. Schon Palackýs Forderungen gingen in Richtung eines tschechoslowakischen Staates. Studenten dieser beiden Volksgruppen waren schon früh begeistert für diese Idee. Als Führer des tschechischen Adels war Graf Leo Thun ein Befürworter der slowakischen Forderungen und Wünsche⁹¹ nach dem Zusammenschluss von Tschechen und Slowaken. Auch die verschiedenen slowakischen Parteien verfolgten unterschiedliche Ziele: die Sozialdemokraten

⁸⁹ Kann, Nationalitätenproblem, Bd.1, 278

⁹⁰ Heuberger, Nationalitäten, 144

⁹¹ Kann, Nationalitätenproblem, Bd. 1, 279

schlossen sich der tschechischen Partei an, die christlichsoziale Partei unter der Führung des Priesters Andrej Hlinka⁹² hatte schon damals ein eigenes Programm.

Zu einem Zusammenschluss mit den anderen Nationalitäten Ungarns kam es in der ganzen Zeit nicht – gemeinsam hätte man vielleicht mehr erreicht, waren doch anfänglich die Magyaren in der Minderheit. 1895 gab es zwar in Budapest einen gemeinsamen Kongress, Autonomierechte und das allgemeine Wahlrecht wurden gefordert, doch auch Slowaken, Rumänen und Serben gemeinsam kamen gegen die Magyaren nicht mehr auf.⁹³ Die Unterdrückung, vor allem die Magyarisierung der Nationalitäten wurde immer stärker. Auch soziale Unterdrückung und Verfolgung Unbotmäßiger nahm immer mehr zu. Diese Situation zwang schließlich die Slowaken dazu, endgültig eine Erfüllung ihrer Wünsche auf der Seite der Tschechen zu suchen.

Als neuer Rückhalt setzten die Slowaken dann ihre Hoffnung auf den Thronfolger Franz Ferdinand und die großösterreichischen Pläne von Aurel Popovici- man hoffte auf eine Föderalisierung unter dem Thronfolger. Man weiß zwar nicht genau, wie die Pläne von Franz Ferdinand aussahen, jedoch eine Änderung der ungarischen Verhältnisse war sicher geplant. Auf jeden Fall hätte er in Ungarn ein neues Wahlrecht eingeführt. Allein das hätte schon mehr Rechte für die verschiedenen Nationalitäten in Ungarn gebracht.⁹⁴

Während des 1. Weltkriegs arbeitete vor allem die Emigranten Tomáš Garrigue Masaryk, der slowakischer Herkunft war, und Edvard Beneš an der Schaffung eines gemeinsamen Staates. Sie gewannen in der Emigration die Slowaken Milan Štefánik und Stefan Osuský für ihre Pläne, sie alle setzten dabei auf den Zerfall der Habsburgermonarchie. Die Pittsburger Erklärung vom 30. Juni 1918 legte die gemeinsame Zukunft der Tschechen und Slowaken fest. Die Anerkennung durch die Ententemächte trug zur Schaffung des neuen Staates bei. Jedoch verblieben auch viele Ungarn in der neuen Republik, eine Belastung bis in die Gegenwart. Am 30. Oktober 1918 erließ ein neuer slowakischer Nationalrat eine Anschlussproklamation, in der es hieß: „*Die slowakische Nation ist sprachlich und kulturhistorisch ein Teil der einheitlichen tschechoslowakischen Nation.*“⁹⁵

⁹² Andrej Hlinka, 1864- 1938, katholischer Priester, slowakischer Nationalistenführer

⁹³ Heuberger, Nationalitäten, 151

⁹⁴ Kann, Nationalitätenproblem, Bd. 1, 283

⁹⁵ Kann, Nationalitätenproblem, Bd. 1, 286

5.3. Die Polen in Galizien

Die Polen der Monarchie waren ein Sonderfall. Bei den polnischen Teilungen im 18. Jahrhundert wurde ihr Gebiet auf drei Staaten aufgeteilt: auf Österreich, Rußland und Preußen. Galizien fiel also 1772 an Österreich, und wurde 1795 noch erweitert. Ab 1846 wurde auch die 1815 geschaffene „Republik Krakau“ Österreich-Ungarn einverleibt. Verwaltungszentrum der „polnischen Provinz“ war Lemberg. Im Westen des Gebiets lebten vor allem Polen, Ostgalizien war vorrangig von Ruthenen (Ukrainern) besiedelt. Daneben gab es hier noch Huzulen, Bojken, Goralen und Podhalaner.⁹⁶ Das Land besaß reiche Bodenschätze (Kohle, Salz, Erdöl, Erz, Holz), es gab Universitäten in Krakau und Lemberg (polnischsprachig seit 1870), eine Akademie der Wissenschaften in Krakau ab 1872. Bildungssprache war jedoch nur das Polnische, der ruthenische Bevölkerungsanteil blieb weitgehend rechtlos.

Viele bedeutende Politiker der Monarchie kamen aus Polen, so z.B. Alfred Graf Potocki (Ministerpräsident 1870/71)⁹⁷, Kasimir Graf Badeni (Ministerpräsident 1895- 97), Minister Leon von Bilinski⁹⁸, Außenminister Agenor Graf Goluchowski (1895- 1906). Der wichtigste polnische Wirtschaftszweig war die Landwirtschaft, Galizien galt als der Brotkorb Zisleithaniens. Die landwirtschaftliche Bewirtschaftung war meist sehr primitiv und brachte daher wenig Ertrag. Und die Betriebe waren durch Erbteilung oft viel zu klein, das führte zu einer verstärkten Auswanderung in die Vereinigten Staaten; Polnische Erntearbeiter waren in ganz Europa anzutreffen. Die sehr geringe Industrie wurde von jüdischen Besitzern dominiert, auch im Handel waren Juden und Armenier tätig. Ab 1867 erwarben die Juden immer mehr Landbesitz.

Groß waren die sozialen Unterschiede in der Bevölkerung, vor allem zwischen Grundherrn und abhängigen Bauern. Den niedrigsten Schichten gehörten eben vor allem Ruthenen an. Die Stellung der Ruthenen, die ca. 2/5 der galizischen Bevölkerung ausmachten, war ähnlich der der unterdrückten nichtmagyarischen Nationalitäten in Ungarn. Auch bei den Polen war der Adelsanteil besonders hoch. Es gab eine nur wenig besitzende niedrige Adelsschicht (Gentry) und auch hier waren die Volksmassen gegen die führende Schicht eingestellt. Daher versuchte

⁹⁶ Heuberger, Nationalitäten, 91

⁹⁷ Jörg K. Hoensch, Geschichte Polens, (Stuttgart 1998), 226

⁹⁸ Ritter Leon Biliński, 1846- 1923, 1912-15 Finanzminister

man seit 1848 alles, um nationale Aufstände zu verhindern, denn sie hätten wahrscheinlich mit sozialen Revolutionen geendet.

Einen verbindenden Einfluss auf die Polen in allen drei Staaten hatte die Kultur, die sich vor allem in Galizien und Krakau weitgehend frei entfalten konnte. Sie wird sogar als „Dienst an der Nation“ gesehen.⁹⁹ Auch die neuen Fächer der Naturwissenschaften fanden Förderung, wissenschaftliche Gesellschaften und Schriften wurden begründet, alles wurde offener und moderner. Freilich wurde die Ausstrahlung dieser „neuen Offenheit“ nur in kleinerem Rahmen wirksam, die Analphabetenrate war hoch und in russischen und preußischen Gebieten wurde die Kultur durch Zensur eingeschränkt und stark überwacht.

Galizien genoss in der Monarchie seit 1868 eine gewisse Autonomie; durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1907 bekamen auch die Ruthenen mehr Rechte. Die beginnende Demokratisierung rief ein starkes nationales Erwachen hervor, vor allem bei den kleineren Völkern, so auch bei den Ruthenen in Ostgalizien. Außerdem wurde durch die Einführung des Wahlrechts die politische Vorherrschaft der Grundbesitzer zurückgedrängt. Hatten sich im österreichischen Reichstag bisher die Regierungen auf Stellungnahmen und Zustimmung des „Polenklubs“ verlassen können, so wurden jetzt die Meinungen der einzelnen Vertreter vielfältiger und unterschiedlicher, auch für ihre Stimmen mussten jetzt Zugeständnisse gemacht werden.

Mehrere politische Parteien entstanden, zwei davon waren von besonderer Bedeutung. 1892 bildete sich in Paris die „Polnische Sozialistische Partei“ (PPS) mit dem Ziel der Schaffung eines unabhängigen demokratischen Polen, gegründet von Józef Piłsudski (1867- 1935). Als zweite Bewegung wurde von den polnischen Nationaldemokraten die sogenannte Endecja¹⁰⁰ mit regionalen Organisationen aufgebaut- es war dies eine bürgerliche radikale Nationalpartei, antisemitisch und überhaupt gegen andere Völker, vor allem gegen Ruthenen und Russen gerichtet.¹⁰¹ Ihr Anführer war Roman Dmowski (1864- 1939).

1914, bei Kriegsausbruch, wurde Polen damit zu einem internationalen Thema. Dmowski begründete in Paris das „Polnische Nationalkomitee“ und warb bei

⁹⁹ Rudolf Jaworski/Christian Lübke/ Michael G. Müller, Eine kleine Geschichte Polens, (Frankfurt am Main 2000) 287

¹⁰⁰ Endecja- polnische nationalkonservative Bewegung

¹⁰¹ Jaworski/Lübke/ Müller, Polen, 293

der Entente für ein unabhängiges Polen. Pilsudski hatte schon vor dem Kriegsausbruch in Galizien paramilitärische Verbände, die „Polnische Legion“ aufgestellt. Diese Truppen waren nach Kriegsausbruch zuerst der österreichischen Armee unterstellt und konnten auch Erfolge erringen. Pilsudski, der seine „Polnische Legion“ (20000 Mann) aus der Armee herauszulösen und nach Rußland zu bringen versuchte, wurde in Juli 1917 verhaftet und in Magdeburg interniert.

In den von den Russen eroberten Gebieten wurde von Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Joseph am 5. November 1916 durch ein Manifest das erbliche, konstitutionelle Königreich Polen ausgerufen. Es sollte eng an die Mittelmächte gebunden sein und ein eigenes Heer, natürlich zur Unterstützung der Mittelmächte, aufstellen dürfen.¹⁰² Die Grenzen und das regierende Herrscherhaus wurden nicht festgelegt. Daher war die Skepsis der Polen sehr groß. Ein Regentschaftsrat unter dem Vorsitz vom polnischen Graf Andrej Szeptycki¹⁰³ und ein Staatsrat mit 110 Mitgliedern wurde eingesetzt.

Das dreigeteilte Polen hatte in den fast einhundertfünfzig Jahren Trennung eine recht unterschiedliche Entwicklung genommen. Russifizierung und strenge Zensur in dem einen Teil, Germanisierung in den preußischen Gebieten ließen Galizien mit seiner Autonomie als die ideale Lösung erscheinen, auch wenn es wirtschaftlich und sozial hier viel aufzuholen galt. Die Führungselite in Österreichisch-Galizien hatte große Erfahrung in der Verwaltung gesammelt.¹⁰⁴ Dagegen waren die preußisch- polnischen Gebiete in Bildung, Wirtschaft und Infrastruktur weit voran.

So gab es auch drei Vorstellungen von der künftigen Gestaltung Polens nach dem großen Krieg. Alle drei Staaten waren bestrebt, die Unterstützung der Bevölkerung in ihrem Teil zu gewinnen und machten Versprechungen. Schon im August 1914 versprachen sowohl Kaiser Wilhelm II. wie auch Zar Nikolaus II. eine Vereinigung der polnischen Gebiete unter deutscher bzw. russischer Führung.¹⁰⁵ Österreichische Versprechungen gingen dahin, bei einem möglichen Sieg das den Russen abgenommene Kongresspolen an Galizien anzuschließen und diesem neu zu schaffenden Reichsteil weitgehende Autonomie zuzugestehen.

¹⁰² Hoensch, Polen, 239

¹⁰³ Graf Andrej Szeptycki, 1865- 1944, griechisch- katholischer Erzbischof, Metropolit von Lemberg

¹⁰⁴ Jürgen Heyde, Geschichte Polens,(München 2006), 89

¹⁰⁵ Heyde, Polen, 90

Doch Österreich hatte dabei Hintergedanken und einen gut überlegten Plan: Die Autonomie des Polnischen Reichsteiles würde zum Ausscheiden von deren Vertretern aus dem Reichsrat führen und somit dort eine Mehrheit der deutschen Parteien ermöglichen. Diese geplante „Austropolnische Lösung“ hatte jedoch auch ihre Tücken. Würden die Ungarn einer trialistischen Reichslösung zustimmen und damit Einfluss und Macht abgeben? Und wie würden die anderen Nationen reagieren? Für die Tschechen, Südslawen... müsste das deutsche Übergewicht im Reichsrat eine Bedrohung darstellen und einen Ausgleich ihrer nationalen Probleme in weite Ferne rücken. Die Tatsache jedoch, dass sowohl Deutschland als auch Rußland trotz vorheriger Versprechungen bei den Kriegshandlungen sehr wenig Rücksicht auf die Zivilbevölkerung nahmen, arbeitete in den polnischen Gebieten sehr der österreichischen Lösung zu.

Mit dem Ausbruch der russischen Revolution 1917 änderte sich nicht nur die Einstellung vieler Polen, auch die Ententemächte mussten nun nicht mehr auf ihren russischen Partner Rücksicht nehmen. Auch Deutschland schien der Austropolnischen Lösung wieder näher zu treten.

Der große Rückschlag erfolgte jedoch Anfang 1918 durch den Friedensvertrag von Brest-Litowsk mit der Ukraine, wo Czernin ohne vorherige Verhandlungen gegen das Versprechen von Lebensmittellieferungen das Cholmer Land an die Ukraine abtrat. Von Polen wurde diese Handlung als die „Vierte Teilung Polens“¹⁰⁶ bezeichnet. Es brachen in Galizien Unruhen und Streiks aus, vor allem die Sozialisten änderten ihre Einstellung gegenüber Österreich grundlegend, für sie war nun nur mehr die Unabhängigkeit das Ziel. Nur mehr die Konservativen unter Leon von Biliński und die Liberalen im Reichsrat verhandelten mit Österreich weiter. Die Schaffung eines unabhängigen Polen durch die Entente machte alle Planungen hinfällig.

5.4. Die Rumänen

Rumänen lebten vor allem in Siebenbürgen, in der Bukowina, im Banat und in Sprachinseln. Sie selbst sahen sich als Erben der Daker an, die sich unter Kaiser Trajan mit den Römern vermischt hatten. Mehr als die Hälfte dieser Volksgruppe lebte außerhalb der Monarchie, in den Fürstentümern Moldau und Walachei, erst

¹⁰⁶ Jozef Buszko, Die polnischen Politiker über die Ereignisse des Jahres 1918, in Richard Georg Plaschka Hrsg., Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum (Wien 1970), 181

1859 wurde der neue Staat Rumänien gegründet. In Siebenbürgen siedelten sie als einfaches Hirten- und Bauernvolk und waren als Volksgruppe lange nicht anerkannt, nur Ungarn, Szekler und Sachsen durften bis 1863 im ständischen Landtag mitreden. Soziale und wirtschaftliche Verbesserungen brachten schon die Reformen von Kaiser Joseph II. Doch erst die Vertreter der rumänisch-unierten Kirche verhalfen zu einem kräftigen Erneuerungsschub und zum nationalen Erwachen, jedoch auch zu Differenzen mit der orthodoxen Kirche.

1848 stellten Vertreter der rumänischen Bildungsschicht in Blasendorf einen Forderungskatalog mit sechzehn Punkten auf, in dem ein eigenes Kronland sowie rechtliche und kulturelle Gleichstellung verlangt wurde.¹⁰⁷ Der orthodoxe Bischof Andreiu Şaguna¹⁰⁸ bemühte sich sehr um die Bildungseinrichtungen für die Rumänen. Im ruthenischen Bischof Eugen Hacman, seit 1835 ruthenischer Bischof der Bukowina, erwuchs Şaguna ein Gegner, es ging vor allem um die Kirchen- und Amtssprache in der Bukowina, auch Rumänen sollten ruthenisch sprechen.

Die Bukowina war erst 1775 an Österreich gefallen, das Schulwesen hier war sehr mangelhaft. Für rumänischsprachige Schulen waren kaum Lehrer zu finden, sie wurden in Siebenbürgen angeworben. In Czernowitz gab es eine deutschsprachige Universität. In Rumänien und in der Bukowina waren die Rumänen meist in der Landwirtschaft tätig. Die Grundstücke waren jedoch meist zu klein und die Landwirtschaft rückständig.

In Siebenbürgen waren Kirchenvertreter die Stützen des rumänischen Nationalbewusstseins, in der Bukowina bildeten die Rumänen sogenannte „Arcaşii-Vereine“, ähnlich den Sokolgruppen.¹⁰⁹

1914 war Dr. Rudolf Graf von Meran¹¹⁰ Landespräsident der Bukowina. Das Kronland hatte in der Kriegszeit arg zu leiden, es wurde dreimal von der russischen Armee besetzt. In Siebenbürgen verliefen 1918 Gespräche mit dem ungarischen Nationalitätenminister Oszkár Jászi erfolglos, worauf am 1. Dezember 1918 der Beitritt zu Großrumänien verkündet wurde.

¹⁰⁷ Heuberger, Nationalitäten, 104

¹⁰⁸ Andreiu Şaguna, 1809- 1873, orthodoxer Bischof, Förderer der rumänischen Kultur- Gymnasium in Kronstadt

¹⁰⁹ Heuberger, Nationalitäten, 112

¹¹⁰ Rudolf Graf von Meran, 1872- 1959, Nachkomme des Erzherzog Johann

5.5. Die Ruthenen in Galizien und der Bukowina

Das Siedlungsgebiet der Ruthenen, auch „Rusyny“ und später Ukrainer genannt, lag im Gebiet der Religionsgrenze zwischen Katholizismus und Orthodoxie. Sie siedelten in Galizien, der Bukowina, in Nordostungarn und im Zarenreich. Zur Habsburgermonarchie kamen die Gebiete durch die polnischen Teilungen 1772 bis 1795. 1846 bestand das Kronland aus dem „Königreich Galizien und Lodomerien, dem Großherzogtum Krakau, dem Herzogtum Auschwitz und Zator.“¹¹¹ Das spätere Kronland Bukowina mit seiner stark gemischten Bevölkerung war nur wenige Jahre bei Galizien. Ruthenen siedelten auch an den Hängen der Karpaten in Ungarn, dort vermischt mit den Huzulen, einem sprachlich verwandten Volk.

Auf dem Gebiet der Monarchie lebten ca. 4 Millionen Ruthenen, sie waren vor allem Bauern und Tagelöhner, Pferdezüchter und Wanderhirten, der Adel wurde schon früh „polonisiert“. Als Erntearbeiter waren sie in ganz Europa tätig, sie hatten aber auch eine hohe Auswanderungsrate. Sehr früh forderten sie ein eigenes Kronland, da sie sich vor allem von den Polen unterdrückt fühlten.

1848 kämpften sie auf der Seite der Habsburger gegen die polnischen Aufständischen, doch dafür wurde auch ihnen nicht gedankt. Ihr Gebiet war Grenzland, strategisch sehr wichtig, doch Grundbesitzer waren meist polnische Herren und so stand es um die Ruthenen ökonomisch sehr schlecht. Im ungarischen Gebiet wurde vor allem die Intelligenz magyarisiert, und auch bei den Slowaken assimilierten sie sich stark.

Die Bewahrung ihrer Nationalität kam vor allem durch die Kirche zustande. Die Unierten, Griechisch-katholischen Christen in Lemberg pflegten als Liturgiesprache das Ukrainische, ihre Priester wurden meist in Wien ausgebildet. (St. Barbara Kolleg und –Kirche). Die Orthodoxen Christen hatten ihre Zentren in Karlowitz und Czernowitz. Unierte Ruthenen lebten auch in Ungarn, hier unterstanden sie den Bistümern Eger, später Gran und Hajdúdoró. Auf diesem Gebiet lag der Wallfahrtsort Máriapócs, bekannt durch das Gnadenbild in der Wiener Stephanskirche. Viel für diese Nationalkirche tat der Basilianerorden¹¹², der sich vor allem um das Bildungs- und Schulwesen annahm.

¹¹¹ Heuberger, Nationalitäten, 118

¹¹² Katholisch-orientalischer Orden, sowohl lateinische als auch unierte Gruppen

Gerade in den Gebieten, in denen die Ruthenen lebten, gelang in der österreichischen Reichshälfte der Ausgleich, jedoch wurden sie sehr unterschiedlich befriedigt. Ihre Lage ließ sich jedoch nicht mit der Unterdrückung der Ukrainer in Rußland vergleichen. Am geringsten waren die Rechte der Karpatoruthenen in Ungarn ab dem Ausgleich. In Galizien waren die Polen immer die bevorzugte Volksgruppe, trotzdem konnten sich die Ruthenen hier nach und nach zu mehr „Beachtung“ hinaufarbeiten. Zwei politische Gruppen hatten sich gebildet: Die konservativen, kaisertreuen Altruthenen und die Jungruthenen, die hin zur Vereinigung und Selbständigkeit mit der Ukraine strebten.¹¹³ Und da die Ruthenen in Österreich weniger Unterdrückung als in Rußland hinnehmen mussten, wurden auf dem Gebiet der Monarchie die verschiedenen Befreiungsbewegungen begründet.

Eine verstärkte ruthenische Vertretung im Wiener Reichsrat brachte das allgemeine Wahlrecht von 1907. 1914 wurde der geplante polnisch-ruthenische Ausgleich durch den Kriegsausbruch verhindert.

Besser waren die nationalen Probleme durch den Ausgleich von 1910 in der Bukowina gelöst. Ruthenen, Rumänen, Deutsche, Juden, Polen und Magyaren lebten dort ohne besondere wirtschaftliche Privilegien und Vorherrschaft nach ihren ethnischen Forderungen. Es gab sechs nationale Wahlkurien, nach den Grundlagen der Personalautonomie hatten alle Gruppen Vertreter im Landtag.

In der Kriegszeit hatten die ruthenischen Gebiete besonders zu leiden, sie waren immer wieder Kampfgebiet. Am 30. Oktober haben ihre nationalen Vertreter den Austritt aus der Monarchie erklärt. Und das „Armenhaus der Monarchie“ wurde später das wirtschaftlich fortschrittlichste Gebiet der ukrainischen Sowjetrepublik.

5.6.1. Die Serben

Die Serben waren immer schon ein kriegerisches Volk. Das haben sie in der Geschichte vor allem im Kampf gegen die Osmanen bewiesen. Von den Habsburgern wurden sie einige Male mit Versprechungen zu Aufständen gegen die Osmanen aufgefordert. 1690 flohen nach einem missglückten Aufstand eine große Anzahl von Serben mit ihrem Patriarchen in die Monarchie aus Furcht vor Rache. Um 1850 lebten in der Habsburgermonarchie mehr Serben als im Fürstentum

¹¹³ Kann, Nationalitätenproblem, Bd.1, 330

Serbien,¹¹⁴ sie lebten in Kroatien, in Slawonien, der Vojvodina, in Bosnien, der Herzegowina, in Dalmatien und in größeren Städten der beiden Reichshälften.

Serbische Händler bestimmten den Handel vom Orient über den Balkan nach Westeuropa, jedoch auch Handwerker, reiche Bauern und Getreidehändler förderten das serbische Kulturleben maßgebend. Der wichtigste Mann war der Dichter Vuk Štefanović Karadžić (1787-1864). Die Religion der Serben ist das orthodoxe Christentum, nur im Banat und in der Batschka lebten auch katholische Serben, die sogenannten Bunjewatzen und Schokatzen.¹¹⁵

Eine serbische Besonderheit war im Alltagsleben die Großfamilie, „Zadruga“, mit dem „Familienältesten“ als Vorstand nach innen und außen. Auch eine serbische Adelsschicht bildete sich, besonders die Serben in der Vojvodina standen auf einer hohen Entwicklungsstufe. In Karlowitz gab es schon vor 1800 ein Gymnasium, das Wirtschaftswachstum wurde durch den Bahnbau von Budapest nach Neusatz (Novi Sad), das dadurch zu einem Zentrum wurde, sehr gefördert. Es wurde daher auch 1848 zu einem Aufstandszentrum gegen die Magyaren.¹¹⁶

Nach der Jahrhundertwende lebten die meisten Serben in Kroatien, vor allem im Gebiet der früheren Militärgrenze, die 1881 aufgelöst worden war, und eine große Anzahl auch in Südungarn. Die Gebiete galten jedoch als sehr rückständig. Schon 1844 war von dem serbischen Politiker Ilja Garašanin(1812-1878) das „Programm der auswärtigen und nationalen Politik Serbiens“ (načertanje)¹¹⁷ mit einem serbischen Führungsanspruch aufgestellt worden. Ab der Jahrhundertwende orientierten sich die Serben der Monarchie immer mehr am serbischen Königtum, was zu einer Verschärfung dieser Gegensätze führte. Dalmatien wurde nun zu einem kulturellen Zentrum, reiche serbische Kaufleute dominierten dort den Seehandel in den Hafenstädten Zara und Cattaro.¹¹⁸

Die nationalen Gegensätze verschärften sich besonders während der Balkankriege 1912/13. Die Sokolbewegung und serbische Geheimbünde heizten die Situation an und forderten die österreichischen Behörden heraus. Nach dem Attentat auf den österreichischen Thronfolger kam es zu einer Verhaftungswelle an

¹¹⁴ Heuberger, Nationalitäten, 132

¹¹⁵ Heuberger, Nationalitäten, 135

¹¹⁶ Heuberger, Nationalitäten, 135

¹¹⁷ Heuberger, Nationalitäten, 138

¹¹⁸ Heuberger, Nationalitäten, 140

serbischen Intellektuellen, zu Hochverratsprozessen und Internierungen - sogar die kyrillische Schrift wurde verboten

Am 1. Dezember 1918 wurde das „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ proklamiert, die Südslawen waren in einem Reich vereinigt.

5.6.2. Die Kroaten

Auch die Kroaten waren ein „Volk von Kriegeren“. Auch sie lebten lange Zeit in den Grenzgebieten der Monarchie zu den Türken. Diese „Militärgrenze“ bestand bis 1881.¹¹⁹ Sie galten auch in der ganzen Monarchie als gute Soldaten, es stammten viele hohe, tüchtige Militärs aus ihren Reihen.

Mit Ungarn war Kroatien schon seit 1102 in Personalunion verbunden, und so kam es nach 1524 zur Vereinigung mit der Habsburgermonarchie. Kroaten lebten jedoch auch in Dalmatien, in Istrien und in Bosnien-Herzegowina, um 1910 waren es ca. drei Millionen.¹²⁰ Das von den Kroaten bewohnte Land war sehr vielfältig, von fruchtbaren Flussebenen über karge Karstlandschaften bis zur Adriaküste mit den Inseln. Das Hauptsiedlungsgebiet Kroatien-Slawonien hatte innerhalb des Königreichs Ungarn seit 1868 eine gewisse Autonomie, in der Verwaltung, dem Justiz- und Unterrichtswesen.

Auch die kroatische Sprache wurde erst im 19. Jahrhundert von Ljudevit Gaj (1809- 1872) kodifiziert, der Dichter Petar Preradović (1818- 1872) schrieb seine Werke anfangs in Deutsch, wechselte dann zur neu entdeckten kroatischen Sprache.¹²¹ Eine weitere wichtige Persönlichkeit war der Bischof von Diakovo Josip Juraj Strossmayer(1815-1905), Vertreter des „Jugoslawismus“ und Begründer der „Südslawischen Akademie“. Er wollte die Vereinigung der Südslawen. Mit der Idee eines Großkroatischen Staates waren die Begründer der Rechtspartei Ante Starčević¹²²und Eugen Kvaternik¹²³ verbunden. Nach 1880 entstand daraus die „Reine Rechtspartei“ unter Josip Frank¹²⁴.

Die Ideen des Slawisten aus Slowenien Kopitar und Strossmayer begründeten die Ideen des Trialismus. Dieser Trialismus aus kroatischer Sicht bedeutete jedoch

¹¹⁹ Heuberger, Nationalitäten, 63

¹²⁰ Heuberger, Nationalitäten, 63

¹²¹ Heuberger, Nationalitäten, 69

¹²² Ante Starčević, 1823- 1896, kroatischer Politiker und Autor

¹²³ Eugen Kvaternik, 1825- 1871, Jurist, Begründer der kroatischen Partei des Rechts

¹²⁴ Josip Frank, 1844- 1911, Kroatischer Jurist und Politiker

die Herrschaft der Kroaten über die anderen südslawischen Völker. Nach 1908, nach der Annexion von Bosnien- Herzegowina bestand jedoch eine serbische Mehrheit.¹²⁵ Dieses serbische Übergewicht ließ die nationalistischen Wünsche immer mehr gegen die Habsburgermonarchie gerichtet scheinen. Kann stellt aber fest, dass die nationalistische oder auch die subdualistische Lösung eine Föderalisierung der Monarchie verhindert hätte, sie hätte nur einer weiteren nationalen Gruppe eine ähnliche Vorherrschaft wie den Deutschen und den Ungarn gebracht.¹²⁶ 1918 jedoch war es mit kleinen Lösungen nicht mehr getan.

5.6.3. Die Slowenen

Die Slowenen sind eine Volksgruppe, die in früheren Jahrhunderten nie in einem eigenen Staat lebten. Laibach war jedoch zur Zeit der Illyrischen Provinz unter französischer Herrschaft das Zentrum und die Hauptstadt dieses Reiches.

Die Slowenen waren immer schon ein Hort des slawischen Katholizismus. So waren auch später die führenden politischen Parteien aus dem katholischen Lager hervorgegangen: Den konservativen „Altslowenen“, später „Slowenische Volkspartei“ genannt; stand die „Jungslowenische“ Opposition gegenüber, liberal-national eingestellt.¹²⁷

Sehr spät erst wurde die slowenische Sprache kodifiziert, wichtigster Mann dabei war der Sprachforscher Bartholomäus Kopitar (1780-1844), ein Mitglied des Zois- Zirkel und Kustos der Wiener Hofbibliothek. Er war für alle Slawen der Monarchie „*die zentrale Erscheinung der gesamten wissenschaftlichen Bewegung der sprachlichen Wiedergeburt*“¹²⁸. Sigmund Zois Freiherr von Edelstein war Geschäftsmann und Großgrundbesitzer, humanistisch gebildet, und er sammelte in seinem Palais einen Kreis von Literaten und Wissenschaftlern um sich. Kopitars wichtigste Schüler waren die Slowenen Francé Prešeren (1800-1847), „der“ slowenische Nationaldichter, und der Sprachwissenschaftler Franz von Miklosich (1821-1891).

Vor 1848 war den Bewohnern des Gebietes der Krain die nationale Identität nicht so wichtig. Deutsche, Slowenen und Italiener lebten in den meisten Gebieten mehrsprachig nebeneinander. Die Slowenen waren politisch sehr konservativ, sehr

¹²⁵ Kann, Nationalitätenproblem, Bd.2, 260

¹²⁶ Kann, Nationalitätenproblem, Bd.2, 261

¹²⁷ Kann, Nationalitätenproblem, Bd. 1, 300

¹²⁸ Kann Nationalitätenproblem Bd.1, 301

der katholischen Kirche verbunden. Priester hatten die Sprache kodifiziert, sie hatten das Bildungssystem in der Hand und sie hatten sehr großen Einfluss auf die - vor allem bäuerliche – Bevölkerung, Moritsch spricht in seinem Buch von einem „*klerikal-konservativ verwalteten Nationalismus*“¹²⁹

1848 nahmen die slowenischen Bauern, die 80% der Bevölkerung stellten, an den Aufstandsbewegungen teil, sie wollten die Aufhebung der Grundherrschaft, stellten jedoch keine nationalen Forderungen. Nachdem sie ihr Ziel erreicht hatten, „die Aufhebung des Untertanenverhältnisses und die Zusicherung des Grundeigentums“¹³⁰, verloren sie das Interesse an der Revolution. Die intellektuellen Slowenen (Handel, Gewerbe, Bürgertum) waren zweisprachig, nur so war für sie ein sozialer Aufstieg möglich. Akademiker hatten in Wien und Graz studiert. Priester mussten zum Teil den Adel und das Bürgertum ersetzen. Und es war auch ein Priester, nämlich der Klagenfurter Domkaplan Matja Majar-Ziljski, der im Revolutionsjahr 1848 ein slowenisches Nationalprogramm verfasste.¹³¹ Dieses Programm stand für die politischen Wünsche und Handlungen der Slowenen in der Epoche bis 1918 immer im Hintergrund.

Die revolutionärste Forderung darin war die nach einem Kronland für alle Slowenen, lebten diese doch in sechs verschiedenen Kronländern in einem ziemlich einheitlichen Siedlungsgebiet. Einen mehrheitlichen Anteil stellten sie nur in Krain mit über 90% und in Görz mit mehr als 50%, in den anderen Ländern (Steiermark, Kärnten, Triest und Istrien) waren sie nur als Minderheit vertreten.

Der Ausgleich von 1867 musste mit der Anerkennung der deutschen und ungarischen Nation als gegen die Slawen gerichtet gedeutet werden. Und der Artikel 19 der Dezemberverfassung galt eigentlich vor allem für jenen Bevölkerungsteil, der durch eine entsprechende Steuerleistung „politisch berechtigt“ war, diese Rechte auch einzufordern.¹³² Nach 1867 kam es zu einer nationalen Aufbruchstimmung: Verfassungsvereine, Lesevereine, Sportvereinigungen (Sokolbewegung), Theatervereine, neue Zeitungen wurden gegründet, unterstützt wurde alles noch durch die Taborbewegung¹³³. 1867 war zum ersten Mal auch eine slowenische

¹²⁹ Andreas Moritsch, *Dem Nationalstaat entgegen (1848- 1914)* , in Andreas Moritsch (Hg.) , *Alpen- Adria. Zur Geschichte einer Region.*, Klagenfurt/Laibach/Wien 2001, 339 -405, hier 348.

¹³⁰ Moritsch, *Nationalstaat*, 348

¹³¹ Moritsch, *Nationalstaat* ,345.

¹³² Moritsch, *Nationalstaat*, 350

¹³³ Siehe Kap. V.1 Die Tschechen

Mehrheit im Krainer Landtag. In Laibach mobilisierte sich sowohl das deutschsprachige Bürgertum als auch die slowenischen Liberalen: Sie setzten auf Bildung und Industrialisierung. Jedoch auch die nationalen Differenzen spitzten sich zu. Eine Taborbewegung wurde von den Jungslowenen nach tschechischem Vorbild gegründet, um 1870 fanden mehrere Tabori unter freiem Himmel statt, an denen große Menschenmengen teilnahmen. Dabei wurde vor allem die Erfüllung des § 19 der Dezemberverfassung über die „Gleichberechtigung der Volksstämme“ gefordert.¹³⁴

Die Slowenen waren jedoch in ihren Forderungen immer loyal dem Herrscher gegenüber. Trotzdem hatten sie in Wien wenig Erfolg mit ihren Wünschen. Slowenisch wurde als Amtssprache anerkannt und auch im Unterricht immer mehr eingesetzt.

Während der langen Regierungszeit Taaffe 1879-1893 führte die konservative Regierung des sogenannten „Eisernen Ringes“ (tschechisch-polnische Vertreter und der feudal-konservative Hohenwartklub) auch zu einer Aktivierung der deutschnationalen Kräfte. Die entmachteten Liberalen kämpften nun vermehrt gemeinsam mit den unteren gesellschaftlichen Schichten. Es kam zu zahlreichen Vereinsgründungen: 1880 wurde der Deutsche Schulverein gegründet, dagegen in Slowenien der „Kyrill- Method- Schulverein“, und beide Bewegungen eröffneten Privatschulen. In Graz entstand der „Nationale Schutzverein Südmark“, der versuchte, durch die Ansiedlung deutscher Bauern und Handwerker geschlossene deutsche Siedlungsgebiete zu schaffen.¹³⁵ Die slowenische Nationalbewegung entwickelte erstmalig nationalistische Vorstellungen. Das Problem der Slowenen war vor allem, dass sie nicht nur gegen die Deutschen sondern auch gegen die sich ihnen kulturell überlegen fühlenden Italiener zu kämpfen hatten. Italiener waren in Triest und der Umgebung der Stadt, aber auch in Görz, Gradisca und Istrien die politisch, wirtschaftlich und kulturell tonangebende Gruppe. Deutsche und Italiener lebten vor allem in den Städten und waren in den oberen, besitzenden Gruppen stärker vertreten.

¹³⁴ Joachim Höslers, Slowenien, (Regensburg 2006), 111

¹³⁵ Höslers, Slowenien, 114

Vor allem in den national- gemischten Gebieten wie der Südsteiermark und in Kärnten ging es in Bildungsfragen heiß her. So stürzte die Regierung Windischgrätz 1895 über das Versprechen slowenischer Parallelklassen an der Mittelschule in Cilli.

Alle drei slowenischen Parteien, die „Allslowenische Volkspartei“, die liberale „Nationale Fortschrittspartei“ und die „Südslowische Sozialdemokratische Partei“¹³⁶ standen vor dem 1. Weltkrieg treu zu ihrem Herrscherhaus. Die Deutschnationalen setzten schon damals mehr auf Berlin als auf Wien.¹³⁷ So wurden auch bei allen Bestrebungen in den letzten Wochen der Monarchie, eine Lösung für die südslowische Frage zu finden, die Slowenen ausgeklammert. Von einem geplanten Südslowenstaat waren sie ausgeschlossen.

Was geschah, dass sich die Slowenen von ihrem Herrscherhaus distanzieren und sogar den wenig beliebten Serben zuwandten? Ausgehen möchte ich hier von dem Ausspruch Korošeks¹³⁸ am 12. Oktober 1918 vor Kaiser Karl, als der ihm eine Lösung ankündigte und die weitere Loyalität der Slowenen erbat: „*Majestät, es ist zu spät!*“¹³⁹ Es waren zwei Gründe, die zum endgültigen Bruch mit dem österreichischen Kaiserhaus führten:

Die Regierung, vor allem die Militärs, standen bei Kriegsausbruch auch den Slowenen und ihrer Loyalität sehr misstrauisch gegenüber. So waren viele Intellektuelle und Geistliche inhaftiert, sie sollen mit den Serben kollaboriert haben. Ein zweiter Grund bedrohte unmittelbar slowenisches Siedlungsgebiet. Im Londoner Vertrag 1915 wurde Italien von der Entente Südtirol, das Trentino, Triest, Görz, Istrien und Mitteldalmatien versprochen. So musste man vorerst in Wien Rückhalt suchen vor dem Verlust von slowenisch besiedeltem Gebiet.¹⁴⁰ Doch Wien konnte dabei nichts mehr tun, die Slowenen mussten sich selbst helfen und entscheiden.

Die Slowenische Volkspartei unter Dr. Anton Korošec und Janez Evangelist Krek¹⁴¹, beide Politiker katholische Priester, verbündete sich mit der „Kroatischen Rechtspartei“ und gründete den „Jugoslawischen Klub“. Am 30. Mai 1917 forderte der Vorsitzende des vereinten Jugoslawischen Abgeordnetenklubs im Reichsrat Anton Korošec mit der Verlesung der Maideklaration ein Südslowisches Reich auf

¹³⁶ Hösler, Slowenien, 125

¹³⁷ Hösler, Slowenien, 126

¹³⁸ Anton Korošec, 1872-1940, Politiker und katholischer Priester

¹³⁹ Hösler, Slowenien, 128

¹⁴⁰ Hösler, Slowenien, 128

¹⁴¹ Janez Evangelist Krek, 1865- 1917, Politiker, Priester, Journalist

demokratischer Basis unter der Habsburgerdynastie. Die Vierzehn Punkte Wilsons vom Jänner 1918 über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die schlechte Kriegslage führte am 16. August 1918 zur Gründung eines „Slowenischen Nationalrates“, der mit Kroaten und Serben verhandelte. Erst in den letzten Wochen des 1. Weltkrieges schien ihnen ein slowenisches (vielmehr ein südslawisches) Reich auch außerhalb der Monarchie erstrebenswert, am 6. Oktober 1918 wurde in Agram ein südslawischer Nationalrat unter Vorsitz von Korošek ins Leben gerufen. Am 29. Oktober wurde der Staat der Slowenen, Kroaten und Serben proklamiert, aus dem am 1. Dezember 1918 das SHS Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen unter Aleksandar Karadjordjevic hervorging.

5.7. Italienische Gebiete

Die nationalen Forderungen der Italiener hängen eng mit der italienischen Geschichte zusammen. Die Italiener waren nur eine der kleinen Nationalitäten der Habsburgermonarchie – und im Laufe des 19. Jahrhunderts war ihre Zahl durch die Kriege und Gebietsverluste noch stark abgesunken. Vor den beiden Kriegen 1859 und 1866 lebten ca. 5 Millionen Italiener in der Monarchie, und sie bewohnten ein ziemlich geschlossenes Siedlungsgebiet. Nach dem Verlust der Lombardei und Venetiens lebten die Italiener zum Teil in Gebieten, wo sie mit Slowenen und Kroaten stark vermischt waren. Die Italiener waren nun mit nur mehr ca. 600 000 Menschen eine der kleineren Völkergruppen der Monarchie.¹⁴² Sie waren aber meist die ökonomisch und kulturell Führenden und ließen die slawischen Völker ihre Überlegenheit auch fühlen. Und sie hatten in allen von ihnen bewohnten Gebieten ihre Sonderrechte, wie z.B. italienische Schulen und eine eigene Presse... Robert Kann sieht viel Ähnlichkeit des italienischen Nationalitätenproblems zur polnischen Frage.¹⁴³ Die westeuropäischen Mächte waren viel eher für eine positive Lösung der italienischen Frage bereit: Polen war durch die sozialen Spannungen für eine Lösung ein zu schwieriger Boden.

Die italienischen Gebiete Tirols waren eng mit dem deutschen Siedlungsgebiet verflochten. Es gab hier dauernd Streit um die Zahlen, vor allem, da die Ladinern (und auch die Friulaner) bei Zählungen der italienischen Sprachengruppe zugerechnet wurden.

¹⁴² Kann, Nationalitätenproblem, Bd.1, 265

¹⁴³ Kann, Nationalitätenproblem,,Bd.1, 266

Die Bildungssituation war in allen italienischsprachigen Gebieten recht gut, es gab kaum Analphabeten. Durch den Verlust Venetiens gab es jedoch auf dem Gebiet der Monarchie keine italienischsprachige Universität mehr. So kam der Ruf nach dem Universitätsstandort Triest auf. Als man sich aber über die Errichtung geeinigt hatte, war der Krieg ausgebrochen.

Die Stellung und auch Haltung der Italiener waren in Tirol und im Küstenland sehr unterschiedlich. In Tirol wäre das Nationalitätenproblem mit einer Abtretung des italienischen Landesteils bis Salurn sehr leicht zu lösen gewesen, aber nur, wenn dies rechtzeitig erfolgt wäre. So war aber im Land der Irredentismus, der eine Angliederung an das Königreich Italien erreichen wollte, in allen politischen Gruppierungen sehr stark. Er reichte vom Fürstbischof von Trient Dr. Cölestin Endrici bis zum Führer der italienischen Sozialisten Tirols Dr. Cesare Battisti. Dieser war ab 1911 Reichsratsabgeordneter in Wien und kam 1914 in den Tiroler Landtag. Bei Kriegsausbruch ging er nach Italien, bemühte sich sehr um den italienischen Kriegseintritt, weil er nur so eine Eingliederung des Trentino in den italienischen Staat für möglich hielt. 1915 kam er dann als Freiwilliger zum Militär und kämpfte in einem Alpini-Bataillon. 1916 wurde er gefangen genommen, vor ein Militärgericht gestellt, zum Tod durch den Strang verurteilt und hingerichtet. So wurde er zu einem italienischen Märtyrer dieses Krieges.

Anders verlief die Entwicklung im Küstenland. Hier gab es viele regionale nationale Konflikte, doch auch hier wurden die Italiener bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs besonders bevorzugt behandelt, besser als die anderen Nationalitäten. Sogar in Dalmatien, wo sie 1910 eine Minorität von 3,5% waren, hatten sie noch einen Einfluss auf das Bildungswesen. Die Wahlreform von 1907 brachte für sie einen „*privilegierten Nationalitätenstatus*“,¹⁴⁴ eine Einteilung der Wahlbezirke zur Förderung der Deutschen, Italiener und Rumänen. Es stellte sich dann nur heraus, dass die Zahl der Slawen doch viel größer war, als man angenommen hatte.

Hier im Küstenland mit seinen Industrien war auch das Parteienwesen sehr mitbestimmend. Die sozialistische Bewegung war hier sehr stark und die italienischen, deutschen und südslawischen Arbeiter hatten gleiche Interessen. Sie standen den liberalen deutschen und italienischen Unternehmern gegenüber. Dadurch war der Nationalitätenstreit hier nicht so im Vordergrund.

¹⁴⁴ Kann, Nationalitätenproblem, Bd 1, 270

5.8. Die Juden

Die jüdische Bevölkerung der Habsburgermonarchie lebte über das ganze Gebiet zerstreut und war von großer Vielfalt, je nach Zeitpunkt ihrer Einwanderung und ihrer Herkunft. In Bosnien gab es sogar eine sephardische und eine aschkenasische Gemeinde.¹⁴⁵ Die Juden hatten seit Joseph II. gute Lebensbedingungen und waren loyale Anhänger des Kaisers. An der wirtschaftlichen Entwicklung waren sie maßgebend beteiligt. Beschränkungen bezüglich Niederlassung und berufliche Laufbahn fielen in den verschiedenen Gebieten zu unterschiedlichen Zeitpunkten. So waren die Juden – je nach Siedlungsgebiet und Abstammung – auch in unterschiedlichen Berufen tätig. Erst das Staatsgrundgesetz von 1867 stellte ihre volle staatsbürgerliche Gleichheit her.

Sehr stark jüdisch besiedelt war die Bukowina, besonders die Gegend um Czernowitz und Brody. Hier lebte ein „Wunderrabbi, zu dem viele Anhänger auch von außerhalb der Monarchie pilgerten!“¹⁴⁶ Nach dem Ausgleich in der Bukowina waren die dortigen Juden als eigene Volksgruppe anerkannt, auch wenn sie meist Deutsch orientiert waren. In Czernowitz blühte das jüdische Kulturleben: das Stadttheater, das jüdische Nationalhaus, die Toynbeehalle und eine zionistische Volkshochschule wurden errichtet.

Viele Juden lebten auch in Böhmen, vor allem in den deutschsprachigen Gebieten. Die Zahlen jüdischer Schüler, die in Prag deutschsprachige Volksschulen und Gymnasien besuchten, war besonders hoch.¹⁴⁷ Nur in Galizien orientierten sich die Juden stark an der polnischen Bevölkerung. In Ungarn hatte die Magyarisierung bei den Juden großen Erfolg, da für sie nur so ein Aufstieg möglich war.

Der Schmelztiegel von Ost- und Westjudentum war vor allem Wien. Der zweite Bezirk Leopoldstadt und die umgebenden Bezirke war das Zentrum des jüdischen Kleinbürgertums und der Mittelschicht, sie waren Kleinunternehmer und Handwerker. Wohlhabende Juden lebten vor allem in der Inneren Stadt, im neunten Bezirk und in den Villenbezirken. Hatte eine Generation durch Gründungen von Wirtschaftsunternehmungen den Aufstieg geschafft und die Grundlage für einigen Wohlstand gelegt, so waren in der nächsten Generation ihre Söhne im Kultur- und Geistesleben zu finden, so Sigmund Freud, Arthur Schnitzler, Stefan Zweig, Hugo

¹⁴⁵ Heuberger, Nationalitäten, 55

¹⁴⁶ Heuberger, Nationalitäten, 56

¹⁴⁷ Heuberger, Nationalitäten, 58

von Hofmannsthal, Gustav Mahler, Arnold Schönberg... um nur einige zu nennen. Die Salons der jüdischen Familien pflegten das Kulturleben, jüdische Familien wurden geadelt, bauten ihre Ringstraßenpalais. Ihre Kinder gingen an die Universität, sie waren in intellektuellen Berufen, in freien Berufen und als Journalisten zu finden. Sehr umstritten war in diesen Kreisen der Zionismus, sie hielten an der Assimilation fest. Jedoch mit dem Abstieg des Liberalismus stieg auch der Antisemitismus stark an. Als Beispiel sei Wiens Bürgermeister Karl Lueger genannt. Vor allem an der Universität wurden jüdische Studenten stark angegriffen und aus Organisationen ausgeschlossen, so dass es zur Gründung eigener jüdischer Studentenverbindungen kommen musste.

Während des ersten Weltkriegs strömten aus Galizien und der Bukowina viele jüdische Flüchtlinge nach Wien, in der Reichshauptstadt lebten damals an die 200 000 Juden.

5.9. Kleine Völker der Monarchie

5.9.1. Die Lipowaner waren eine Sekte von altgläubigen Russen, die im 18. Jahrhundert vor russischen Verfolgungen in die Bukowina gekommen waren. Sie waren sehr konservativ, sehr arbeitsam und treu zum Kaiser und bekamen dafür auch gewisse Vorrechte- vor allem lehnten sie wegen ihrer Religion den Militärdienst ab. Sie fielen auch durch ihre saubere Kleidung auf, die Männer durch eine besondere Barttracht, sie waren durch ihren Fleiß meist wohlhabend, besaßen Pferd und Wagen. Sie lehnten aber Bildung und zum Teil auch ärztliche Versorgung ab.¹⁴⁸

5.9.2. Die Karaimen lebten in Galizien, waren turksprachige Bauern, die von der Krim stammten und den jüdischen Glauben angenommen hatten. Ihre Nachkommen leben heute noch in der Westukraine.

5.9.3. Die Sabbatisten waren in Siebenbürgen unter den Szeclern entstanden. Siebenbürgen war ein sehr tolerantes Gebiet, und hier kam es zu Diskussionen zwischen den verschiedenen Religionen. Das führte zu einer starken Beschäftigung mit dem Alten Testament. Von den Unitaristen spalteten sich dabei die Sabbatisten ab und wandten sich dem Judentum zu, sie übernahmen viel jüdisches Brauchtum.

5.9.4. Auch Bulgaren lebten in verschiedenen Gebieten des Balkan, um Hermannstadt, in Siebenbürgen, im Banat (die „kraschovanischen Dörfer“, ihre

¹⁴⁸ Heuberger, Nationalitäten, 186/187

Bewohner wurden auch Bergbulgaren genannt!) und um Temesvár.¹⁴⁹ Sie waren meist Bauern, betrieben Obstbau und Schafzucht und arbeiteten auch als Fuhrleute.

5.9.5. Stark vertreten waren seit dem Vordringen des Islam die **Armenier** auf dem Gebiet der Monarchie. Sie waren schon im 14. Jahrhundert nach Galizien gekommen, siedelten jedoch auch in Siebenbürgen und in der Bukowina. Sie haben ihren armenisch-apostolischen Glauben mitgebracht, ein Teil von ihnen „unierte“ sich jedoch später mit Rom. Der Mechitaristenorden entstand mit der Regel des Heiligen Benedikt. Durch ihre Familienkontakte waren die Armenier besonders im Handel tätig, nicht nur in den Orient. Armenier lebten auch in England und den Niederlanden.

1810 siedelten Armenier und mit ihnen die Mechitaristen auch in Wien. Ihre Druckerei wurde wichtig für die Verbreitung religiöser und slawischer Literatur.

Die Armenier waren meist sehr angesehen, sie waren tüchtige Kaufleute und brachten neue Waren und Kenntnisse aus dem Orient mit

5.9.6. Roma und Sinti: Der Lebensraum der Zigeuner erstreckte sich über die ganze Monarchie. Ebenso vielfältig wie ihre Siedlungsgebiete war auch ihre Lebensweise. Viele zogen als Nomaden durch die Länder, verdächtigt als Landstreicher und Diebe. Immer wieder wurde versucht, sie zur Sesshaftigkeit zu zwingen.

Im Siedlungsgebiet der Landler um Hermannstadt waren sie als Arbeitskräfte sehr geschätzt. In der Bukowina wurden sie fast wie Sklaven gehalten. Doch es gab auch wohlhabende und sesshafte Zigeuner. Zum Teil waren diese erfolgreiche Pferdezüchter und Pferdehändler, jedoch auch als Musiker waren sie sehr geschätzt und konnten so viel Geld verdienen.¹⁵⁰

Gemeinsam war jedoch allen, dass sie einer gewissen Diskriminierung ausgesetzt waren, so wurden z.B. Zigeunerkinder in den Schulen nicht gerne aufgenommen, manchmal sogar abgelehnt. Diese Diskriminierung hat sich bis heute fortgesetzt.

¹⁴⁹ Heuberger, Nationalitäten, 189

¹⁵⁰ Heuberger, Nationalitäten, 196

6. Kaiser Karl

6.1. Der Regierungsantritt von Kaiser Karl

Karl war der Sohn des Bruders von Franz Ferdinand. Seine Eltern waren Erzherzog Otto, verschrien als leichtsinniger Lebemann und die Erzherzogin Maria Josepha, die Tochter des Königs von Sachsen. Diese war sehr fromm, sehr pflichtbewusst und gründlich. Die Ehe dieser beiden unterschiedlichen Menschen war nicht sehr glücklich.

Die Erziehung lag in den Händen von Karls Eltern, die ihre festen Vorstellungen von Erziehung gegenüber Kaiser Franz Joseph durchsetzten und sich sehr bemühten, ihren Kindern, vor allem natürlich Karl, nach seinem Vater der Dritte in der Thronfolge, eine gute Grundlage für das spätere Leben zu geben. Natürlich nahm auch Franz Joseph Einfluss auf Karls Ausbildung, so durfte z.B. Karl zwar am naturkundlichen Unterricht des Schottengymnasiums teilnehmen, jedoch die Ablegung einer Matura und ein reguläres Universitätsstudium verbot der Kaiser: „*Er fand, dass es sich für ein Mitglied des Kaiserhauses nicht schicke, in öffentliche Konkurrenz zu treten.*“¹⁵¹ Karl blieb also am Schottengymnasium Externist, und später wurde in Prag von Polzer-Hoditz und Maximilian von Hussarek ein eigener Studienplan für ihn erstellt und durchgeführt. Professoren beider Universitäten lehrten die für ihn wichtigen Fächer¹⁵². Daneben hatte er aber in Prag auch seine militärische Ausbildung zu absolvieren. Anschließend trat er seinen Militärdienst in den verschiedenen Garnisonen an. 1911 vermählte er sich mit Zita, der Tochter des Herzogs Robert aus dem Haus Bourbon-Parma, eine Ehe, die den alten Kaiser sehr erfreute und erleichterte, weil sie voll den dynastischen Regeln entsprach. Außerdem war Zitas Bildung überdurchschnittlich und sie war an Politik sehr interessiert.¹⁵³

Der Thronfolger Franz Ferdinand stand mit dem alten Kaiser nicht sehr gut. Schuld war vor allem seine morganatische Ehe mit der Hofdame Sophie Chotek, die später zur Herzogin Hohenberg erhoben wurde. Bei allen offiziellen Anlässen bekamen die beiden diese Tatsache zu spüren, Sophie war immer an das untere Ende der Tafel verbannt, und Franz Ferdinand musste für seine drei Kinder auf die Thronfolge verzichten. Rumpler zitiert in seinem Aufsatz über Kaiser Karl einen Satz,

¹⁵¹ Elisabeth Kovacs, Untergang oder Rettung der Donaumonarchie. Die österreichische Frage. Kaiser und König Karl II. (IV.) und die Neuordnung Mitteleuropas (1916- 1922) (Wien/Köln/ Weimar 2004), 62

¹⁵² Polzer- Hoditz, Kaiser Karl

¹⁵³ Rumpler, Karl I. von Österreich, in Schindling/Ziegler, Die Kaiser der Neuzeit, (München 1990), 384

den Kaiser Franz Joseph nach dem Attentat von Sarajevo gesagt haben soll: *„Eine höhere Gewalt hat wieder jene Ordnung hergestellt, die ich leider nicht zu erhalten vermochte.“*¹⁵⁴

Franz Ferdinand hatte im Belvedere eine Art Nebenregierung gebildet und mit seinen Mitarbeitern eine Umgestaltung des Reiches geplant. Der Dualismus wäre bei seiner Regentschaft von einem südslawischen Trialismus abgelöst worden, das hätte zwar die Macht des neuen Kaisers gefestigt, jedoch keine wirklichen Reformen gebracht. Damit wären die Ungarn geschwächt worden, die Deutschen der Monarchie hätten ihre Stellung und Macht verstärkt, und für die anderen Nationalitäten hätte es weiter keine Lösung gegeben (Tschechen, Polen, Rumänen, Italiener...)

Das große Problem war, dass Karl von allen Entscheidungen und Regierungsgeschäften fern gehalten wurde. So fand es z.B. schon zu dem Zeitpunkt, wo er als Thronfolger nachgerückt war, niemand für nötig, ihn vom Ultimatum an Serbien und der Entscheidung zum Krieg zu informieren.¹⁵⁵ In Diskussionen darüber wurde er nie einbezogen. Er blieb weiter in den verschiedenen Garnisonen und an der Front. In den Werken der Historiker gab es unterschiedliche Meinungen, es wurde sogar vermutet, dass der alte Kaiser versuchte, Karl aus der Verantwortung für den Krieg herauszuhalten.

Als Karl an die Macht kam, hatte sich der Beraterkreis von Franz Ferdinand zum Teil zurückgezogen, weil diese meist höheren Adeligen vor allem ihre eigene Macht erhalten wollten und keine Änderungen wünschten. Karl hatte zwar keine Feinde, aber auch nur ganz wenige Freunde, und es standen ihm vor allem keine wirklichen Politiker und politischen Berater zur Seite. Er konnte sich eigentlich nur auf seine Gattin Zita und auf den Grafen Arthur Polzer–Hoditz, dem er schon als Erzieher und Mentor vertraut hatte, stützen. Und durch die Unwissenheit wurde er zwar als Herrscher respektiert aber von vielen (so z.B. vom sehr selbtherrlichen Conrad von Hötzendorf) nicht wirklich ernst genommen.

Der junge Karl folgte auf den Mythos Franz Joseph, der achtundsechzig Jahre lang regiert hatte. Es brachen nun verschiedene Strömungen, Ideen und Forderungen auf, die bis dahin aus Achtung vor dem alten Kaiser zurückgehalten

¹⁵⁴ Rumpler, Karl I. von Österreich, 382

¹⁵⁵ Rumpler, Karl I. von Österreich, 385

worden waren. Karl kannte die Entwürfe zur Föderalisierung der Monarchie, welche die Kanzlei Franz Ferdinands erstellt hatte. So ist schon in seinen Aufzeichnungen von 1914 zu finden: *„Wir müssen trachten, jeder Nation ihre größtmögliche, noch mit der Einheit des Reiches vereinbarliche nationale Selbständigkeit zu gewähren. Da aber die Slawen das vorherrschende Element der Zahl nach sind und immer mehr zunehmen, müssen wir unser Hauptaugenmerk auf die Slawen richten.“*¹⁵⁶

In seiner Regierungserklärung hat Kaiser Karl zwar den baldigen Frieden versprochen, jedoch noch keine Reformen angekündigt. Neue Untersuchungen haben ergeben, dass Karl bei seinem Regierungsantritt ein klares politisches Konzept hatte: er wollte Österreich in einen Bundesstaat umwandeln. Dazu war es aber notwendig, den „deutschen Einfluss“, sowohl vom Deutschen Reich sowie auch von den Deutschen innerhalb der Monarchie, zurückzudrängen¹⁵⁷. Diese Pläne mussten jedoch am Widerstand von Berlin und vom österreichischen Reichsrat scheitern. Das Deutsche Reich, Kaiser Wilhelm II. und seine Berater und vor allem seine Militärs, bauten fest auf die Mitteleuropakonzeption, ausgehend von den Plänen Naumanns, die eine enge wirtschaftliche und militärische Verbindung der Habsburgermonarchie mit dem Deutschen Reich gebracht hätte. Karl war gegen diese starke Abhängigkeit vom Deutschen Reich. Er hatte sich schon 1915 und wieder im Oktober 1916 gegen Vorhaltungen im Deutschen Hauptquartier zur Wehr gesetzt und z.B. vertreten, dass eine Abtretung Südtirols an Italien zur Verhinderung des Kriegseintritts mit einem Verzicht auf Elsaß-Lothringen gleichzusetzen sei. Damit stellte er sich in Gegensatz zu den Plänen Deutschlands, das über die Habsburgermonarchie bestimmen wollte.

Bei der praktischen Durchsetzung seiner Pläne scheiterte Karl jedoch an Czernin, an Tisza und vor allem an seiner eigenen Inkonsequenz. Wenn der Widerspruch zu seinen Ideen zu stark war, so zog er seine Vorschläge wieder zurück. Sein erster schwerwiegender Fehler war die übereilte Krönung zum ungarischen König am 30. Dezember 1916. Tisza hatte ihn überrumpelt, Karl hätte dazu sechs Monate Zeit gehabt. Und in dieser Zeit hätten zumindest all die Widersprüche in den Verfassungen der beiden Reichshälften beseitigt werden

¹⁵⁶Peter Broucek, Kaiser Karl I. (IV.) Der politische Weg des letzten Herrschers der Donaumonarchie, (Wien 1997), 174

¹⁵⁷Rumpler, Karl I. von Österreich, 386

können. Franz Ferdinand soll geplant haben, seine Krönung so lange wie möglich hinauszuschieben und zuerst mit Ungarn Ordnung zu schaffen

In seinem Buch über die österreichische Vatikanbotschaft gibt der spätere Bischof und Rektor des Priesterseminars Anima Alois Hudal einen Einblick in die Gedankengänge Kaiser Karls zum Nationalitätenproblem. Dieser soll am 10. Juli 1917 den deutschen Schriftsteller Friedrich Wilhelm Förster¹⁵⁸ in einer Audienz empfangen haben. Und dabei erwähnte er die Notwendigkeit einer föderalen Neuordnung in Südosteuropa. Der Kaiser soll dabei wörtlich gesagt haben:¹⁵⁹ *„In Deutschland versteht man jedoch gar nicht, wozu wir durch Vorsehung in dieser Südostecke Europas berufen wurden. Österreich ist nun einmal weder ein deutscher noch ein slawischer Staat. Die Deutschen sind zwar die Begründer der Donaumonarchie, aber sie sind heute eine Minderheit. Sie können nur dann Führer der jüngeren Kulturen bleiben, wenn sie selber ein Beispiel höchster Kultur geben und den neu emporsteigenden Völkern mit Liebe, Achtung und Großmut entgegenkommen. Vor der Selbstbestimmung der Völker fürchte ich mich nicht.... Wenn wir den einzelnen Gruppen weitherzig den denkbar größten Spielraum für ihre Eigenart, für die Übung der kulturellen Gestaltungskraft, für die Freude an ihrer Sprache, kurz für ihr ganzes nationales Geltungsbestreben gewähren, so werden sie sich in neuen Formen noch weit inniger mit dem Ganzen vereinigen als früher....“*

Kovacs zitiert in der Wiedergabe das Gespräch zwischen Förster und Kaiser Karl kurz und bündig: *„Nichts bindet so wie Freilassen“*.¹⁶⁰ Karl sandte über seinen Botschafter ein Reformprogramm an Papst Benedikt XV., als dessen Autoren man die christlichsozialen Politiker Heinrich Lammasch, Ignaz Seipel und den Ethnologen Wilhelm Schmidt ansieht.

Vor allem wollte Karl möglichst rasch Frieden schließen. Er war jedoch in der Regierungsarbeit gänzlich unerfahren, da er von diesen Entscheidungen immer ferngehalten worden war. In Friedenszeiten hätte er sicher vieles erarbeiten können, für Kriegszeiten reichten aber sein Wissen und vor allem seine Durchschlagskraft nicht aus. Auch bei der Auswahl seiner Ratgeber hatte er keine glückliche Hand. Es

¹⁵⁸ Friedrich Wilhelm Foerster, 1869- 1966), Philosoph, Pädagoge, Pazifist

¹⁵⁹ Alois Hudal, Die Österreichische Vatikanbotschaft 1806- 1918, (München 1952), 302

¹⁶⁰ Elisabeth Kovacs, Untergang oder Rettung der Donaumonarchie. Die österreichische Frage. Kaiser und König Karl I. (IV.) (Wien/Köln/Weimar 2004), 231

fiel ihm nicht leicht, Entscheidungen zu treffen, er widerrief diese sehr oft - wahrscheinlich aus einer inneren Unsicherheit. Jedoch hatte er Pläne, so z.B. war ihm nach der Ermordung des Ministerpräsidenten Graf Stürgkh 1916 klar geworden, dass der Reichstag möglichst rasch wieder einberufen werden musste, schon um die Entente von seiner Regierungsmacht und seinem demokratischen Verständnis zu überzeugen.

Ministerpräsident Koerber¹⁶¹, den noch Kaiser Franz Joseph zum Nachfolger des ermordeten Ministerpräsidenten Graf Stürgkh ernannt hatte, wurde schon im Dezember abgesetzt und von Heinrich Clam-Martinitz¹⁶², einem böhmischen Grafen und Freund Czernins abgelöst. Körber war in Ungnade gefallen, weil er von Karl auch den Eid auf die österreichische Verfassung einmahnte.¹⁶³ Clam-Martinitz sollte vor allem den die Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn schaffen. In seiner Regierung Reformer aus dem Kreis um Franz Ferdinand. Der neue Außenminister Graf Ottokar Czernin¹⁶⁴ war eher eine sehr zwiespältige Persönlichkeit. Er hat durch die von ihm ausgelöste Sixtusaffäre entscheidend zum Untergang der Monarchie beigetragen. Clam wollte eine neue Landesordnung für Böhmen einführen, die Vorschläge für die Kreisordnung hatte Innenminister Handl schon im Auftrag Stürgkhs erarbeitet und sie sollte nun oktroyiert werden. Sie war als Antwort auf die „Osterbegehrrschrift“ von 1916 des Deutschen Nationalverbandes gedacht und erfüllte viele Wünsche daraus, vor allem eine möglichst saubere Trennung von Tschechen und Deutschen. Kaiser Karl erwartete sich von Clam die Wiedereinberufung des Reichstages und sträubte sich gegen die Oktroypläne. Diese hätten die Gesprächsbasis mit den Nationalitäten endgültig zerstört.

Als Kabinettschef wurde Arthur Graf Polzer-Hoditz eingesetzt, der mit Karl freundschaftlich verbunden war und als Slawenliebhaber angesehen wurde. Daher hatte er Czernin und Tisza¹⁶⁵ als Gegner, die alles taten, um ihn zu Fall zu bringen- was ihnen schließlich auch gelang. Von Polzer-Hoditz wird jedoch Koerber als

¹⁶¹ Ernest von Körber, 1850- 1919

¹⁶² Graf Heinrich Clam- Martinitz, 1863-1932, Ministerpräsident 1917, ab Juli 1917 Gouverneur in Montenegro

¹⁶³ Rumppler, Karl I. von Österreich, 388

¹⁶⁴ Graf Ottokar Czernin- Chudenitz, 1872- 1932

¹⁶⁵ Vor allem nachzulesen in: August Demblin, Minister gegen Kaiser. Aufzeichnungen eines österreichisch-ungarischen Diplomaten über Außenminister Czernin und Kaiser Karl. Hrsg. Alexander Demblin (Wien/Köln/Weimar 1997). Demblin war als Vertrauter Czernins am Hof Karls und vermittelte Schriften, Telefonate und Telegramme zwischen Kaiser Karl und seinem Außenminister. Er äußert ganz offen und immer wieder in seinen Aufzeichnungen, dass alles daran gesetzt werden müsse, Polzer-Hoditz aus der Nähe Karls zu entfernen.

einzigster österreichischer Politiker angesehen, der die ungarische Verfassung durchschaute, die übrigen österreichischen Politiker wussten viel zu wenig über Ungarn. Das machte es dem starken Mann in Ungarn, dem Grafen Istvan Tisza leicht, mit ihnen „zu spielen“ und mit einigen Drohungen immer seine Ziele durchzusetzen. Sein Gegenspieler und „Freund“, Außenminister Graf Czernin, war zwar sehr überheblich und machtbewusst, aber er war Tisza nicht gewachsen. Dazu kam noch, dass Tisza der Informant von Berlin war, die Botschafter in Berlin kamen fast immer aus der ungarischen Reichshälfte. Seine wichtigsten Ziele waren die Erhaltung des Dualismus und die Magyarisierung seines Landes. Zwar konnte Kaiser Karl den Rücktritt von Tisza im August 1917 erzwingen, sein Nachfolger wurde der Finanzfachmann Sandor Wekerle. Der Einfluss Tiszas blieb jedoch bestehen, er war der starke Mann in Ungarn. Und so war keine Änderung der ungarischen Politik, vor allem keine umfassende Wahlrechtsreform möglich. Auch gelang es Tisza, im Ausland, vor allem vor der Entente, Ungarn als ein Musterland in demokratischen Belangen hinzustellen. Dabei war nur eine geringe Zahl in Ungarn wahlberechtigt und den Nationalitäten waren ihre Rechte beinahe ganz genommen, sie hatten sich anzugleichen und unterzuordnen.

Der größte Fehlgriff in den Augen der meisten Historiker und politisch interessierten Zeitgenossen war jedoch der im Juni 1917 bestellte Ministerpräsident Ernest Seidler in Österreich, der Karl 1915 Vorlesungen über Staatsverwaltung gehalten hatte und daher zu ihm in einem gewissen Vertrauensverhältnis stand. Karl führte zwar auch Gespräche mit anderen Kandidaten, so mit Heinrich Lammasch, mit Maximilian Hussarek und mit Josef Redlich, den er mit der Regierungsbildung am 5. Juli betraute, diesen Auftrag jedoch zwei Tage später wieder zurückzog. Der deutsche Kaiser Wilhelm soll bei seinem Staatsbesuch ein Veto gegen die Bestellung Redlichs eingelegt haben. Dessen Programm von der Selbstbestimmung der Völker innerhalb der Monarchie und die Bemühungen um einen baldigen Frieden hatten ihn dazu veranlasst. Nachdem Lammasch zögerte, den Plan eines „Friedensministeriums“¹⁶⁶ umzusetzen, wurde Seidler mit der Bildung des Kabinetts definitiv betraut. Er war kein Politiker, er gab immer nach und ordnete sich auch Czernin immer unter.¹⁶⁷ Außerdem geriet er immer mehr unter den Einfluss der Deutschnationalen Parteien.

¹⁶⁶ Broucek, Karl I.(IV.), 188

¹⁶⁷ Redlich, Schicksalsjahre Bd. 2, vom 15.10. 1917, 237

6.2.Kaiserin Zita – die verlässlichste Ratgeberin von Kaiser Karl

Die große Herzogsfamilie von Parma verbrachte die warme Jahreszeit in Schloss Schwarzau bei Neunkirchen, in der kalten Jahreszeit waren sie in der Villa delle Pianore bei Viareggio in Italien. Vierundzwanzig Kinder entstammten den zwei Ehen des Herzogs Robert, Zita war das siebzehnte Kind. Zitas Mutter war die Herzogin Maria Antonia von Braganza, die Infantin von Portugal, eine sehr schöne, würdevolle und energische Frau.¹⁶⁸

Herzog Robert war schon als Kind von Cavour aus Parma vertrieben worden, sein Vater wurde ermordet. Nachdem die Regentin und Mutter sehr jung verstorben war, wuchs Robert bei seinem Onkel, dem Grafen von Chambord in Frohsdorf in Niederösterreich auf.

Zita war ein sehr temperamentvolles, aber auch eigenwilliges Kind. Der Unterricht wurde in Französisch erteilt, der Vater sprach jedoch meist Italienisch und die Mutter Deutsch mit den Kindern. Sehr wichtig war den Eltern die religiöse Erziehung. Mit elf Jahren kam Zita zur weiteren Ausbildung nach Oberbayern in ein Internat der Salesianerinnen, in die „Schule für höhere Töchter“ in Schloss Zangberg.¹⁶⁹ Disziplin und Pflichterfüllung waren dort vorrangige Erziehungsziele, der Lehrplan richtete sich nach Gymnasien. Knapp vor ihrem Schulabschluss starb Zitas Vater. Das letzte Schuljahr verbrachte Zita in der Benediktinerabtei St. Cécile in Ryde auf der Insel Wight. Dort war Zitas Großmutter, Mutter Adelheid, Priorin. Es war eine Eliteschule, ähnlich einer Privatuniversität, und es wird angenommen, dass schon Pläne bestanden, Zita für den künftigen Thronfolger zu erziehen. Nachdem sie das Klima nicht gut vertrug, wurde sie im Sommer 1909 mit einer Kusine nach Franzensbad zur Kur geschickt, das Zusammentreffen mit Erzherzog Carl Franz Joseph war dabei schon eingeplant.

Die Fäden für dieses Zusammentreffen soll die Erzherzogin Maria Theresia, eine Schwester von Zitas Mutter Maria Antonia, gezogen haben. Sie war die dritte Gemahlin von Erzherzog Karl Ludwig, Franz Josephs verstorbenem Bruder und damit Stiefgroßmutter von Karl. Karl und Zita waren schon als Kinder einige Male in Schloss Schwarzau zusammengetroffen, doch nun war es viel mehr. Zita berichtete

¹⁶⁸ Tamara Griesser-Pečar, Zita. Die Wahrheit über Europas letzte Kaiserin. (Bergisch- Gladbach 1985) , 23

¹⁶⁹ Griesser-Pečar, Zita, 30

später: „... wir befreundeten uns sehr, und wir waren sehr froh, einander immer wieder zu treffen.“¹⁷⁰

Am 16. Jänner 1911 wurde Zita beim Hofball in die Wiener Gesellschaft eingeführt. Schon im Juni verlobten sich die beiden jungen Leute in Pianore, nachdem Kaiser Franz Joseph die Zustimmung zu dieser Verbindung gegeben hatte. Das Echo war bei ausländischen Staatschefs, Diplomaten und der Presse nicht allzu groß, dachte man doch den Regierungsantritt Karls noch in weiter Ferne.

Am 21. Oktober 1911 fand die Hochzeit in Schwarzauberg statt, in Anwesenheit des Kaisers - es war ein großes Fest. Erst im November brach das junge Paar zur Hochzeitsreise in den Süden der Monarchie auf.

Karl musste dann rasch weiter zu seinem Regiment, zuerst nach Brandeis in Böhmen und bald weiter an die Grenze nach Ostgalizien. Zita folgte ihm in beide Garnisonsorte, was besonders in Kolomea in Ostgalizien für die schwangere junge Frau eine große Belastung war. Beide mussten jedoch dann zurück, denn Karl hatte sich bei einem Sturz vom Pferd eine starke Gehirnerschütterung zugezogen und Zita erwartete ihr erstes Kind. Am 20. November 1912 wurde in der Villa Wartholz Erzherzog Otto geboren.

Anfang 1913 konnte die junge Familie das neu renovierte Schloss Hetzendorf beziehen. Sie führten hier ein eher einfaches, bürgerliches Leben, nicht vergleichbar mit dem Aufwand und Hofzeremoniell in Schönbrunn. In Hetzendorf wurde Anfang 1914 das zweite Kind, die Tochter Adelheid geboren.

Was waren die Hintergründe für das Attentat in Sarajevo? Franz Ferdinand wollte ausgleichen, er wollte den Ungarn Rechte nehmen und den Slawen der Monarchie mehr Rechte geben. Das machte ihm die Ungarn, aber vor allem die panslawistischen Serben und dahinterstehend die Russen zu Feinden, zu tödlichen Feinden. Am 28. Juni 1914 waren Karl und Zita in der Villa Wartholz in Reichenau, als sie vom fürchterlichen Attentat in Sarajevo erfuhren. Bei einem Treffen einige Tage vorher muss Franz Ferdinand eine Ahnung gehabt haben, er machte Andeutungen, dass ein Anschlag auf ihn verübt werden würde und zeigte Karl, wo sein schriftlicher Nachlass und wichtige Papiere verwahrt waren.

¹⁷⁰ Griesser-Pečar, Zita, S.39

Ein Ministerrat am 7. Juli beschloss das Ultimatum an Serbien, am 23. Juli wurde es an Serbien überreicht. Nachdem Serbien nicht alle Forderungen erfüllen konnte, erfolgte der Kriegsausbruch infolge des Bündnissystems Schlag auf Schlag. Im August stand Europa im Vollbrand. Der Kaiser und seine Minister glaubten, die bewaffnete Auseinandersetzung auf Serbien beschränken zu können und bis Jahresende den Krieg beendet zu haben.

Karl wurde damals weder befragt noch in Entscheidungen eingebunden. Er konnte nur in Wartholz auf die Entscheidung warten. Dann musste er an die Front, und Zita zog mit den Kindern nach Schönbrunn. Sie war eine Stütze für den greisen Kaiser, für den die täglichen Besuche bei Zita und den Kindern eine große Freude bedeuteten. Später berichtete sie von Gesprächen, in denen der alte Herr sehr pessimistisch und skeptisch ein böses Ende des Krieges prophezeite.¹⁷¹ Erst am 10. November 1916 wurde Karl nach Wien berufen, einige Tage vor dem Tod seines Oheims Franz Joseph am 21. November.

Der Kriegsausbruch zerriss auch die Familie Parma. Zitas Brüder Sixtus(1886-1934) und Xavier(1889- 1977) sahen sich als Bourbonen und Thronanwärter und verließen Österreich, weil sie es als ihre Pflicht ansahen für Frankreich zu kämpfen. Sie landeten schließlich in der belgischen Armee. Die jüngeren Brüder kämpften in der österreichischen Armee an der Ostfront. Doch die Kontakte blieben aufrecht und sollten noch sehr entscheidend werden.

Kaiser Karl hatte zwar eine gute Erziehung genossen, jedoch zum Herrscher war er nicht ausgebildet. Sowohl Thronfolger Franz Ferdinand wie auch Kaiser Franz Joseph hatten es verstanden, ihm zwar theoretisches Wissen beizubringen, ihn jedoch von allen staatsmännischen Entscheidungen herauszuhalten. Und selbst in militärischen Belangen konnte er durch seine Einsätze weit weg von der Zentrale keinen Überblick gewinnen. Auch wenn er aber durch seine Tätigkeit in militärischen Belangen einige Erfahrung hatte, in politischen und zivilen Belangen wusste er wenig. Wie schon erwähnt hätte das alles in Friedenszeiten einen leidlich guten Herrscher hervorgebracht, jedoch dieser kritischen, den Staat bedrohenden Kriegszeit war er dadurch nicht gewachsen. Auch wurde ihm eingepflichtet, dass sein Platz vorherbestimmt und „von Gottes Gnaden“ sei, bei der Religiosität des jungen Herrschers eine zusätzliche persönliche Belastung. Alles Taktieren und Intrigieren

¹⁷¹ Gordon Brook-Shepherd, Zita, die letzte Kaiserin (Wien 1993), 64

war ihm daher nicht möglich und entsprach nicht seiner Persönlichkeit. Er ging zu gradeaus seinen Weg. Und er hatte auch nie, wie sein Onkel Franz Ferdinand, seine eigene Militärkanzlei mit guten Beratern gehabt. Diese Berater Franz Ferdinands hatten scheinbar nicht viel Interesse, auch Karl ihre Erfahrungen mitzuteilen. Karl sagte selbst einmal darüber: „... *Onkel Franz hat mir - natürlich nicht mit Absicht, aber tatsächlich - meine Stellung als Thronfolger furchtbar erschwert.*“¹⁷²

Er hatte an seiner Seite jedoch eine Gemahlin, die all das hatte, was Karl fehlte: sie hatte vor allem sehr viel politischen Instinkt, war in Entscheidungen sehr stark, war sehr ehrgeizig und sehr intelligent. Zita sah es vor allem als ihre Aufgabe an, immer wieder Karls Selbstzweifel zu zerstreuen und ihm den Rücken zu stärken.

*„Karl und Zita führten zeitlebens eine tadellose Liebeshe, die – damals ungewöhnlich und fast anrühlich - auf Partnerschaft beruhte. Kaum etwas blieb dieser Frau verborgen. Nicht nur ihr Ehrgeiz und ihre Intelligenz, auch ihr religiös geprägtes Gewissen befahlen ihr geradezu die Einmischung in die Politik. Und so wurde Zita die politischste, am kraftvollsten mitgestaltende Frau in der langen Geschichte der Habsburgerdynastie.... Das erweckte in breiten Kreisen zwangsläufig Bewunderung, doch mehr noch Mißtrauen und Verdacht.“*¹⁷³

Es wird in vielen Berichten und Selbstbiographien berichtet, dass Zita sich bei den Besprechungen im Zimmer aufhielt, ruhig im Hintergrund saß, mit einer Handarbeit beschäftigt, wirklich eingemischt und mitgeredet hat sie aber nur sehr selten. Doch alle, die näheren Einblick in das Leben am Kaiserhof hatten, berichteten, dass Karl oft erst seine Entscheidungen fällte, nachdem er sich mit seiner Gemahlin beraten hatte. Sie wollte gut informiert sein, aber sie wollte, dass die Entscheidungen als von ihrem Mann getroffen galten. Wenn sie besonders kritischen Besprechungen - z.B bei militärischen Belangen – fernblieb, wollte sie jedoch auch darüber genau informiert werden. Selbst Graf Ottokar Czernin lieferte ihr täglich einen Bericht. Sie sah das für ihre Aufgaben und Gespräche, die sie führen musste, als wichtig an. Selbst Kopien von Heeresberichten wurden ihr übergeben.

Karl suchte und benötigte gute Ratgeber, er fand jedoch viel zu wenige. Diesen Mangel glich Zita zum Teil aus. Als falsch sieht Griesser-Pečar Berichte vom deutschen Botschafter Botho Graf von Wedel an, dass so die „Italiener“, die

¹⁷² Griesser-Pečar, Zita, 81

¹⁷³ Griesser-Pečar, Zita, 11

Parmafamilie, Zitas Mutter und Tante, Einfluss auf Karl hätten.¹⁷⁴ Außerdem fühlten sich Zitas Familienangehörige nicht als Italiener, sie waren Bourbonen und damit eigentlich Franzosen.

6.3. Italien und die Beziehungen Kaiser Karls zum Vatikan¹⁷⁵

Österreich war mit Italien im Dreibundvertrag verbunden. Eine Abmachung dabei war, dass bei österreichischen Gebietsgewinnen Italien Kompensationen erhalten sollte: Italien schielte immer schon auf die östliche Adriaküste. Bei Kriegsbeginn erklärte Italien noch seine „wohlwollende Neutralität“, es wollte dafür jedoch eine „*Kompensation der Treue*“.¹⁷⁶ Man hätte gerne Bozen, Görz, Gradiska, die dalmatinischen Inseln und eine Autonomie Triests gehabt - also auch Gebiete mit italienischen Minderheiten. Die Entente jedoch versprach im Londoner Vertrag vom 16. April 1915 viel mehr: das Trentino bis zur Brennergrenze, Triest, Görz, Gradiska, Istrien, Dalmatien... So wurde von Italien am 4. Mai 1915 der Dreibundvertrag aufgekündigt. Italien trat in den Krieg gegen die Mittelmächte ein.

Vor allem der neue italienische Außenminister ab November 1914, Giorgio Sidney Sonnino (1844- 1921) „*hasst Österreich*“¹⁷⁷, und dieser Hass wurde durch den Journalisten und Dichter Gabriele d'Annunzio(1863- 1938) noch geschürt. Die Stimmung gegen Österreich war also über eine lange Zeit hinweg denkbar schlecht, noch Mussolini bezeichnete die Habsburgermonarchie als *die „Quelle alles politischen Unglücks der Italiener“*.¹⁷⁸

Papst Pius X. war am 20. August 1914 verstorben, und in Wien hatte man auf die Wahl eines Kandidaten gehofft, der zwischen den Kriegsparteien vermitteln würde. Giacomina della Chiesa, der Erzbischof von Bologna, wurde zum neuen Papst Benedikt XV. gewählt¹⁷⁹. Er war – genau wie Kaiser und Regierung in Wien - bestrebt, den Kriegseintritt Italiens zu verhindern. Anfang 1915 hatte der ehemalige deutsche Reichskanzler und nun Sonderbotschafter in Rom Bernhard von Bülow noch einen Versuch unternommen, mit Hilfe des Vatikans Italien weiter im Dreibund zu halten, dieser Versuch misslang.

¹⁷⁴ Griesser-Pečar, Zita, 17

¹⁷⁵ Alois Hudal, Die Österreichische Vatikanbotschaft 1806 - 1918, (München 1952), 290

¹⁷⁶ Hudal, Vatikanbotschaft, 290

¹⁷⁷ Hudal, Vatikanbotschaft, 292

¹⁷⁸ Hudal, Vatikanbotschaft, 291

¹⁷⁹ Pius X., Giuseppe Sarti, 1834- 1914. Benedikt XV., 1854- 1922

Doch es gab auch eine Menge Spannungen zwischen Wien und dem Vatikan. Mit dem Kriegseintritt Italiens musste der österreichische Botschafter im Vatikan, Prinz Johannes Schönburg-Hartenstein Rom verlassen, sein Vertreter Graf Moritz Palffy residierte von da an in Bern. Kaiser Karl wollte gute Beziehungen zum Papst und sandte knapp nach seinem Regierungsantritt den Entwurf eines Friedensangebots an den Papst - aus Rom erfolgte jedoch keine Reaktion. Dazu kam noch, dass der neue Nuntius in Wien Teodoro Valfré di Bonzo¹⁸⁰ „die Geschäfte der Entente betrieb“¹⁸¹ und sich bei Kaiser Karl sehr rasch unbeliebt gemacht hatte - sogar seine Abberufung wurde gefordert. Er hatte sich in Briefen nach Italien über die schlechte Versorgungslage in Wien beklagt.

Etwas einfacher wurde die Situation, als im April 1917 Eugenio Pacelli (1876-1958), der spätere Papst Pius XII., als Nuntius nach München gesandt wurde, über ihn konnten nun auch die österreichischen Kontakte laufen. Pacelli war ein sehr fähiger, taktvoller Diplomat, und so konnte Valfré di Bonzo umgangen werden. Am 1. August 1917 unternahm Papst Benedikt mit einer diplomatischen Note einen Friedensversuch. Mit diesem Vorschlag reiste Pacelli auch nach Berlin. In Berlin war es gerade zu einem Regierungswechsel gekommen: Theobald von Bethmann-Hollweg war durch Georg Michaelis¹⁸² ersetzt worden, Richard von Kühlmann wurde Staatssekretär für Äußeres. Kühlmann versuchte bewusst in seinem Antwortschreiben, jede konkrete Zusage zu vermeiden. Ein weiteres Ziel von ihm war es, Österreich von allen Friedensgesprächen fernzuhalten. Das gelang ihm vor allen mit seinem Einfluss auf Czernin. So war die päpstliche Friedensaktion am Deutschen Reich gescheitert.

Die Situation des Papstes war jedoch schon seit dem Kriegseinstieg Italiens sehr schwierig, wurde doch jede seiner Handlungen und Äußerungen von der italienischen Regierung genau beobachtet. Der Papst versuchte dann noch einige Male, zwischen Kaiser Karl und Italien Verhandlungen einzuleiten - jedoch auch diese Versuche blieben erfolglos.

Für die kirchlichen Kreise war die Schweiz ein wichtiges Kontakt- und Spionagezentrum, vor allem auch nach Osteuropa, und hier besonders zum Balkan.

¹⁸⁰ Teodoro Valfré de Bonzo, 1853- 1922, Jurist und Theologe

¹⁸¹ Kovács, Kaiser und König Karl I.(IV.) , 203

¹⁸² Georg Michaelis, 1857- 1936, von der Deutschen Obersten Heeresleitung zum Nachfolger von Bethmann-Hollweg gemacht

Das Kloster Einsiedeln, der Bischof von Chur, der Jesuitengeneral in Zizers, auch der Kapuzinerpater Cölestin Schwaighofer in Deggendorf waren die „Drehscheiben“.

Die Zerschlagung der Habsburgermonarchie und die Friedensschlüsse sah der Papst dann jedoch als großen Fehler an und sagte prophetisch weitere Kriege in Folge voraus.

6.4. Die Sixtusaffäre und andere Friedensgespräche

Sehr stark beteiligt war Zita am Friedensversuch Karls, der sogenannten „Sixtusaffäre“. Der Zeitpunkt dieser Kontaktaufnahme mit Zitas Brüdern, der Versuch, zu einem Friedensgespräch mit Frankreich zu kommen zeigte, wie unzufrieden Karl und Zita mit der Erklärung des „uneingeschränkten U- Bootkrieges“ waren. Sie konnte dabei nicht mitentscheiden, Karl wurde vor vollendete Tatsachen gestellt.

Der erste Brief an die Parmaprinzen wurde von Zita geschrieben und von ihrer Mutter in der Schweiz an Sixtus übergeben. Sixtus hatte schon länger den Plan gefasst, seinen Schwager aus der deutschen Umklammerung herauszulösen. Er hatte an Karl durch dessen Freund und Mittelsmann, den Grafen Tamás von Erdödy, einen Brief mit französischen Forderungen gesandt, wobei es um die Abtretung von Elsaß- Lothringen und die Wiederherstellung von Belgien und Serbien ging. In diesem Stadium wurde nun auch Graf Czernin von den laufenden Bemühungen informiert, er soll jedoch auch schon vorher diese Kontakte angeregt haben.

Es war damals schon allen klar, dass der *„Zentralpunkt der außen- und innenpolitischen Problematik der österreichisch- ungarischen Monarchie in dem Bündnis mit dem deutschen Reich lag.“*¹⁸³ Da alle Beteiligten der Meinung waren, in einem persönlichen Gespräch sei am meisten zu erreichen, wurde die geheime Reise der Prinzen Sixtus und Xavier nach Wien organisiert. Graf Erdödy war der Begleiter.

Am 23. März 1917 trafen die Brüder Zitas in Laxenburg beim Kaiserpaar ein. An den Besprechungen nahm für eine gewisse Zeit auch Außenminister Graf Czernin teil. Karl wollte keinen Separatfrieden schließen, in dem Sixtus am nächsten Tag übergebenen gemeinsamen formulierten französischsprachigen Brief ging sein Anerbieten dahin, sich beim deutschen Bündnispartner für die französischen Forderungen einzusetzen. Auch Berlin hatte ähnliche Alleingänge schon

¹⁸³ Helmut Rumpler, Die Sixtusaktion und das Völkermanifest Kaiser Karls, in Karl Bosl, Hg. Versailles - St. Germain - Trianon. Umbruch in Mitteleuropa vor fünfzig Jahren (München/ Wien 1971), 133

unternommen, ohne den österreichischen Kaiser einzubinden, z.B mit einem Schreiben an Wilson, das die Kriegsziele des Deutschen Reiches kundgab. Über Karls Aktion soll auch Ministerpräsident Briand informiert gewesen sein.¹⁸⁴ Der Forderung nach Elsaß-Lothringen stand Czernin skeptisch gegenüber, versprach aber, bei Verhandlungen hinter seinem Herrscher zu stehen. Die Ententemächte verfolgten mit den Gesprächen das Ziel, Deutschland durch einen Separatfrieden mit Österreich zu isolieren und zu schwächen

Bei einem gemeinsamen Besuch beim deutschen Kaiser und dem Armeekommando in Bad Homburg am 3. April 1917 wurde aus österreichischer Sicht versucht, kleine Zugeständnisse vom deutschen Bündnispartner zu bekommen, jedoch ohne Erfolg. Es war der letzte Versuch, noch zu einem erträglichen Friedensschluss zu gelangen. Doch an Abtretungen von Seiten Deutschlands war nicht zu denken. Das deutsche Oberkommando rechnete mit einer Umkehrung des Kriegsglücks, mit der Isolierung Großbritanniens und mit Siegen mit Hilfe der U-Boot Flotte. Schon einige Tage später traf jedoch die Kriegserklärung der USA an Deutschland ein und brachte die große Wende - anders als von Deutschland gedacht. Unverrichteter Dinge mussten die Österreicher die Heimreise antreten. Ein Separatfrieden sollte nur im äußersten Notfall geschlossen werden, man fürchtete vor allem die innenpolitischen Folgen. Die Deutschen der Monarchie¹⁸⁵ hätten einen Abfall vom deutschen Bündnis wohl kaum hingenommen, auch schreckte Kaiser Karl vor einem Vertragsbruch zurück. Am 12. April versuchten der Kaiser und Czernin nochmals, den deutschen Kaiser mit einem Memorandum auf die Gefahr einer sozialen Revolution bei Fortführung des Krieges hinzuweisen - auch das ohne Erfolg. Hatte doch das Deutsche Reich die Rückreise Lenins nach Rußland organisiert und so zur Ausbreitung des Bolschewismus beigetragen.

So konnte nur wieder über Sixtus Kontakt mit Frankreich aufgenommen werden. Dort war es jedoch in der Zwischenzeit zu einem Regierungswechsel gekommen, Aristide Briand war von Alexander Ribot abgelöst worden. Ribot stand den Friedensangeboten eher ablehnend gegenüber. Trotzdem informierte er den englischen Premier Lloyd George davon. Es wurde auch der italienische

¹⁸⁴ Brook-Shepherd, Zita. Die letzte Kaiserin. Biographie. (Wien 1991), 103

¹⁸⁵ Elisabeth Kovacs, Untergang oder Rettung der Habsburgermonarchie? Die österreichische Frage. Kaiser und König Karl I.(IV.) und die Neuordnung Mitteleuropas (1916 - 1922) (Wien/Köln/ Weimar 2004), 345

Außenminister Sidney Sonnino informiert, der jedoch auf den versprochenen Gebietsabtretungen beharrte und den Friedensplan daher ablehnte.

Anfang Mai kam es noch einmal zu Gesprächen mit Sixtus, wieder in Laxenburg. Sicher hätte ein Friedensschluss nun Opfer gefordert, doch es war die letzte Gelegenheit dazu. Durch den Kriegseintritt der USA war die Entente militärisch im Vorteil. Karl schrieb nun den zweiten „Sixtusbrief“ mit einer Erneuerung des Friedenswunsches und legte ein Gesprächsprotokoll bei, verfasst von Czernin. Karl war bereit, im Notfall auch einen Separatfrieden abzuschließen, wenn die Entente nötigenfalls hinter Österreich gegen Deutschland stehen würde. Es gab Gerüchte, dass die deutschen Militärs Hindenburg und Ludendorff im Falle eines Separatfriedens einen Einmarsch in Österreich planten. Diese Friedensvorschläge wurden jedoch nie beantwortet.

Die Friedensbemühungen über Sixtus waren nicht die einzigen informellen Gespräche. In der zweiten Jahreshälfte 1917 fanden in der Schweiz Verhandlungen und informelle Gespräche zwischen dem Abel Graf Armand¹⁸⁶ und dem österreichischen Diplomaten Nikolaus Graf Revereta¹⁸⁷, zwischen Julius Meinl und Hugh Wilson aus den USA und außerdem zwischen Albert Graf Mensdorff, der jedoch von Czernin kein Mandat erhielt und nur informell im eigenen Namen sprechen durfte, und dem südafrikanischen General Jan Christiaan Smuts statt. Dieser Informationsaustausch war von Lloyd George initiiert worden. Nach dem Zusammenbruch Rußlands hätte ein vergrößerter österreichischer Staatenbund in der Zukunft Rußlands Aufgaben übernehmen und Deutschland in Grenzen halten können. Doch diese Idee musste scheitern, zu groß war schon die Abhängigkeit der Habsburgermonarchie vom Deutschen Reich.¹⁸⁸

Nach Präsident Wilsons Herausgabe der 14 Punkte, die gemeinsam mit der Gründung des Völkerbundes zu einem friedlichen Zusammenleben der europäischen Völker führen und künftige Kriege verhindern sollte, wollte die Habsburgermonarchie wieder Gespräche mit den USA aufnehmen. Wilson hatte in einer Rede betont, dass Österreich sich von den deutschen Militärs missbrauchen lasse- das wollte man nicht so hinnehmen. Kaiser Karl entsandte Heinrich Lammasch, einen weltweit bekannten Pazifisten zu Unterredungen mit dem Amerikaner Georg David Herron in die

¹⁸⁶ Graf Abel Armand, Major der Nachrichtenabteilung des französischen Generalstabs

¹⁸⁷ Nikolaus Reverera- Salandra, 1866- 1951, österreichischer Diplomat

¹⁸⁸ Kovacs, Kaiser Karl, 345

Schweiz. Er sollte dort den Standpunkt Kaiser Karls für Wilson zur Kenntnis bringen. Es ging um Karls Konzept einer Donaukonföderation, einem Sechsstaaatenbund mit Jugoslawien, Polen, Böhmen, Österreich, Ungarn und Siebenbürgen. Diese Gespräche fanden ohne Wissen Czernins und des Deutschen Reiches statt, die Ideen sollten - an Wilson übermittelt - mit Hilfe der USA und des Papstes, der auch in diese Richtung informiert worden war, einen Separatfrieden bringen. Das war jedoch nur unter der Mithilfe Wilsons möglich, und es gab auch den Hinweis, dass die süddeutschen Staaten (Bayern, Baden- Württemberg, ...) mitmachen würden.¹⁸⁹ Doch Czernin erfuhr auch von diesen Gesprächen und die Kluft zwischen dem Herrscher und seinem Außenminister vertiefte sich immer mehr.

An der Jahreswende 1917/18 verschärfte sich die allgemeine Situation rapide: Hungerrevolten brachen aus, Streiks legten die Wirtschaft lahm. Es ging den Ententemächten nur mehr um eine Ausschaltung Deutschlands für lange Zeit. Das Bestehen Österreichs war nun unwichtig geworden. In dieser tristen Lage brachte Czernin einen Skandal an die Öffentlichkeit, die Gründe für sein Handeln sind bis heute nicht voll geklärt. In einer Rede am 2. April forderte er den französischen Ministerpräsidenten George Clemenceau heraus. Dass er geheime Friedensgespräche an die Öffentlichkeit brachte, war schon sehr unprofessionell. Dass von allen Seiten, vor allem auch von Karl, Unwahrheiten gesagt wurden, machte die Situation auch nicht leichter. Und Clemenceau hatte als Trumpf eine Abschrift der Sixtusbriefe, die Prinz Sixtus nie aus der Hand hätte geben dürfen. Czernin steigerte sich in die Lügen jedoch immer mehr hinein, schließlich veröffentlichte Clemenceau die Briefe Karls, in denen von der „*Unterstützung der gerechten Forderungen Frankreichs nach Elsaß-Lothringen*“ die Rede war, aber auch von der Mitwisserschaft Czernins. Der Kaiser war als Lügner entlarvt, was seinem Ansehen sehr geschadet hat. Auch wurde die Schuld von der Öffentlichkeit auf die „Italienerin“, seine Gattin geschoben.

Zum Abschluss der Affäre versuchte Czernin dann noch, sich selber reinzuwaschen, die Macht zu übernehmen und Kaiser Karl zu einem Rückzug zu bewegen. Das versuchte er mit Drohungen und Selbstmordankündigungen zu erreichen. Brook-Sheperd berichtet, dass schon Monate vorher Czernin mit verschiedenen Erzherzögen (Eugen, Friedrich) Kontakt aufgenommen hatte, um

¹⁸⁹ Kovacs, Kaiser Karl, 351

nötigenfalls einen ihm genehmen Regenten einsetzen zu können.¹⁹⁰ Das würde aber bedeuten, dass er sich so stark überschätzte und dass er selber die Macht übernehmen wollte. Brook–Shepherd schreibt weiter über Czernin, er sei „*ein nervöses und bisweilen bösesartiges Vollblut*“ gewesen, und „*in seiner Eitelkeit war er überzeugt, ein großer Staatsmann zu sein.*“¹⁹¹ Schließlich blieb ihm nur mehr ein Rücktritt übrig, doch in der Öffentlichkeit, vor allem auch bei der Presse, war Czernin sehr beliebt. So fielen die Schatten vor allem auf den jungen Kaiser, arbeiteten doch auch die internationale und vor allem die deutsche Propaganda gegen ihn. Czernin aber erhielt zur Verabschiedung Orden von Kaiser Karl und von Kaiser Wilhelm.

Auch Joseph Redlich gab in seinen Aufzeichnungen ein Urteil über Czernin wieder. „*Esterhazy besprach dann seine Beziehungen zu Czernin, dessen Politik er absolut verurteilte: als sprunghaft, nur in Worten ausgreifend, in der Sache sich ganz Berlin unterordnend. Er hat nur als Blender für die Massen gearbeitet, die durch die offiziöse Presse gelehrt werden, in der Siegesattitude Czernins ein reales Bild der österreichischen Machtstellung zu sehen.*“¹⁹²

Kaiser Karl musste am 11. Mai zu einem „Canossagang“ nach Spa reisen, Abbitte leisten und Zugeständnisse an den deutschen Partner machen. Es wurde ein Vertrag für Sicherheit und Verteidigung abgeschlossen und ein engerer Waffenbund vereinbart. Dazu sollte auch ein einheitlicher Wirtschaftsbund geschaffen werden.

Sehr große Kritik wurde am französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau im Zusammenhang mit der Sixtusaffäre und der Veröffentlichung der Briefe Kaiser Karls vom amerikanischen Staatssekretär Robert Lansing (1864-1928) geübt: „*Es gab immer die Möglichkeit von Ergebnissen, die aus dem evidenten Wunsch des österreichischen Kaisers nach Frieden um jeden Preis resultierten. Diese Möglichkeit hat die Narretei Clemenceaus vernichtet. Durch diese verrückte Handlung wurde Karl gezwungen, mit dem Kaiser Wilhelm II. das Schicksal zu teilen. Alles, was wir getan haben, ist umsonst. Wir können alle inoffiziellen Konferenzen, die wir hatten vergessen.*“¹⁹³ Er erkannte, dass Österreich dadurch in eine noch engere Abhängigkeit getrieben wurde.

¹⁹⁰ Gordon Brook-Shepherd, Karl I. Des Reiches letzter Kaiser; Glanz und Elend des letzten österreichischen Herrscherpaares. (Wien 1976), 183

¹⁹¹ Brook-Shepherd, Karl I., 184

¹⁹² Redlich, Schicksalsjahre Band 2, Eintrag vom 21. August 1918, 290

¹⁹³ Kovacs, Kaiser Karl, 408

Lansing war es dann, der die Änderung in der Kriegszielpolitik von Präsident Wilson mit der Zerschlagung der Habsburgermonarchie betrieb.

6.5. Der Propagandakrieg gegen die Habsburgermonarchie

Von den Emigranten aus der Habsburgermonarchie hatten vor allem die Tschechen Thomas Garrigue Masaryk und Eduard Benes klare Vorstellungen von ihren Zielen, an denen sie in den Ententestaaten beharrlich arbeiteten. Jedoch auch die Propaganda in Böhmen selbst über die Geheimorganisation „Mafia“ war für sie wichtig - man weiss von Verhaltensaufträgen an die tschechischen Vertreter im Reichsrat, die von Masaryk und Benes stammten. Und man stand allen Reformen, die Verbesserungen hätten bringen können, sehr kritisch gegenüber.

Jedoch auch die Stimmung in den Ententestaaten wurden kritisch beobachtet, war doch das Ziel der Emigranten die Zerstörung und Auflösung der Monarchie. So war für sie die internationale Propaganda sehr wichtig, und zu deren Mitarbeiter suchten sie den Kontakt. Vor allem wandten sie sich an den Journalisten Henry Wickham Steed¹⁹⁴, den schottischen Privatgelehrten Robert William Seton-Watson¹⁹⁵ und Clemence Rose. Alle drei hatten vor dem Krieg als Auslandskorrespondenten in Wien gelebt. Als Protestanten hatten sie das katholische Habsburgerreich mit seinem „Gottesgnadentum“ der Herrscher nie so richtig verstanden.¹⁹⁶ Steed hatte schon damals im Pressekonzern von Alfred Northcliffe¹⁹⁷ gearbeitet.

Während der Kriegszeit gründete Sweton-Watson eine eigene Zeitschrift und veröffentlichte darin sein Programm „Neues Europa“. Er ermöglichte auch seinem Freund Masaryk, seine Schriften gegen Österreich-Ungarn darin erscheinen zu lassen.¹⁹⁸ Seit 1917 war er für den britischen Nachrichtendienst tätig und so konnten die Ideen Masaryks auch in Italien und Frankreich verbreitet werden. Sie bezogen im Kriegsverlauf auch die Südslawen und Rumänen in ihre Tätigkeit ein. So waren sie beteiligt am „Vertrag von Korfu“ vom Juli 1917, an der „Dreikönigsdeklaration“ vom Jänner 1918 und organisierten schließlich den „Kongress der unterdrückten Völker“ zu Ostern 1918 in Rom, der auch über Propagandamaßnahmen beriet.¹⁹⁹ Northcliffe

¹⁹⁴ Henryk Wickham Steed, 1871-1956, Journalist und Historiker. Er löste die Balfour- Deklaration von 1918 aus, die die Exilorganisationen stärken und die Auflösung der Habsburgermonarchie herbeiführen sollte.

¹⁹⁵ Robert William Seton- Watson, 1879- 1951, Pseudonym Scotus Viator. Politischer Aktivist und Historiker

¹⁹⁶ Kovacs, Kaiser Karl, 323

¹⁹⁷ Alfred Harmsworth, 1. Viscount Northcliffe, 1865- 1922, Journalist und Verleger, 1918 Leiter der britischen Propaganda im Ausland

¹⁹⁸ Kovacs, Kaiser Karl, 326

¹⁹⁹ Kovacs, Kaiser Karl, 328- 330

gab den Vorschlag an den britischen Außenminister Balfour weiter, über die Exilantengruppen den Propagandafeldzug gegen Österreich–Ungarn zu führen. Steed bekam den Auftrag zur Koordination der Propaganda gegen die Mittelmächte. Das erklärte Ziel war *„die Zerstörung des Habsburgerreiches als Voraussetzung für die Mitteleuropäische Nationalstaatenbildung“*.²⁰⁰ Mit der Schaffung des Schlagworts vom „österreichisch- ungarischen Völkerkerker“ konnte der Druck auf die Alliierten zur Änderung ihrer politischen Ziele verstärkt werden.

Doch auch die deutsche Propaganda tat alles, um dem jungen österreichischen Herrscher zu schaden. Brook-Shepherd versucht in seinen Büchern, dem Gerücht um einen geplanten deutschen Einmarsch in Österreich zur Zeit der Sixtusaffäre auf den Grund zu gehen.²⁰¹ Czernin hatte nach den Siegen am Isonzo im Oktober 1917, die mit deutscher Hilfe errungen wurden, seine Einstellung Deutschland gegenüber grundlegend geändert, er war nun für eine „Politik blinder Gefolgstreue gegenüber Deutschland“.²⁰² Und es wird von mehreren Autoren berichtet, dass für den Fall eines Separatfriedens ein deutscher Einmarsch in die Habsburgermonarchie tatsächlich geplant war.²⁰³

Die Verbindung des deutschen Botschafters in Wien Botho Graf Wedel zu großdeutschen Kreisen war sehr gut, und von Deutschland aus wurde ein „Propagandafeldzug“ gelenkt. Behauptungen wurden aufgestellt, dass man Deutschland mit den Friedensgesprächen in den Rücken gefallen sei, das wäre Verrat am Bündnispartner gewesen, und das, obwohl - wie später bekannt wurde - man im deutschen Lager über alle Friedensgespräche genau Bescheid wusste. Czernin hatte sehr gute Beziehungen zur österreichischen Presse. So wurden von allen Seiten die Österreicher beeinflusst und das Misstrauen gegenüber dem Herrscher wurde geschürt. Am besten konnte man Karl über seine Frau und deren Familie treffen. Schon im Frühjahr 1917 hatte der deutsche Botschafter Wedel nach Berlin berichtet; *„Den hohen Frauen welscher Abkunft ist welsches Wesen sympathisch und behaglich, deutsches Wesen ist ihnen fremd und schwer verständlich... Trotz ihrer persönlichen Grazie und Liebenswürdigkeit nimmt die*

²⁰⁰ Kovacs, Kaiser Karl, 333

²⁰¹ Gordon Brook- Shepherd, Um Krone und Reich. Die Tragödie des letzten Habsburgerkaisers. (Wien/München/Zürich 1968), 182-185

²⁰² Brook- Shepherd, Krone und Reich, 184

²⁰³ Brook- Shepherd, Krone und Reich, 182

*Popularität der Kaiserin ab. Man hat zu der Italienerin und ihrer Sippe kein volles Vertrauen.*²⁰⁴ Die ärgsten Verdächtigungen wurden über sie verbreitet.

Und Kaiser Karl schwieg zu lange zu all den Verdächtigungen. Erst langsam kam in der österreichischen Presse ein Teil der Wahrheit über den Rücktritt Czernins ans Licht, den Ruf und das Vertrauen dem Kaiserpaar gegenüber konnte sie aber nicht wieder herstellen.

7. Maximilian von Hussarek- Heinlein

7.1.Hussareks Werdegang als Beamter und Universitätslehrer

Maximilian wurde als Sohn des Ritter Johann Nepomuk Hussarek von Heinlein 1865 in Pressburg geboren. Er hatte keine altadelige Ahnenreihe, sein Urgroßvater war noch einfacher Kanonier. Erst sein Vater wurde nach einer militärischen Karriere 1874 geadelt. Die „Heldentaten“, die zu seiner Erhebung in den Ritterstand geführt hatten, ereigneten sich im Feldzug gegen die Ungarn 1848/49. Als Kommandant einer Batterie gelang es ihm mit seiner Truppe, die gegnerischen Geschütze auszuschalten und bei Alt-Kanisca eine Pontonbrücke über die Theiß zu schlagen. Infolgedessen konnte das ganze dritte Armeekorps die Theiß überqueren und die gegnerischen Geschütze erobern. Johann Nepomuk Hussarek erhielt für diese Tat den *„Orden der Eisernen Krone 3. Klasse mit der Kriegsdekoration in Anerkennung seiner belobten Tapferkeit und sonstiger vorzüglicher Leistungen im ungarischen Feldzug“* verliehen.²⁰⁵ Auch am Feldzug von 1866 nahm er erfolgreich teil. Nach weiteren tapferen Einsätzen kletterte er die Karriereleiter beim Militär hinauf und wurde am 1. August 1874 in den Ritterstand aufgenommen. Das Adelsprädikat hatte Johann Nepomuk Hussarek, Ritter von Heinlein nach dem Namen seiner zweiten Gattin Johanna Heinlein ausgewählt.²⁰⁶ Bei seinem Tod in Wien im Jahr 1907 hatte er den Titel eines Feldmarschalleutnants inne und war Präsident des Militärgerichtes.²⁰⁷

Aus seiner zweiten Ehe stammten drei Söhne: Maximilian Johann (geb. 1865), der spätere Universitätsprofessor und Ministerpräsident, Robert (geb. 1871) und Franz (geb. 1873). Die beiden jüngeren Brüder schlugen die militärische

²⁰⁴ Tamara Griesser- Pečar, Zita. Die Wahrheit über Europas letzte Kaiserin. (Bergisch- Gladbach 1985)

²⁰⁵ Helmut Rumpler, Die nationalen Probleme in Österreich unter der Ministerpräsidentschaft Max von Hussareks, Maschinschriftliche Dissertation der philosophischen Fakultät der Universität Wien 1962, 4-5

²⁰⁶ Rumpler, Dissertation, 6

²⁰⁷ Reichspost vom 7.März 1935, 2

Laufbahn ein, Franz brachte es bis zum Generalmajor.²⁰⁸ Er war im 1. Weltkrieg Generalstabschef in Sarajevo, später im Kriegshafen Cattaro. In den letzten Isonzoschlachten spielte er eine bedeutende Rolle als Kommandant in Görz. Oberst i.R. Robert Ritter von Hussarek-Heinlein starb erst hochbetagt 1961 in eher sehr bescheidenen Verhältnissen - er hatte den Anschluss an die neue Zeit verpasst.

Es waren nicht materielle Güter, die Johann Nepomuk Hussarek seinen Söhnen mitgeben konnte, jedoch für eine gute Schulbildung wurde gesorgt. Wie damals üblich besuchten die Kinder der höheren Militärs die Schulen in den jeweiligen Garnisonsorten, Hussarek erfuhr seine erste Ausbildung in Lemberg und Hermannstadt, und wechselte dann in die dritte Klasse des Gymnasiums der k.k. Theresianischen Akademie in Wien, wo er 1883 maturierte.²⁰⁹ 1883 bis 1888 studierte er an der Universität in Wien Rechtswissenschaft und wurde am 2.2.1889 „sub auspiciis imperatoris“ zum Doktor der Rechte promoviert. Hussarek hätte gerne eine wissenschaftliche Laufbahn eingeschlagen, doch er musste schon vor dem Abschluss seit 1888 als Dr. Juris in der niederösterreichischen Finanzlandesdirektion als Konzeptspraktikant arbeiten, er berechnete dort vorerst Gewerbesteuern und Gebühren. 1890 wurde er vom Dienst beurlaubt und wechselte bis 1892 ins Theresianum als Juristenpräfekt. An dieser Anstalt hielt er Kolloquien über Kirchenrecht und stieg zum Erzieher des späteren Paschas von Ägypten, des Prinzen Abas Hilmi auf. Als dessen Vater unerwartet starb und der Prinz die Regierung antreten musste, begleitete Hussarek den jungen Herrscher nach Ägypten. Dort wurde ihm der „kaiserliche ottomanische Medjidie-Orden IV. Klasse“ verliehen.²¹⁰

1892 trat Hussarek in das „Ministerium für Cultus und Unterricht“ ein. Daneben setzte er aber seine Studien über das Kirchenrecht an der Universität fort.²¹¹ Der Lebenslauf im Akt des Universitätsarchivs gibt seine bisherige Berufslaufbahn wieder, gibt Aufschluss über seine Sprachkenntnisse und sein erstes

²⁰⁸ Angaben nach Helmut Rumpler, Max Hussarek. Nationalitäten und Nationalitätenpolitik in Österreich im Sommer des Jahres 1918,(Graz/ Köln 1865)

²⁰⁹ Angaben nach dem Akt 326 Jus PA 13 im Wiener Universitätsarchiv, darin das „Curriculum vitae des Dr. Max Ritter Hussarek von Heinlein“ vom 25. Juli 1892

²¹⁰ Akt 326 Jus PA 13 im Wiener Universitätsarchiv. Aus dem Akt im Universitätsarchiv die Beilage „Bemerkungen in Betreff der dienstlichen Eigenschaften dieses Beamten überhaupt und insbesondere rücksichtlich seiner Vertrauenswürdigkeit etc.“ Dazu die Verleihungsurkunde des ottomanischen Medjidie-Orden und die Genehmigung von Kaiser Franz Joseph, diesen Orden anzunehmen und zu tragen.

²¹¹ Aus dieser Zeit- datiert mit 25.7. 1892- stammt sein „Cirriculum vitae“ und ein „Dienst- und Eigenschaftsausweis“

erschienenenes juristisches Werk. Ein weiterer „Ausweis“ berichtet über seine Studienerfolge.²¹²

Im Jahr 1893 begann Hussarek seine Tätigkeit an der Universität.²¹³ 1895 wurde er Professor für Kirchenrecht und führte eigene rechtshistorische Vorlesungen ein. Hussarek wurde zum Begründer der modernen Wiener Kirchenrechtsschule. 1900 ernannte man ihn zum Ordentlichen Universitätsprofessor .

Er machte aber auch Karriere im „Ministerium für Kultus und Unterricht“, wurde 1899 zum Ministerialrat ernannt. Hussareks Leistungen wurden von seinen Vorgesetzten (so vor allem vom Unterrichtsminister und späteren Ministerpräsidenten Graf Karl Stürgkh, (1859-1916) voll anerkannt. So bekam er vom Kaiser verschiedene Orden verliehen: 1901 das Ritterkreuz des Leopoldordens, 1905 das Komturkreuz des Franz- Joseph- Ordens, 1909 der Orden der Eisernen Krone II. Klasse. Diese Auszeichnungen zeigen seine besonderen Verdienste im Ministerium.²¹⁴

1906 übernahm Hussarek die Leitung der Kultusabteilung und lernte bei seiner Arbeit die heikle Frage der Nationalitätenpolitik kennen. Er hatte in dieser Abteilung sehr viel mit Bischofsernennungen zu tun und wurde zu einem wichtigen Mitarbeiter des Ministers Stürgkh. Als Berater und Theologe stand ihm bei Kirchenfragen der Weihbischof und Domherr Dr. Hermann Zschokke als Vertrauensmann der katholischen Kirche zur Seite.²¹⁵

Das Verhältnis und Einverständnis zwischen Stürgkh und Hussarek muss sehr gut gewesen sein, denn als Stürgkh 1911 zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, machte er Hussarek zum Minister für Kultus und Unterricht. In die Zeit seines Aufstiegs – 1898 - fällt auch Hussareks Vermählung mit Frieda Kühn, der Tochter eines Industriellen, die das Schloss Guntramsdorf mit in die Ehe brachte.²¹⁶

Über Hussarek als Persönlichkeit findet man sehr wenig. Er war Wissenschaftler und nicht nur beliebt- in Tagebüchern und Berichten von

²¹² Ein typisch österreichisches Charakteristikum ist hier der bei „Beschäftigung vor Eintritt in den Civil-Staatsdienst „ eingefügte Hinweis: War Zögling der k.k. thesesianischen Akademie“- ein Schlüssel für eine weitere erfolgreiche Berufslaufbahn?

²¹³ Es liegt dem Universitätsakt ein von Frau Dr. Gampl zusammengestelltes „Personalstandsverzeichnis“ und ein „Vorlesungsverzeichnis“ über die gesamte Tätigkeit Hussareks an der Wiener Universität bei.

²¹⁴ Die Vorträge des Antragsstellers und die Verleihungsdekrete liegen dem Akt des Universitätsarchivs bei

²¹⁵ In Robert Ehrhart, Im Dienste des alten Österreich,(Wien 1956), 126

²¹⁶ www.burgen-austria.com

Zeitgenossen wird er nicht nur positiv beschrieben. So schreibt Josef Redlich²¹⁷ über ihn *„Hussareks frozelnde Art, die Menschen zu behandeln, hat.... ihm längst auch bei den Klerikalen Feinde gemacht“*.²¹⁸ Und auch Robert Ehrhart²¹⁹ berichtet, dass er Hussarek schon lange kannte und dass er ihm *„frostig, abweisend und sarkastisch“* schien.²²⁰ Das änderte sich aber, als Hussarek im Ministerratspräsidium sein unmittelbarer Vorgesetzter wurde: *“Zu meiner wohlthuenden Überraschung fand ich einen warmfühlenden Mann, der im Verkehr mit seinen Untergebenen herzlich, kollegial und für die bescheidenste Leistung dankbar war. Manche Menschen tragen eben während ihres Aufstieges Eigenschaften und Züge zur Schau, die gar nicht wurzelhaft sind, und sie müssen erst die oberste Stufe erreichen, damit ihr wahres Ich zum Durchbruch kommt.“*²²¹

7.2.Hussarek als Langzeitunterrichtsminister, seine ersten Entscheidungen im Nationalitätenstreit

Um die Doppelbezeichnung „Ministerium für Kultus und Unterricht“ - und um Hussareks Arbeit ganz zu verstehen, muss man sich mit der Geschichte des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in der Habsburgermonarchie näher befassen. Kaiser Joseph II. (1780 - 1790) begann im sogenannten „Josephinismus“ die Kirche dem Staat unterzuordnen. Erst mit dem Abschluss des Konkordats von 1855 war diese zentralistische Ordnung überwunden und Kirche, Schule und Ehegesetze wurden wieder dem Einfluss der Kirche unterstellt. Schon das Staatsgrundgesetz von 1867 brachte jedoch erneut eine empfindliche Benachteiligung der kirchlichen Sphäre, der Staat übernahm nun die „Regelung der äußeren Angelegenheiten“.²²² Praktisch bedeutete das schon eine Aufhebung des Konkordats von 1855, ausgelöst durch den Aufstieg des Liberalismus. Am 30. Juli 1870 kündigte Kaiser Franz Joseph mit einem kaiserlichen Handschreiben das Konkordat auch formell auf. Daraufhin wurde die Kultusabteilung im Unterrichtsministerium geschaffen, um kirchliche Angelegenheiten von Regierungsseite her zu regeln. 1874 brachte das „erste Katholikengesetz“ und

²¹⁷ Josef Redlich, 1869- 1936, Jurist, Historiker, Parlamentarier. 1918 in der Regierung Lammasch vom 27.10. - 11.11.1918 Finanzminister

²¹⁸ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs 1908-1919, Band 2. (Graz/Köln 1953) Eintrag vom 27. Juli 1918, 287

²¹⁹ Robert Ehrhart- Ehrhartstein, 1870- 1956, Sektionschef im Ministerium für Inneres

²²⁰ Ehrhart, Im Dienste des alten Österreich, 126

²²¹ Ehrhart, Im Dienst des alten Österreich , 393/394

²²² Robert Höslinger, Das Kultuswesen in der Zeit von 1867- 1948. In: Egon Loebenstein (Hg.), 100 Jahre Unterrichtsministerium. (Wien 1948) , 427

infolge auch die Anerkennung anderer christlicher Religionsgemeinschaften (Orthodoxe, Protestanten...). Mit immer neuen Aufgaben wurde die Kultusabteilung zu einem immer wichtigeren Teil des Unterrichtsministeriums.

Ab 10. Februar 1909 war Karl Graf Stürgkh Unterrichtsminister, unter ihm stieg der bisherige kleine Beamte Hussarek zum Leiter der Kultusabteilung auf. Die Zusammenarbeit der beiden Männer war sehr gut, ihre Meinungen müssen oft übereingestimmt haben. Das bewirkte, dass Stürgkh bei seiner Berufung zum Ministerpräsidenten und zur Regierungsbildung im November 1911 Hussarek zum Unterrichtsminister bestellte.

Ministerpräsident Stürgkh hatte als Vertreter des liberalen Großgrundbesitzes begonnen und war als solcher gegen das allgemeine Wahlrecht gewesen. Diese Einstellung brachte ihm 1907 den Verlust seines Mandats, er wurde jedoch vom Kaiser zum Herrenhausmitglied ernannt.²²³ Von politischen Gegnern wurde ihm ein politischer „Wechsel“ vorgeworfen, er war jedoch schon immer konservativ und klerikal gewesen und hielt an seinen Anschauungen fest. Als Persönlichkeit war Stürgkh sehr kompromissbereit und orientierte sich oft an der Meinung anderer. Stürgkh war kein guter Redner, seine Ausführungen sollen oft sehr weitschweifig gewesen sein²²⁴. Wie so viele der damaligen Politiker - später auch Hussarek - wollte er vor allem seinem Kaiser treu dienen und dessen Vorstellungen erfüllen. Bei der Kabinettsbildung schwebte ihm vor, eine Regierung von Fachleuten zu schaffen.

Zu einer Zuspitzung kam es während seiner Regierungszeit in der Böhmisches Frage. Zwar war der Ausgleich in Mähren (1905) und in der Bukowina (1910) gelungen, in Böhmen musste Stürgkh mit seinen Ausgleichsplänen nach dem starken Widerstand der Jungtschechen resignieren. Dabei gab es einen bedeutenden wirtschaftlichen Aufschwung im Land. Es fehlte jedoch ein hartes Durchgreifen von Regierungsseite. Fussek meint in seiner Arbeit²²⁵, dass Kaiser Franz Joseph selbst wenig Interesse an einem nationalen Ausgleich hatte. Der Streit eskalierte vor allem im Parlament, und so kam es zu der Ausschaltung der Volksvertretung und ab 17. März 1914 zu einer Regierung mit dem berüchtigten § 14 („Notverordnungsparagraph - bis zur Wiedereinberufung des Parlaments am 31.

²²³ Nach Alexander Fussek „Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh. (ungedruckte geisteswissenschaftliche Dissertation, Wien 1960)

²²⁴ Nach Fussek, Stürgkh

²²⁵ Fussek , Stürgkh, 74

März 1917 unter Ministerpräsident Clam- Martinitz²²⁶). Die Regierung konnte nach Auflösung des Reichsrates „*kaiserliche Verordnungen mit provisorischer Gesetzeskraft erlassen*“²²⁷, der nächste wiedereinberufene Reichsrat musste diese jedoch genehmigen. Dieser Passus reduzierte die Zeiten der absolutistischen Regierung. Frühere Gelegenheiten zur erfolgreichen Wiedereinberufung des Parlaments, z. B. nach dem Mord am Thronfolger wurden versäumt.

Hussarek blieb vom 3. November 1911 bis zum 23. Juni 1917 unter drei Ministerpräsidenten (Karl von Stürgkh - Ernest von Körber²²⁸ - Heinrich von Clam- Martinic) in dem Ministeramt, in dieser Zeit stellte er seine Vorlesungstätigkeit an der Wiener Universität ein. Die Arbeiterzeitung vom 3. November 1911 nannte ihn einen „*pechschwarzen Jesuitentrabanten*.“²²⁹ Professor Helmut Rumpler stuft Hussarek politisch als Klerikalen, nicht aber als Christlich-Sozialen ein.²³⁰ Er sieht ihn „Josefinistisch“ handeln, also mit einer eher kritischen Einstellung in Kirchenfragen und sehr zentralistisch in seinen Entscheidungen. In Fragen der Nationalitätenpolitik war er sehr „deutsch gesinnt“, er war aber dennoch überzeugt, dass mehr Föderalismus im Reich nötig sei.²³¹ Dieser Föderalismus hatte in seinen Vorstellungen jedoch Grenzen, sehr viel Macht sollten beim Kaiser und der Regierung bleiben. Und dieser Überzeugung war er auch noch, als er die Verantwortung für das Völkermanifest übernahm.

Der Historiker Reinhold Lorenz beurteilt im Rückblick Hussarek folgendermaßen: „*Er war ein gelehrter Vertreter des Kirchenrechts an der Wiener Juristenfakultät, von streng katholischer Überzeugung, Säule der Leo- Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im kirchlich- religiösen Sinne. Zugleich persönlich wohlwollend und keine Kampfnatur besaß er in seinem Ressort eine starke Stellung.*“

²³²

Dr. Musil beschreibt in seiner Geschichte des Unterrichtsministeriums²³³ die wichtigsten Leistungen und Entscheidungen aus der Ministerzeit Hussareks:

²²⁶ Graf Heinrich Clam- Martinitz, 1863- 1932, österreichischer Ministerpräsident vom 20.12.1916- 23.6.1917, ab 10.7.1917 Gouverneur in Montenegro

²²⁷ Wierer, Föderalismus 85

²²⁸ Ernest von Körber, 1850- 1919

²²⁹ Arbeiterzeitung, 3. November 1911

²³⁰ Rumpler, Hussarek, 11

²³¹ Rumpler, Hussarek, 12

²³² Reinhold Lorenz, Kaiser Karl und der Untergang der Donaumonarchie. (Graz/Wien Köln 1959) 261

²³³ Josef Musil, Zur Geschichte des ö Unterrichtsministerium 1848- 1948, in Egon Loebenstein(Hg.), 100 Jahre Unterrichtsministerium.(Wien 1948) 7- 36

- .)Der Islam wurde als Religionsgemeinschaft gesetzlich anerkannt
- .)Die Professoren der Evangelisch- theologischen Fakultät wurden den Professoren der katholischen Fakultät dienstrechtlich gleichgestellt
- .)Sehr angelegen sein ließ sich Hussarek das „körperliche Gedeihen der Schuljugend“²³⁴
- .)Die schwierige Gesetzesfrage der Lehrerdienstpragmatik wurde unter ihm voll ausgearbeitet, sein Nachfolger brachte dann das Gesetz heraus
- .)In der Wiener Diözese setzte er 1913 die Bischofsernennung des Probstes von Stift Klosterneuburg Friedrich Gustav Piffel zum Erzbischof von Wien durch, sehr gegen die Wünsche des Thronfolgers Franz Ferdinand.

Es sollen hier nun einige Handlungen, Entscheidungen und Problemlösungen Hussareks aus seiner Amtszeit als Kultus- und Unterrichtsminister näher beleuchtet werden, da sie seine Einstellung in Bezug auf das Nationalitätenproblem aufzeigen.

Stürgkh bemühte sich mit den Slawen, so mit dem tschechischen Nationalitätenführer Dr. Karel Kramar im Gespräch zu bleiben und ausgleichend zu wirken. Im Juni 1912 wurde Hussarek als Regierungsvertreter zu den Palackýfeiern nach Prag entsandt. Er besuchte bei dieser Reise auch die deutsche und die tschechische Universität, die beiden Technischen Hochschulen, ein Schauturnen im Belvedere und die Passionsspiele in Höritz.²³⁵ Dieser offizielle Besuch wurde ihm von den Deutschnationalen noch zu seiner Zeit als Ministerpräsident vorgeworfen, bei den Tschechen hatte er dadurch anfangs ein kleines Plus zu verzeichnen - zumindest konnte er sich darauf berufen, dass er sich für die Tschechen doch schon sehr weit vorgewagt hatte.

Als großes Übel in Böhmen hatte Hussarek das tschechische Unterrichtswesen angesehen. Er fand, dass es für nationale Verhetzung missbraucht wurde. So schuf er eine eigene Kommission, die sich mit dem Inhalt der Lehrbücher befassen sollte.²³⁶

Im Hinblick auf die Universitäten sollten in seiner Amtszeit einige wichtige Entscheidungen fallen. Ein Dauerproblem war der Wunsch nach der Errichtung einer italienischen Universität. Die Italiener wünschten diese Institution in Triest, dieser Standort wurde von der Regierung abgelehnt. Die Errichtung eines Juridicums in

²³⁴ Musil, Unterrichtsministerium. 26

²³⁵ Alois Czedik, Zur Geschichte der k.k. österreichischen Ministerien 1861- 1916. (Wien 1920). 392

²³⁶ Rumpler, Dissertation, 20-21

Wilten bei Innsbruck stieß auf heftigen Widerstand und Demonstrationen der Innsbrucker Bevölkerung, die eine „Italienisierung“ befürchteten. Auch der Anschluss eines Juridicums an die Wiener Universität wurde von der Bevölkerung abgelehnt- *„die Abgeordneten.... besorgten, dass der deutsche Charakter der Wiener Universität dadurch beeinträchtigt werden könnte“.*²³⁷ Trient als Standort wollten die Italiener und die Militärs nicht. Und groß war die Ablehnung der hohen Militärs bei fast allen Vorschlägen. So zitiert Rumpler, dem es möglich war in das im Familienbesitz befindliche Tagebuch Hussareks Einsicht zu nehmen, den folgenden Ausspruch vom Chef des Generalstabs Conrad: *„Wissen Sie, was nicht Ihre, aber des Ministerpräsidenten Pflicht wäre? Er hätte dem Abgeordnetenhaus zu sagen: Jetzt ist damit nichts. Zuerst bekommen die Italiener Schläge, und dann wollen wir überlegen, ob es notwendig ist, für so etwas Geld hinauszuerwerfen.“*²³⁸ Als schließlich 1914 die Entscheidung für eine Niederlassung in Wien, abseits der Universität, fiel, erübrigten sich weitere Bemühungen und Widerstände durch die Kriegereignisse.

Auch andere Nationalitäten erwarteten die Errichtung eigener Universitäten. Czedik²³⁹ berichtet von Gesprächen am 18. Mai 1912 zwischen dem Präsidenten des ukrainischen Klubs Dr. Lewickýj mit Innenminister Baron Heinold²⁴⁰ (der auch die Vertretung von Ministerpräsident Stürkgh während einer Augenerkrankung inne hatte) und Unterrichtsminister Hussarek.²⁴¹ Es ging um den großen Streitpunkt zwischen Polen und Ruthenen, um die Errichtung einer ruthenischen Universität in Lemberg. Die Polen setzten immer wieder die Regierung unter Druck, wenn diese bereit war, den Ruthenen nachzugeben - und die Regierung benötigte die Zustimmung vom Polnischen Parlamentsklub vor allem zur Genehmigung des Budgets. Lemberg sollte polnische Universität bleiben, es stellte sich auch heraus, dass es nicht genug ruthenische Professoren gab. Die Forderung galt also mehr einem Prestigegegewinn.

Bei dem Projekt und Wunsch des Salzburger Kardinal-Fürsterzbischofs Katschthaler²⁴² nach Errichtung einer Katholischen Universität in Salzburg zeigte sich, wie wichtig Hussarek die Staatsinteressen gegenüber seinen persönlichen

²³⁷ Czedik, Ministerien, 498

²³⁸ Zitiert in Rumpler, Dissertation, 13

²³⁹ Aloys Czedik von Bründelsberg und Eysenberg, 1830- 1924, Herrenhausmitglied, vierbändiges Werk über die österreichischen Ministerien

²⁴⁰ Baron Karl Heinold- Udynski, 1862- 1943, 1911-1915 Innenminister, 1915-1918 Statthalter in Mähren

²⁴¹ Czedik, Ministerien 385

²⁴² Johannes Baptist Katschthaler, 1832- 1914, ab 1900 Erzbischof in Salzburg

Interessen und seinem angeblichen Klerikalismus waren. Universitäten waren Staatsanstalten, und die Errichtung dieser Salzburger Universität hätte einen Bruch mit diesem Prinzip bedeutet - so lehnte er ab.²⁴³ 1916 fand er aber eine Kompromissformel: es sollte eine staatliche Universität in Salzburg eingerichtet werden mit sechs katholischen Lehrstühlen, die vom katholischen Universitätsverein bezahlt würden.

Kurz erwähnt wird bei Rumpler auch die Inangriffnahme der Errichtung des physikalischen Instituts und der Neubau der beiden chemischen Institute²⁴⁴. Beides konnte jedoch wegen der Kriegereignisse nicht fertiggestellt werden.

Bischofsernennungen waren in dieser Zeit politische Handlungen und führten oft zu Nationalitätenkonflikten. Das kaiserliche Ernennungsrecht in der Habsburgermonarchie war eine Ausnahme im Kirchenrecht, das der Vatikan, vor allem Papst Pius X., gerne geändert hätte.²⁴⁵ Dazu kam, dass die ernannten Bischöfe meist Kompromisslösungen waren. Kaiser Franz Joseph wünschte keine zu starken Persönlichkeiten auf diesen wichtigen und einflussreichen Posten.

Ca. 37 Millionen der 50 Millionen Bewohner der Donaumonarchie waren Katholiken, 65 Bistümer, davon 15 Erzbistümer gehörten zum Gebiet des Reiches. Vom Kaiser wurden die Bischöfe nominiert, nur in Salzburg (mit Seckau, Lavant und Gurk) und in Olmütz und Prag wählte das Domkapitel den Erzbischof. Das Nominationsrecht des Kaisers war ein sehr altes Recht, seit dem Konkordat 1855 war eine Beratung mit den Bischöfen vorgesehen und Rom musste dann seine Zustimmung geben. In Ungarn war zusätzlich die Zustimmung des Reichstags verbindlich.²⁴⁶ Hussarek war schon vor seiner Zeit als Unterrichtsminister Referent für Bischofsernennungen gewesen. Die Bischöfe legten nach ihrer Ernennung einen Treueeid auf den Kaiser ab: *„... Ich schwöre und gelobe auf Gottes heiliges Evangelium, wie es einem Bischöfe geziemt, Eurer kaiserlich-königlichen Apostolischen Majestät und Allerhöchst ihren Nachfolgern Gehorsam und Treue. Ingleichen schwöre und gelobe ich, an keinem Verkehre oder Anschlag, welcher die öffentliche Ruhe gefährdet, theilzunehmen und weder inner noch außer den Grenzen des Reiches irgend eine verdächtige Verbindung zu unterhalten; sollte ich*

²⁴³ Rumpler, Hussarek . 14

²⁴⁴ Rumpler , Hussarek. 14

²⁴⁵ Alois Hudal , Die Österreichische Vatikanbotschaft 1806- 1918. (München 1952) 288

²⁴⁶ Kovacs Elisabeth, Kaiser und König Karl I. (IV.) und die Bischöfe der Österreichisch- ungarischen Monarchie (1916- 1922), in MIÖG 109 (2001)

*aber in Erfahrung bringen, dass dem Staate irgend eine Gefahr drohe, zur Abwendung desselben nichts zu unterlassen. ...*²⁴⁷

Neu ernannte Bischöfe in der Zeit Hussareks waren Bischof Adam Hefter (1914-1939) in Klagenfurt, Johannes Maria Gföllner (1915-1941) in Linz, Johannes Baptist Rössler in St. Pölten, Joseph Gross(1910- 1931) in Leitmeritz, Cölestin von Endrici in Trient und Friedrich Gustav Piffel, der Probst von Stift Klosterneuburg in Wien.²⁴⁸ Im Jänner 1916 verstarb Dr. Bauer, der Fürsterzbischof von Olmütz. Hussarek wollte seinen Kandidaten auf den Bischofsstuhl bringen, und so schlug er den Domherrn zwei Kandidaten vor: Graf Huyn, den Bischof von Brünn, der sehr unbeliebt war und bei dem er eine Ablehnung annehmen durfte und den Freiherrn von Skrbensky, den Fürstbischof von Prag, seinen Wunschkandidaten, der vom Domkapitel angenommen wurde. In diesem Zusammenhang sprach Redlich²⁴⁹ von „*Hussareks frozelder Art, die Menschen zu behandeln.*“²⁵⁰ Anders beurteilt wird Hussarek von Alois Hudal in seinem Werk: „*Eine wertvolle Stütze für den Vatikanbotschafter war der vortreffliche österreichische Unterrichtsminister Freiherr Max Hussarek von Heinlein.*“²⁵¹ Doch Hussareks Ziel war es auch dabei, die Wünsche seines Kaisers zu erfüllen.

Jedoch auch kritische Probleme und Schwierigkeiten mit den Bischöfen hatte Hussarek zu lösen. Vor allem war es der Konflikt mit und um den Trientiner Fürstbischof Cölestin von Endrici²⁵². Dieser Fall erregte großes Aufsehen. Endrici betrieb als Bischof von Trient irredentistische Politik, aber er tat dies mit sehr feinen, intelligenten Mitteln, man konnte ihm nie Handlungen gegen das Gesetz nachweisen. Vor allem bekämpfte er den „Tiroler Volksbund“, der sich sehr um deutsche Volksschulen in den deutschen Sprachinseln bemühte. Er griff diese Bewegung immer wieder an und setzte besonders in den „Deutschgemeinden“ italienische Geistliche ein. Endrici hatte seinen Freundeskreis eher im „Partito Popolare“.

²⁴⁷ Kovacs, Kaiser Karl und die Bischöfe, 155/156

²⁴⁸ nach Czedik, Ministerien. 500

²⁴⁹ Josef Redlich, 1869- 1936, Jurist, Politiker Wissenschaftler. Redlich schrieb ein politisches Tagebuch für die Zeit von 1908 bis 1918. Er war Herrenhausmitglied und in der letzten Regierung Lammasch Finanzminister

²⁵⁰ Redlich, Schicksalsjahre ,Bd. 2, Eintrag vom 27.Juli 1918, 287

²⁵¹ Hudal , Vatikanbotschaft, 275

²⁵² Hans Kramer, Fürstbischof Dr. Cölestin Endrici von Trient während des ersten Weltkrieges. Nach neu gefundenen Akten. In Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 9/ 1956, 484- 527

War Endrici bis zur Kriegserklärung Italiens noch loyal zum Habsburgerreich gestanden, so äußerte er sich dann 1915 gegenüber einem Domherrn, wie dieser beschreibt: *„Es sei für ihn, Endrici, sicher, dass das Trentino unter die Herrschaft Italiens kommen werde. Er müsse sein Verhalten rechtzeitig gegenüber den künftigen Machthabern so einrichten, dass er später in seinem Seelsorgeamt keine Schwierigkeiten haben werde.“*²⁵³

Das Gebiet des Trentino war zum Teil Kriegsgebiet und daher von militärischen Maßnahmen stark betroffen. So kam es zu Evakuierungen, Spionageverdacht, Verhaftungen und Internierungen. Endrici zog sich in das Landhaus San Nicolo außerhalb von Trient zurück - ob freiwillig oder auf Befehl der Militärbehörden ist nicht klar festzustellen. Doch auch von seinem Exil aus nahm er Einfluss auf seinen Klerus, nicht gerade im Sinne der kaiserlichen Behörden. Eine geplante Treuekundgebung für den Kaiser wurde von Endrici durch ein und Teilnahmeverbot an den Klerus seiner Diözese verhindert. Mit dem Leiter des Polizeikommissariats von Trient, Dr. Rudolf Muck, hatte er einige harte Auseinandersetzungen.²⁵⁴ So wurde er in seinem Landhaus unter militärische Bewachung gestellt, und seine Schriften wurden zensuriert.

Im Frühjahr 1916 war eine Offensive gegen Italien geplant, das AOK fürchtete ein Bekanntwerden derselben durch Endricis Korrespondenz. Die Statthalterei und vor allem das AOK(Armeeoberkommando) und Feldmarschall Conrad mussten schwere Anschuldigungen in Wien vorbringen- war Trient doch Kriegsgebiet. Endrici war es gelungen, den italienischen Klerus von einer besseren Zukunft des Bistums Trient innerhalb Italiens zu überzeugen.²⁵⁵ Die Situation spitzte sich zu, als er sich zu Ostern 1916 weigerte, nach Trient zurückzukehren um die Osterliturgie zu feiern. Auch der Brixner Fürstbischof Dr. Franz Egger, der hier einspringen musste, mißbilligte das Handeln und sah die Grundlagen zu einer Leitung der Diözese nicht mehr als gegeben an.

Hussarek jedoch war Professor für Kirchenrecht, er wusste genau was getan werden konnte und handelte mit sehr viel Vorsicht und Feingefühl. Die Hetzjagd der Militärbehörden gegen Endrici sah er nicht als voll gerechtfertigt an. Endrici musste

²⁵³ Kramer, Endrici, 493

²⁵⁴ Kramer, Endrici, 495

²⁵⁵ Hudal, Vatikanbotschaft 295

auf Befehl des Kaisers und des Pronuntius Kardinal Scapinelli²⁵⁶ am 8. Mai 1916 nach Wien reisen. Nachdem Gespräche mit Endrici in Wien nichts gebracht hatten (vor allem der Wiener Erzbischof Piffl wurde eingeschaltet - er sollte Endrici zu einem freiwilligen Rücktritt bewegen!) und auch Rom eine Lösung der Frage auf das Kriegsende verschieben wollte, musste sich Endrici im Juni 1916 nach Heiligenkreuz zurückziehen und verlebte hier die restliche Kriegszeit. Hussarek wollte durch diese Übersiedlung Entspannung in die Situation bringen. Immer wieder versuchten die österreichischen Amtskollegen (Piffl, Skrbensky...) Endrici zu einem Rücktritt zu veranlassen. Er verstand es jedoch mit sehr feinen Angriffen, sich selbst zum Märtyrer zu machen – so forderte er in einem Hirtenbrief für die Herz Jesu Feier 1918 dazu auf für ihn zu beten. Über seinen Vertreter Generalvikar Ludwig Eccheli nahm er immer wieder Einfluss vor allem auf den italienischen Teil seiner Diözese, er warnte vor den Gefahren der „Germanisation und Protestantisierung“²⁵⁷.

Für sein Verhalten Endrici gegenüber musste Hussarek noch lange nach dem Krieg Kritik hinnehmen - jedoch schreibt Kramer *„es war für Endrici ein Glück, ...dass im Kultusministerium der streng katholisch eingestellte, ... auch mit dem kanonischem Recht vertraute, erfahrene und vornehme Hussarek die Leitung innehatte.“*²⁵⁸

Doch auch andere Bischöfe waren nicht gerade Freunde der Monarchie: Bischof Anton Bonaventura Jeglič von Laibach war für einen Zusammenschluss der Südslawen, er erwartete davon eine Union mit den orthodoxen Serben. Hudal spricht in diesem Zusammenhang von einem *„überschätzen der Religion als politischen Faktor“*.²⁵⁹ Jedoch auch Hussarek sah bei den Südslawen echte Lösungsmöglichkeiten- man hätte dafür jedoch den Dualismus überwinden und in ungarische Verhältnisse eingreifen müssen. Der Ruthenische griechisch-katholische Erzbischof Andreas Graf Szeptycki²⁶⁰ schmiedete Unionspläne mit der Ukraine .²⁶¹

Als Verschärfung all dieser Schwierigkeiten sah Hussarek den Militarismus an, der durch ungerechtfertigte Eingriffe und Verhaftungen die Situation meist verschlechterte. Zur Wehr setzte er sich, als das AOK und Conrad von ihm

²⁵⁶ Raffaele Scapinelli- Léguigno, 1858-1933, 1912- 1916 Apostolischer Nuntius in Wien, 1915 zum Kardinal ernannt

²⁵⁷ Kramer, Endrici 498

²⁵⁸ Kramer, Endrici, 524

²⁵⁹ Hudal , Vatikanbotschaft, 295

²⁶⁰ Graf Andrej Szeptyckji,1865-1944, griechisch- katholischer Erzbischof von Lemberg, ruthenischer Patriarch

²⁶¹ Hudal, Vatikanbotschaft, 296

verlangten, an den Universitäten militärische Vorlesungen, gehalten von Offizieren, einzuführen.²⁶²

Mit Stürgkh verband Hussarek sehr viel, er war von seiner Ermordung sehr betroffen. Seinen Nachfolger als Ministerpräsident, Ernest Körber, schätzte er weniger. Rumpler, der aus Hussareks privatem Tagebuch diese Einstellungen untersuchte, zitiert Hussareks eigene Worte, dass er Körber als „*unverbesserlich Unzufriedenen*“ ansah, „*eine kritische Begabung von zersetzender Art, aber ohne Veranlagung zu konstruktiver Aufbauarbeit*“.²⁶³ Im Kabinett Clam-Martinic zog sich Hussarek zu seiner Arbeit sehr zurück, es deprimierte ihn die Ausweglosigkeit der Situation.

Sehr engagiert arbeitete Hussarek an der Planung einer Verfassungsreform mit. Seit März 1917 gehörte er einem Komitee an, das Beratungen über Reformen aufnahm. Als Termin für die Reformen wurde jedoch noch nach Ideen von Kaiser Franz Joseph die Zeit nach dem Waffenstillstand angesehen. Einen deutlichen Schritt vorwärts machten die Planungen durch die Berufung von Freiherrn von Handel²⁶⁴, dem Statthalter von Oberösterreich, nach Wien. Von ihm gab es nun sehr brauchbare konkrete Vorschläge für eine Reform. Hussarek engagierte sich besonders in den Bereichen, in denen es auch um Änderungen im Unterrichtswesen ging. Für Verfassungsfragen wurde auch Prälat Ignaz Seipel²⁶⁵ nach Wien berufen.

Am 30. Mai 1917 kam es zur ersten Sitzung des wieder einberufenen Reichsrats, in den Augen Hussareks war das ein schwerwiegender Fehler. Er war nicht gegen den Parlamentarismus als solches, er sah jedoch das Abgeordnetenhaus in der Zusammensetzung von 1911 als hinderlich für jede parlamentarische Arbeit an.²⁶⁶

Im Juni 1917 demissionierte Clam-Martinic. Als Nachfolger war auch Hussarek im Gespräch. Er wurde in dieser Zeit zweimal zu Kaiser Karl zu einem Gespräch geladen. Doch Clam- Martinic und vor allem Czernin lehnten Hussarek ab.

So schied Hussarek nach fast sechs Jahren als Unterrichtsminister aus der Regierung aus. Er zog sich in den Polit- Ruhestand zurück und plante seine weitere

²⁶² Rumpler, Dissertation, 24

²⁶³ Rumpler, Dissertation, 26

²⁶⁴ Freiherr Erasmus von Handel, 1860- 1928, 1916 Innenminister, 1916/17 Statthalter in Oberösterreich

²⁶⁵ Ignaz Seipel, 1876- 1932, Moraltheologe, 1922-24 österreichischer Bundeskanzler

²⁶⁶ Rumpler, Dissertation, 29

Laufbahn an der Universität. Er kündigte für das Wintersemester 1917/18 seine Vorlesungen an und wurde im Mai 1918 wieder Professor für Kirchenrecht.

8. Maximilian Hussarek als Ministerpräsident

8.1. Maximilian von Hussarek löst seinen Vorgänger Dr. Seidler als Ministerpräsident ab

Kaiser Karl war bei der Auswahl seiner Berater und seiner Regierungschefs immer sehr unentschlossen und unsicher. Außerdem wollte er die Notwendigkeit nicht wahrhaben, dass ein starker Regierungschef mit Visionen an der Spitze seiner Regierung benötigt wurde, - er wollte selbst auf alle Entscheidungen Einfluss nehmen. So ernannte er immer treue Beamte, die auf seine Ideen voll eingingen

Schon über die Berufung Seidlers²⁶⁷ nach dem Rücktritt und dem Scheitern von Ministerpräsident Clam-Martinic gab es viele unterschiedliche Meinungen. Rumpler berichtet, dass schon damals Hussarek vom Kaiser in Privataudienz empfangen wurde. Er konnte dabei Kaiser Karl seine Vorstellungen von der Lösung der südslawischen Frage vortragen.²⁶⁸ Ein Grund, dass er zu diesem Zeitpunkt nicht zum Ministerpräsidenten berufen wurde, könnte gewesen sein, dass Hussarek durch seine Zeit unter Stürgkh und der Arbeit unter dem § 14 vorbelastet war. Vermutet wird auch, dass der neue Außenminister Czernin bei der Berufung Seidlers seine Hand im Spiel hatte - neben einem schwachen österreichischen Ministerpräsidenten konnte er seine Politik ungestörter bestimmen und freier handeln.²⁶⁹ Kaiser Karl kannte Seidler als treuen Beamten, als Agrarfachmann und als Lehrer. Und er wollte von ihm nur eine Fortsetzung der bisherigen Politik, keine Neuerungen. Das waren die Kriterien, nach denen in dieser kritischen Zeit die wichtigsten Staatsmänner der Monarchie auserwählt und ernannt wurden! Ob ein Sektionschef, der von Politik kaum etwas wusste, in der kritischen Kriegssituation der richtige Mann gewesen ist - das war bei dieser Ernennung wohl nicht bedacht worden.

Die Regierung Seidler war vom 24. Juni 1917 bis zum 23. Juli 1918 im Amt, in der ersten Zeit nur als „Provisorium“. Karl suchte also weiter, auch Hussarek wurde noch einmal zur Audienz befohlen. In das Beamtenkabinett nahm Seidler auch den slowenischen Verfassungsrechtler Dr. Ivan von Zolger und den Ruthenen Dr.

²⁶⁷ Ernst Seidler von Feuchtenegg, 1862- 1931, Jurist, Universitätsprofessor, Politiker

²⁶⁸ Dr. Max Freiherr von Hussarek, Aus den letzten Wochen des alten Österreich, in Reichspost, 11. November 1928, 4

²⁶⁹ Rumpler spricht von „Intrigenpolitik um die Berufung Seidlers“- Rumpler, Hussarek , 19

Horbaszewski auf. Seidlers Wunsch nach einer parlamentarischen Regierung scheiterte, da sich die Sozialdemokraten verweigerten - sie wollten in einem kriegsführendem Land nicht mitregieren. Auch die Christlichsozialen sagten mit ähnlichen Argumenten ab. So wurde das Beamtenkabinett am 30. 8.1917 definitiv. Rumpler sieht diese Regierungszeit als eine Häufung von Missgeschicken²⁷⁰. Kleinwächter urteilte schon über Seidlers Regierungserklärung: *„Es gehört die ganze Weltfremdheit österreichischer Minister dazu, um zu glauben, wirtschaftliche Probleme... könnten die großen nationalen Probleme aus der Welt schaffen... Es war (laut Körber) , als wollte man einen katholischen und einen protestantischen Geistlichen für einen Ausgleich ihrer religiösen Weltanschauungen durch eine gemeinsame Einladung zu einem opulenten Dinner gewinnen“.*²⁷¹ Seidler stand sehr bald hilflos zwischen den Fronten - auch das Vertrauen von Kaiser Karl konnte ihm seine Arbeit nicht erleichtern.

Am 2. Juli 1917 kam es zur Verkündung der Amnestie, auch die von einem Militärgericht verurteilten Tschechen Dr. Kramar²⁷² und Dr. Rašin wurden freigelassen. Die Deutschnationalen legten diese Amnestie als Schwäche aus und bezeichneten sie als „Belohnung für Verrat“.²⁷³ Doch die Arbeit im Parlament war ohnehin kaum mehr möglich, es kam nur mehr zu kurzfristigen Budgetprovisorien und immer wieder zu Vertagungen des Reichrates. Außerdem verstärkte sich die Obstruktion im Reichstag, vor allen von Seiten der Tschechen wegen der drohenden Kreiseinteilung, besonders dem Kreisgericht Trautenau in Nordböhmen. Und Benes tat von Paris aus alles, um eine Zusammenarbeit im österreichischen Reichsrat zu verhindern. Der Polenklub, der lange Zeit eine Stütze der Regierung bei Budgetabstimmungen war, kündigte seine Mitarbeit wegen der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk mit der Ukraine und dem Verlust des Cholmerlands auf. Außerdem fürchteten die Polen die Abtrennung Ostgaliziens.

Immer schlechter wurde auch die Wirtschaftslage. Im Krieg verschlechterte sich die Versorgungslage durch verschiedene Faktoren: Ein Punkt war die alliierte Blockade. Die Russen hatten zu Kriegsbeginn Galizien besetzt, das als „Brotkorb der

²⁷⁰ Rumpler, Hussarek, 22

²⁷¹ F.G. Kleinwächter, Der Untergang der Österreichisch- Ungarischen Monarchie, (Graz/Wien 1964), 67

²⁷² Dr. Karel Kramar, 1860- 1937, Führer der tschechischen Nationalbewegung

²⁷³ Christine Kosnetter, Ministerpräsident Dr. Ernst Seidler, Maschinschriftliche Dissertation, (Wien 1963) 41

Monarchie“²⁷⁴ galt. Auch der Transport gestaltete sich sehr schwierig, da die Bahn mit Mannschaftstransporten ausgelastet war. In Böhmen und Mähren kam es schon 1916 zu Streiks wegen mangelnder Versorgung²⁷⁵. Österreich-Ungarn war wirtschaftlich keine Einheit. In Ungarn war die Ernährungslage besser als in Österreich, aber die ungarischen Politiker waren nicht bereit, in die andere Reichshälfte Lebensmittelüberschüsse abzugeben. Immerhin versorgten die Ungarn aber das Militär, jedoch auch dort war die Ernährung und auch die Versorgung mit Ausrüstung an der Wende 1917-1918 sehr schlecht. Zwar hatte sich die militärische Lage Anfang 1918 beruhigt, der Friedenswille der Völker aller Nationen war sehr stark. Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk verzögerten sich immer wieder, da die deutsche Oberste Heeresleitung die Lage in Rußland ausnützen wollte und es auf Gebietsgewinne im Osten angelegt hatte („Ostraumideologie Ludendorffs“) - „*Deutschland war daran, sich zu Tode zu siegen*“.²⁷⁶

Am 6. Jänner 1918 beriefen die Tschechen einen Generallandtag nach Prag ein, in der verabschiedeten „Dreikönigsdeklaration“ verlangten sie unter anderem eine Teilnahme an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und die Beachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker bei diesen Gesprächen.

Die nun beginnenden Unruhen gingen vor allem von Soldaten und Matrosen aus, die im Gegensatz zu ihren Offizieren sehr schlechte Verpflegung bekamen. Am größten waren die Widerstände bei den Heimkehrern aus Rußland, die dort mit den Forderungen der Revolution in Berührung gekommen waren und die bei ihrer Rückkehr nach Österreich in einem Projekt einer „Heimkehrererziehung“, auch „Bolschewikenreinigung“ genannt, unterzogen wurden.²⁷⁷ Bei „Unbelehrbaren“ kam es auch zu ungerechtfertigten Verurteilungen und sogar zu Todesurteilen. Radikalisiert wurden die Unruhen noch von den „Linken“, die Streiks organisierten und Frieden forderten. Vorbild für sie war die Revolution in Rußland. Im Jänner 1918 wurde in der Arbeiter Zeitung der Vorwurf erhoben, dass das Volk an einen Verteidigungskrieg glaubte, jedoch ein „Annexionskrieg“ geführt würde.²⁷⁸ Es gab Revolten bei der Marine, beim Heer, in Industriebetrieben....

²⁷⁴Mark Cornwall, Auflösung und Niederlage. Die österreichisch- ungarische Revolution. In Mark Cornwall, Die letzten Jahre der Donaumonarchie. (Wegberg 2004), 193

²⁷⁵Ludwig Jedlicka, Ende und Anfang, Österreich 1918/19. Wien und die Bundesländer (Salzburg 1969)

²⁷⁶Jedlicka, Ende und Anfang, 8

²⁷⁷Jedlicka, Ende und Anfang, 12

²⁷⁸Heinz Rieder, Kaiser Karl. Der letzte Monarch Österreich- Ungarns 1887- 1922. (München 1981), 191

Verschärft wurde die Lage noch durch die Sixtusaffäre, beim darauffolgenden Treffen Kaiser Karls und Kaiser Wilhelms in Spa wurde die Abhängigkeit vom Deutschen Reich noch verstärkt.

Die Feier zur fünfzigjährigen Grundsteinlegung des Prager Nationaltheaters am 16. Mai wurde zu einer Großkundgebung für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen: Südslawen, Polen, Rumänen und Italiener demonstrierten gemeinsam mit den Tschechen.

Das Parlament war der einzige Ort, wo man nationale Wünsche vorbringen konnte und das wurde ausgenützt. So wurde nach den Osterferien das Parlament bis Mitte Juni 1918 vertagt, die Deutschnationalen und auch Seidler wollten in dieser Zeit die Abgrenzung der Kreishauptmannschaften durch Verordnung erlassen. Der Bruch mit den Tschechen war damit festgelegt und Seidler schwenkte nun voll auf den „deutschen Kurs“ ein²⁷⁹. Diese Handlung war sehr unklug, weil sie den Ententemächten als Beweis für die „Tyrannei“ der Deutschen dienen konnte. Schon im Juni reichte Seidler ein erstes Demissionsgesuch ein, das vom Kaiser zurückgewiesen wird. Ein heftiges Ringen um das Budget setzte ein. Und am 16. Juli 1918 eskalierte alles in der Reichsratssitzung: Seidler wollte eine Rechtfertigung für seine Arbeit und vor allem für die Kreisverordnungen abgeben: *„Und wenn in dem Umstand, dass die Regierung von dem so lange und geduldig angestrebten Einvernehmen der Nationen endlich absah, die Andeutung eines deutschen Kurses erblickt wird, so liegt es mir ferne, dem entgegenzutreten zu wollen. Denn wenn es einen politischen Kurs in Österreich gibt, so kann es nur ein solcher sein, der den berechtigten Interessen des deutschen Volkes vollen Schutz gewährt. Das Rückgrat dieses vielgestaltigen Staates ist nun einmal das deutsche Volk und wird es immer bleiben.“*²⁸⁰ Rumpler berichtet auch, dass Seidler einen Staatsstreich geplant hatte mit Auflösung des Reichsrats, der Einsetzung eines Militär- und Polizeiregimes und der Herrschaft der deutschnationalen Radikalen. Das Herrenhaus lehnte ab, die Empörung im Reichsrat war groß, und Seidlers Ablöse wurde gefordert. Diesmal nahm Kaiser Karl Seidlers Demission an.

Freiherr Maximilian von Hussarek-Heinlein, ein „Klerikaler“, löste Seidler ab. Für Kaiser Karl dürfte bei der Auswahl Hussareks ausschlaggebend gewesen sein,

²⁷⁹ Rumpler, Hussarek, 23

²⁸⁰ Zitiert in Rumpler, Hussarek 25

dass dieser nicht so viele Gegner hatte wie andere Persönlichkeiten und doch als recht gefügig galt.²⁸¹ Auch in dieser kritischen Situation wurde also wieder kein „starker Mann“ eingesetzt. Es war nur leider so, dass Hussarek nicht das volle Vertrauen von Kaiser Karl hatte. Kleinwächter²⁸² sieht den Regierungsantritt eher kritisch: Hussarek kündigt in seiner Antrittsrede Änderungen in der Verfassungsstruktur an, sehr beiläufig und ohne besondere Dringlichkeit: *„Es gilt zu einem ehrenvollen Frieden zu gelangen. Die Regierung wird ihre ganze Kraft dafür einsetzen. Es wird sich für die nächste Zukunft darum handeln, die Vorbereitungen für die Klärung und Ordnung jener großen Fragen zu treffen, welche sich der ruhigen und wohlgeordneten Kontinuität unseres Verfassungslebens schon seit langem entgegenstellten. Ich meine die großen Haushaltungsprobleme des nationalen Lebens im Staate, die nur innerhalb der Monarchie und durch ihre berufenen Gewalten zur Entscheidung gebracht werden können. Die Regierung erachtet es zunächst für ihre Pflicht, ohne Unterlass an der Erweckung einer Atmosphäre des Vertrauens zu wirken, in welcher dann unter ihrer Führung an die schrittweise Bewältigung der zahlreichen und komplizierten einschlägigen Aufgaben mit Bürgerschaft für ihre Dauer herangetreten werden kann.“*²⁸³ Darauf gab es große Kritik von Seiten der Nationalitäten. Man muss sich in diesem Zusammenhang auch die Frage stellen, ob für die Regierung und den Kaiser die vielen Erklärungen der verschiedenen Nationen und die außenpolitische Entwicklung nicht bekannt und existent waren! Mit der Antrittsrede durfte Hussarek keine Nation und keine Partei vergrämen. Daher war sie sehr vorsichtig verfasst und gefeilt. So rief der Satz und Aufruf für *„Gerechtigkeit gegen alle, gegen jeden Volksstamm und jede soziale Schicht“*²⁸⁴ schon einen Tumult bei den radikalen Deutschen aus. Doch auch ihre Forderungen wurden von Hussarek erfüllt, soweit sie ihm „gerecht“ schienen.²⁸⁵

Wenn man die Berichte in den Tageszeitungen dieser Zeit betrachtet (Neue Freie Presse, Reichspost), so gestaltete sich die Regierungsbildung Hussareks sehr schwierig. Viele begegneten ihm mit Misstrauen, da er doch unter Stürgkh lange in einer absolutistischen Regierung mitgearbeitet hatte. Die Zeit drängte, vor allem war die Zustimmung des Parlaments zum Budget zu gewinnen, und das führte zu vielen

²⁸¹ Rumpler, Hussarek, 29

²⁸² Kleinwächter, Untergang, 23

²⁸³ Kleinwächter, Untergang, 24

²⁸⁴ Rumpler, Hussarek, 34

²⁸⁵ Rumpler, Hussarek, 35

Zugeständnissen von Seiten des neuen Ministerpräsidenten, er konnte nicht frei nach seinen Vorstellungen handeln.

Das erste Gespräch führte er mit den Deutschen Parteien, die sehr großen Einfluss auf Seidler gehabt hatten. Sie verlangten vor allem Garantien für eine Weiterführung des „Deutschen Kurses“.²⁸⁶ Als vordringlichste Lösung wollten sie, dass die noch von Seidler erlassene „Kreisverordnung“ durchgeführt werden sollte. Ein weiterer Wunsch ging nach der Eindämmung der südslawischen Agitationen. Bei den Deutschnationalen war von Anfang an eine starke Gegnerschaft gegen Hussarek zu bemerken, die nur durch immer mehr Zugeständnisse abgeschwächt werden konnte. Nur ein Teil dieser Gruppe gab seine Zustimmung bei den Budgetverhandlungen. Auch die Christlichsoziale Gruppe verhielt sich sehr distanziert. Ein Vorwurf von dieser Seite war, dass unter Hussarek als Unterrichtsminister sehr viele jüdische Universitätsprofessoren berufen wurden.

Die Polen hatten den Rücktritt Seidlers verlangt und waren damit teilweise zufriedengestellt, sie wollten eine neue Regierung daher bei der „*Erledigung der Staatsnotwendigkeiten*“²⁸⁷ unterstützen. Jedoch auch sie hatten spezielle Wünsche und verlangten die „*Unteilbarkeit Galiziens*“²⁸⁸. Doch mehr war in der Polenfrage für Hussarek nicht zu lösen, war doch Polen durch die Aufteilung im 18. Jahrhundert und die Existenz polnischer Siedlungsgebiete in Rußland, Preußen und Österreich ein Problem der Außenpolitik geworden. Von einer Teilung Galiziens wurde Abstand genommen.

Die Ruthenen (Ukrainer) erwarteten von einer neuen Regierung die Erledigung und Bestätigung des Friedens von Brest-Litowsk, und es ging ihnen um die Zukunft eines autonomen Ostgaliziens. Die Tschechen verlangten ihre Unabhängigkeit, verhielten sich jedoch vorerst abwartend. Die Südslawen wollten ihren Zusammenschluss, eine Forderung, die schon allein durch die Haltung der Ungarn für die österreichische Regierung nicht zu erfüllen war. Für die Italiener war die wichtigste Forderung vorerst die nach Mitteln für den Wiederaufbau.

Hussareks unmittelbare Pläne waren die Bildung eines Beamtenkabinetts, in das er im Herbst zu Beginn der neuen Parlamentssession Parlamentarier aufnehmen wollte. Dieser Plan war für die Parteien kein großer Ansporn zur

²⁸⁶ Neue Freie Presse, 23. Juli 1918, 1/2

²⁸⁷ Neue Freie Presse, 23. Juli 1918

²⁸⁸ Neue Freie Presse, 24. Juli 1918, 1/2

Zusammenarbeit. Dann sollte auf parlamentarischem Weg das Budget verabschiedet werden. Damit sollte dem Ausland Normalität übermittelt werden. Für die Abstimmung musste das Vertrauen der Polen wieder gewonnen werden, dazu war es notwendig, einen Ausgleich mit den Ruthenen bezüglich Ostgaliziens zu suchen. Damit vertagte sich das Parlament bis zum 1. Oktober 1918. Seidler war auf den ihm schon reservierten Platz des „Kabinettsdirektor“ versetzt worden. Damit blieb sein Einfluss und damit der Einfluss der Deutschnationalen auf den Kaiser weiterhin sehr groß! *„Die Krone wünschte, die von Seidler verfolgte Richtung festgehalten zu sehen.“*²⁸⁹ Zwischen Seidler und Hussarek herrschte kein gutes Einvernehmen und so war Hussareks Arbeit von Anfang an belastet und ziemlich aussichtslos. Es war Hussareks Gehorsam seinem Kaiser gegenüber, der ihn diese hoffnungslose Aufgabe übernehmen und ausharren ließ.

Erste Gespräche Hussareks mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Alexander Wekerle zeigten ihm schon die drohenden Schwierigkeiten, die schließlich zum Scheitern führen mussten. Ungarn ging bei Verhandlungen mit Deutschland von einer austropolnischen Lösung aus und forderte daher Bosnien-Herzegowina als territorialen Ausgleich. An eine Abtretung Kroatiens zur Erreichung einer südslawischen Lösung war nicht zu denken. Hussarek bezeichnete als sein großes Ziel die Gleichberechtigung aller Völker der Donaumonarchie. So schlug er Wekerle eine Vereinigung Kroatiens mit Dalmatien und Bosnien-Herzegowina vor, als *„Subdualistische Lösung“*²⁹⁰ bezeichnet. Hussarek selbst berichtet über eine Konferenz Mitte August in Budapest, zu der auch Stefan Freiherr Sarkotic von Lovcen (1858- 1939), der Landeschef von Bosnien-Herzegowina geladen war. Doch Wekerle und der hinter ihm die Fäden ziehend Graf Tisza wollten nicht sehen, dass Ungarn genauso vom Zusammenbruch bedroht war wie Österreich und gaben nicht nach. In Ungarn waren ihrer Meinung nach auch keinerlei Reformen nötig.

Hussarek selbst berichtete über die Vorgänge am Beginn seiner Regierungstätigkeit in einem Zeitungsartikel vom Jahr 1928.²⁹¹ Er bezeichnet sich selbst in diesem Artikel als Gegner des Dualismus: die Lösung will er in der Errichtung eines Bundesstaates mit gemeinsamer Außenpolitik, einem gemeinsamen Heerwesen und als einheitlicher Wirtschaftsraum sehen. Den Kampf

²⁸⁹ Rumpler, Hussarek 27

²⁹⁰ Rumpler, Hussarek, 33

²⁹¹ Dr. MaxFreiherr von Hussarek, k.k. Ministerpräsidenten a.D., Aus den letzten Wochen des alten Österreich, Reichspost vom 11. November 1928, 3- 5

der Deutschen in Zisleithanien um ihre Führung bezeichnet er als Gefährdung ihrer kulturellen Dominanz.

8. 2. Innenpolitische Probleme

Das Habsburgerreich war eine konstitutionelle Monarchie. Das Parlament, der Reichsrat, bestand aus zwei Häusern, dem Abgeordneten- und dem Herrenhaus. Franz Joseph ernannte die Regierung als oberstes Verwaltungsorgan. Und diese musste sich - nach dem Ende der Vorherrschaft des Liberalismus in den 70er Jahren - für die Regierungsarbeit Koalitionen suchen.²⁹² Bei der Verabschiedung der Gesetze hatten diese beiden Institutionen ein Mitspracherecht. In Zisleithanien mit seinen vielen national-aufgesplitterten Parteien jedoch war es sehr schwierig, eine Mehrheit für strittige Fragen zu erreichen. In Ungarn gab es immer eine Mehrheitspartei. Nur in der Außenpolitik und in Militärfragen entschied der Herrscher. 1907 wurde das allgemeine Männerwahlrecht eingeführt, vor allem die Bauernparteien und die Sozialdemokraten gewannen damit mehr Einfluss.

Ausgelöst durch den immer radikaleren Nationalismus begann dann vor der Jahrhundertwende im Reichsrat die Zeit der Obstruktion: Dauerreden, Schreiduelle, Trommeln und Pfeifen machten bald die Arbeit der Volksvertretung fast unmöglich. Wenn dann nichts mehr ging, wurde der Reichstag geschlossen und mit dem berühmt-berüchtigten § 14, dem Notverordnungsprogramm weitergearbeitet. So regierte auch Ministerpräsident Graf Stürgkh, seit 1911 in diesem Amt, ab 1914 mit Hilfe des Notverordnungsprogramms. Erst am 30. Mai 1917, unter der Regierung von Graf Heinrich Clam-Martinic wurde von Kaiser Karl der Reichsrat wieder einberufen. Eng mit den nationalen Problemen in Zusammenhang stand das Bildungssystem. Während in Ungarn nicht-magyarische Schulen durch die Magyarisierungspolitik Ausnahmen bildeten, bestand in Zisleithanien das Recht auf muttersprachlichen Unterricht. Auch Wirtschaftsfragen spalteten den Reichsrat.²⁹³

Das Herrenhaus bestand zum großen Teil aus Adelsvertretern, verdienten Künstlern, Wissenschaftlern und hohen Beamten und stand meist hinter der Regierung. Besonders abgehoben agierte diese Vertretung in der Kriegszeit 1918.

²⁹²Erich Zöllner, Geschichte Österreichs (München 1961), 422

²⁹³ Z. B. der Bau des Donau-Oder-Kanals, bei Höbelt, Wohltemperierte Unzufriedenheit, in Cornwall, Die letzten Jahre der Donaumonarchie. Der erste Vielvölkerstaat im Europa des frühen 20. Jahrhunderts, (Magnus-Verlag, 2004) 60/61

Die vom Kaiser bestellten Vertreter bezeichneten sich selbst als „*geistige Elite*“, ²⁹⁴ legten aber eine „*erschreckende Weltfremdheit*“ ²⁹⁵ an den Tag. Schon in den Sitzungen bis zur Sommerpause 1918 zeigte sich, dass die Herrenhausmitglieder fest von einer siegreichen Beendigung des Krieges überzeugt waren. Der Pazifist Dr. Heinrich Lammasch wurde bei Einwänden und Zweifeln heftig angegriffen und als „*Anwalt der Entente*“ bezeichnet. Die Wortmeldungen der Diskussionen vom 2. bis 14. Oktober zeigen, dass die „Herren“ (einschließlich Ministerpräsident Hussarek) die missliche Lage der Monarchie einfach nicht zur Kenntnis nahmen.

Bei den Deutschen im Reichsrat waren es die sehr unterschiedlichen Parteien, die ihre Mitarbeit durch Abhängigkeit der Erfüllung von Forderungen sehr einschränkten und für notwendige Mehrheiten einen großen Unsicherheitsfaktor darstellten.

Bei den Christlichsozialen gab es einen sehr fähigen Politiker, der in der ersten Republik noch große Bedeutung erlangen sollte, Prälat Ignaz Seipel. Er formulierte für die Lösung des Nationalitätenproblems seine Vorschläge. ²⁹⁶

Bei den Sozialdemokraten war ein grundlegendes Problem die Aufgliederung der Bewegung in nationale Parteien, was sicher zu einer Schwächung führte. An der Spitze der deutschsprachigen Sozialdemokraten standen Viktor Adler, Karl Renner und Karl Seitz. Eher sehr links stand Otto Bauer. Das wichtigste Ziel für sie war die Erreichung des Friedens und die Demokratisierung, sie weigerten sich jedoch, in einer kriegsführenden Regierung mitzuarbeiten. Groß war auch der Druck der sozialistischen Internationale für die Erreichung des Friedens, und so sollte 1917 in Stockholm eine völkerverbindende Konferenz aller sozialistischen Parteien stattfinden. Lange liefen die Vorbereitungsarbeiten, an denen sich europaweit alle sozialistischen Parteien beteiligten; die Entente jedoch erlaubte ihren Sozialdemokraten die Ausreise nach Stockholm nicht. Gute Arbeit leisteten die österreichischen Sozialdemokraten bei der Beruhigung der Aufstandsbewegungen und der Arbeiterunruhen in Österreich am Jahresbeginn 1918.

Die dritte Parteiengruppe waren die deutschen Parteien, 1910 vereinigt im Deutschen Nationalverband: die Deutschen Agrarier, die Deutschradikale Partei, die Deutschnationale Partei, die Deutschnationale Vereinigung oder die

²⁹⁴ Kleinwächter, Untergang, 48

²⁹⁵ Kleinwächter, Untergang, 48

²⁹⁶ Siehe Seite 17 Lösungsversuche

Sudetendeutschen, das Deutsche Zentrum und die Deutsche Arbeiterpartei. Diese Vereinigung bildete 1917 die stärkste Gruppierung im Abgeordnetenhaus und hatte auch das Vorschlagsrecht für den Präsidenten.²⁹⁷ Die Bewegung schürte jedoch auch den Nationalitätenhass, sie forderten in der „Osterbegehrrschrift“ ein stärkeres Bündnis mit dem Deutschen Reich, setzten auf einen „Siegfrieden“, auf ihre führende Rolle und auf den § 14. Die böhmischen Ausgleichsverhandlungen, die ja schon seit Jahren geführt wurden und die mehr Rechte für die tschechische Mehrheit und vor allem eine Gleichberechtigung der Sprache bringen sollten, scheiterten nun gänzlich, da die Deutschböhmen mehr Zentralismus forderten.

Einen bedeutenden Einfluss hatte auch eine Bewegung außerhalb der politischen Parteien, die Politische Gesellschaft, gegründet 1915 von Julius Meinl²⁹⁸, Heinrich Lammasch und Josef Redlich. Diese Gruppe war eine Vertretung des Großbürgertums, grenzte sich gegen die Aristokratie ab und vertrat damit vor allem die Wirtschaft, Intellektuelle und Besitzende und bot allen, die etwas beizutragen hatten, ein Diskussionsforum.²⁹⁹ Natürlich waren die Interessen und Meinungen innerhalb dieser Gesellschaft sehr unterschiedlich, auch Sprecher aller Parteien nahmen an den Diskussionen teil. Viele Sprecher waren z.B. für das Mitteleuropakonzept von Naumann, kurz, es war *„ein Sammelpunkt unabhängiger Männer, denen das allgemeine Wohl am Herzen lag.“*³⁰⁰ Der erste Präsident war der Nationalökonom Friedrich von Wieser³⁰¹. Auch Adelige nahmen an den Runden teil, so wurden sie zu *„einem Spiegelbild der guten Wiener Gesellschaft.“*³⁰² Differenzen gab es immer wieder zwischen den Wirtschaftsleuten und den Wissenschaftlern. Die Wiedereröffnung des Reichsrates wurde von den meisten gutgeheißen. Nachdem die Differenzen sich immer mehr verstärkten, kam es im Juni 1917 zu einer Teilung der Gesellschaft in drei Sektionen: in eine allgemein politische, eine wirtschaftspolitische und in eine kulturpolitische Sektion. Viele Fehler der Verfassung und der Regierung wurden klar erkannt: So wurden im Juni 1917 die nationalen Probleme angesprochen, Josef Redlich bestärkte die Notwendigkeit der Reformen und gab

²⁹⁷ Kosnetter, Seidler, 45

²⁹⁸ Julius Meinl II., 1869- 1944, Kaufmann.

²⁹⁹ Birgitt Morgenbrod, Wiener Großbürgertum im Ersten Weltkrieg. Die Geschichte der „Österreichischen Politischen Gesellschaft“ (1916- 1918) (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs; Band 85, Wien/Köln Weimar 1994)

³⁰⁰ Morgenbrod, ö. Politische Gesellschaft, 47

³⁰¹ Friedrich von Wieser, 1851- 1926, Herrenhausmitglied, Begründer der österreichischen Schule der Nationalökonomie

³⁰² Morgenbrod, ö. Politische Gesellschaft, 58

den Deutschen die Schuld an der schlechten Gesprächsbasis³⁰³ - was schlussendlich auch zu seinem Ausschluss aus dem Nationalverein beitrug. Ernst Viktor Zenker³⁰⁴ betonte die Notwendigkeit demokratischer Reformen und Rudolf Lodgman von Auen³⁰⁵ betonte die Notwendigkeit der Schaffung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker der Monarchie und der Distanzierung vom Deutschen Reich.³⁰⁶ Karl Renner betonte, dass das Handeln der Regierung zum Misstrauen der Slawen und zu der Erkenntnis, die „*Deutschen seien Unterdrücker der anderen Nationen*“³⁰⁷ führen müsse. Eine neu ins Leben gerufene Friedensbewegung mit Meinl und Lammasch wollte eine Friedensversammlung einberufen.³⁰⁸ An einer Friedensresolution beteiligen sich auch Vertreter anderer Nationen.

So waren die Wortmeldungen und Vorschläge sehr unterschiedlicher Natur, Julius Meinl war bald mit seiner Gruppe sehr isoliert. Der sich wieder verstärkende deutschnationale Einfluss ließ die Bewegung mehr in das konservative Lager abgleiten. Trotzdem wurde die „*Schicksalsgemeinschaft mit Deutschland*“³⁰⁹ bei der Fortdauer des Krieges von vielen immer kritischer gesehen. Vor allem die deutsche Überheblichkeit ließ Bedenken aufkommen. So sprach Hermann Bahr von den Deutschen als „*Erwerbsdeutsche, Gewaltdeutsche, Betriebsdeutsche... gottlose und selbstvermessene Geschöpfe*“.³¹⁰ Und Hugo von Hofmannsthal nannte bei einem Vergleich von Preußen und Österreichern erstere „*selbstgerecht, anmaßend, schulmeisterlich*“ und idealisierte die Österreicher. Die Aufbruchsstimmung unter Kaiser Karl jedoch sah er als „*patriotisch – österreichisch und gegen den national-deutschen Flügel gewandt*“ an.³¹¹

Eine „*Beratungsgruppe für den Wiederaufbau Österreichs im Hinblick auf Verfassung und Verwaltung*“³¹² wurde ins Leben gerufen, in der der deutsche Universitätsprofessor Friedrich Wilhelm Foerster, Dr. Max Freiherr von Hussarek-

³⁰³ Morgenbrod, ö.Politische Gesellschaft, 114

³⁰⁴ Ernst Viktor Zenker, 1865- ?, Jurist, Schriftsteller, Reichsratsabgeordneter

³⁰⁵ Rudolf Lodgman von Auen, 1877- 1922, sudetendeutscher Politiker

³⁰⁶ Morgenbrod, ö.Politische Gesellschaft, 117

³⁰⁷ Morgenbrod, ö.Politische Gesellschaft, 117

³⁰⁸ Morgenbrod, ö.Politische Gesellschaft, 133

³⁰⁹ Morgenbrod, ö.Politische Gesellschaft, 190

³¹⁰ Morgenbrod, ö. Politische Gesellschaft, 191

³¹¹ Morgenbrod, ö. Politische Gesellschaft, 192

³¹² Peter Broucek, Karl I. (IV.). Der politische Weg des letzten Herrschers der Donaumonarchie. (Wien 1997), 177

Heinlein, Dr. Ignaz Seipel, der Publizist Benno Karpeles³¹³ und Dr. Heinrich Lammasch an einem föderalistischen Verfassungsentwurf arbeiteten.³¹⁴ Ihr Einfluss auf die wirkliche Politik war jedoch sehr gering.

8.3. Hussareks politische Vorstellungen und Pläne

Nach der Verabschiedung des Budgets auf parlamentarischem Weg waren es vor allem drei Problemfelder, die Hussarek einer Lösung zuführen musste: Das Problem der polnischen Vereinigung, die Südslawenfrage und dann meinte er, dass sich die Lösung des böhmischen Dilemmas von selbst ergeben müsste.

Hussarek wollte aus innenpolitischen Gründen auf die Entwürfe von Innenminister Handel zurückgreifen. Diese sahen jedoch nur eine autonome Stellung für Galizien im Rahmen der „*im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder*“ vor. Damit fürchtete man jedoch Anschlussbestrebungen der Polen Galiziens an ein unabhängiges Polen auszulösen. Hussarek wollte mit dem Verfolgen der „Austropolnischen Lösung“ die Mehrheitsverhältnisse im Reichsrat verändern, um Reformen leichter durchzubringen, unglückseligerweise zugunsten der Deutschen im Parlament. Das musste für die im Reichstag vertretenen anderen Nationalitäten einen argen Rückschlag bedeuten, denn dann konnten z.B. die Tschechen nicht mehr auf Änderungen zu ihren Gunsten rechnen.

Im Sommer 1918 waren die Berichte aus Galizien sehr unterschiedlich. Während die Militärbehörden das Land vor einer sozialen und nationalen Revolution sahen, berichtete der Statthalter Karl Graf Huyn³¹⁵ nichts von einer Gefahr, alles sei ruhig im Land.³¹⁶ Die Zivilverwaltung lehnte jedes militärische Eingreifen ab, vor allem deshalb, um die Unruhen nicht wieder zu schüren. Große Demonstrationen hatte es nach dem Friedensschluss von Brest- Litowsk gegeben, und daran hatten auch viele Beamte teilgenommen, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Daher konnten Berichte an Wien nicht als ganz objektiv angesehen werden. Und schon am 3. Juni hatten die Ententemächte die Gründung eines selbständigen polnischen Staates angekündigt.³¹⁷

³¹³ Benno Karpeles 1868- 1938, Sozialdemokrat, Konsumgenossenschafter, Publizist und Herausgeber, Gründer der Hammerbrotwerke

³¹⁴ Broucek, Karl, 177

³¹⁵ Karl Georg Graf Huyn, 1857- 1938, 1917- 1919 Militärgouverneur in Galizien

³¹⁶ Rumpler, Hussarek, 38

³¹⁷ Rumpler, Dissertation Hussarek, 66

Klerus und Beamtenschaft in Galizien waren sehr national- polnisch eingestellt. Und vor allem wurden die militärischen polnischen Truppen immer unzuverlässiger. Deserteure aus der ehemaligen polnischen Legion, von Pilsudski begründet, bekamen von den Beamten sogar Pässe für die Ausreise nach Rußland ausgestellt. Nach den widersprüchlichen Berichten wurde die Situation in Wien falsch beurteilt und Galizien entglitt immer mehr den Wiener Behörden. Trotzdem ließ Hussarek Mitte September 1918 wieder die autonome Gemeindeverwaltung, die seit Kriegsbeginn aufgehoben war, zu. Wichtig war für ihn die Unterstützung der polnischen Abgeordneten im Reichsrat. Zwischen den polnischen Parteiführern im Land und den Abgeordneten im Reichsrat gab es jedoch gewaltige Spannungen. Besonders der Klubobmann Dr. Tertil wurde wegen seiner Annäherung an die Deutschen scharf kritisiert. Man erwartete nichts mehr von den Mittelmächten, jedoch alles von der Entente, die sogenannte „Allpolnische Richtung“³¹⁸ gewann Ende September 1918 die Oberhand.

Die revolutionäre Stimmung wurde unterstützt und getragen von der militärischen Untergrundbewegung POW (Polska Organizacja Wojskowa), gegründet von Pilsudski mit dem nationalen Wunsch nach einem eigenen Heer.³¹⁹ Diese Truppen, Deserteure und entlassene Kriegsgefangene suchten nun Anschluss an die Entente und organisierten den Widerstand. Besonders zeigt sich die nachgebende Haltung des Kaisers und der Regierung beim Prozess von Marmaros–Szigeth gegen meuternde polnische Legionäre vom Februar 1918 nach dem Frieden von Brest-Litowsk. Der Prozess gegen die Aufständischen wurde eingestellt, entgegen allen militärischen Regeln, weil es die politische Notwendigkeit so ergab und weil man die polnische Bevölkerung für die „Austropolnische Lösung“ freundlich stimmen wollte. Doch in Galizien war die Stimmung schon so gegen die Habsburger aufgeheizt, dass man alle Zugeständnisse als Zeichen der Schwäche wertete.

Die Lösung der polnischen Frage blieb jedoch auch zwischen Wien und Berlin stecken. Die Deutschen wollten ein kleines Polen schaffen, das für Deutschland keine Gefahr darstellen konnte. Und Ungarn war auch nur dann mit der austropolnischen Lösung einverstanden, wenn als Kompensation Bosnien–Herzegowina an Ungarn fallen würde, war doch die geplante Lösung ein Anschlag gegen den Dualismus. Und wenn in Polen in der ersten Jahreshälfte die Meinung

³¹⁸ Rumpler, Dissertation Hussarek, 78

³¹⁹ Rumpler, Hussarek, 44

noch mehrere Lösungen offen ließ, da man sich von Österreich mehr erhoffte als von Deutschland, so setzte man nach den Versailler Beschlüssen vom 3. Juni 1918 nun immer mehr auf die Entente. Auch war die souveräne Stellung Polens in einer austro- polnischen Personalunion nie klar zur Sprache gekommen.

Am 13./14. August fanden wieder Verhandlungen in Spa statt. Tage vorher wurde der polnische Diplomat Radziwiłł nach Berlin beordert und unter Druck gesetzt, ein militärisches Bündnis mit Berlin abzuschließen. Auch Gebietsforderungen im Falle der austropolnischen Lösungen wurden angekündigt. Diese Drohungen trieben die Polen noch mehr ins Lager der Entente, da man die Schwäche und Abhängigkeit Österreichs sah. Krakau näherte sich Warschau danach immer mehr an. Frankreich brachte die endgültige Entscheidung, indem es am 28. September die polnische Armee unter General Józef Haller als Krieg führend an der Seite der Entente anerkannte.³²⁰

In Böhmen wurde am 13. Juli 1918 der „Nationalausschuss“ neu konstituiert mit der Aufgabe, in einem neuen selbständigen Staat „Tschechoslowakei“ die Regierung zu übernehmen.³²¹ Es war dies ein Sieg der radikalsten tschechischen Partei, der „Staatsrechtlichen Demokratie“ unter Dr. Karel Kramář. Masaryk zog von Paris aus die Fäden. Hussarek, der eine Woche später seine Regierungstätigkeit begann, musste den Deutschen jedoch schon vor seinem Regierungsantritt verschiedene Zugeständnisse machen.

Innerhalb der tschechischen Parteien gab es zwei große Gruppen: Die Aktivisten waren bereit, mit Österreich zu verhandeln, sie waren aber nur mehr eine sehr kleine Gruppe. Die Passivisten lehnten alle weiteren Verhandlungen ab. Paradox war, dass gerade diese Extremgruppe darauf achtete, dass der Wiener Reichstag als Bühne für ihre internationale Präsentation erhalten blieb. So konnte die Regierung in Prag in keiner Weise eingreifen, weil sie sofort eine Lawine ausgelöst hätte.

Nachdem die Ententemächte die tschechische Exilregierung anerkannt hatten, wollte Hussarek sofort reagieren, indem er die Grundlagen für eine Trennung der deutschen und tschechischen Gebiete in die Wege leitete. Erster Schritt war die tatsächliche Schaffung des Kreisgerichtes Trautenau in Nordböhmen, eine Trennung

³²⁰ Rumpler, Hussarek, 64

³²¹ Neue Freie Presse vom 14. Juli 1918, 3

der deutschen und tschechischen Justiz und schon seit Jahrzehnten gefordert. Diese Regelung sollte jedoch erst mit 1. Jänner 1919 in Kraft treten.³²²

Auch die autonome Verwaltung wurde durch die Teilung der „Landesverwaltungskommission“ in eine tschechische und eine deutsche Institution angepasst.³²³ Dabei ging es vor allem um eine unabhängige Finanzverwaltung. Gesetzgebende Tätigkeiten waren durch die Auflösung des Landtags schon seit der Regierung Stürgkh nicht mehr möglich.

Als eigentliches Ziel von Hussareks Vorarbeiten sieht Rumpler eine *„territoriale Autonomie auf Grund der neuen Kreiseinteilung in allen Verwaltungszweigen und selbstverständlich in kultureller Hinsicht, aber unter Beibehaltung der alten Kronlandsgrenzen“*³²⁴. Dafür liefen die Vorarbeiten in allen Ministerien bis zum Ende der Monarchie.

Hussarek sah die Lösung des Südslawischen Problems als größtes Problem an und war sehr bemüht, hier eine Lösung zu finden. Es ging vor allem darum, gegen den „Jugoslawismus“ aufzutreten. In den meisten historischen Werken über diese Zeit wird der ungarische Widerstand als ursächlich für das Scheitern der südslawischen Lösung angesehen. Es war jedoch vielmehr so, dass beide Reichshälften ihr Tabuthema hatten. Ungarn forderte für die Parität im Reich Bosnien-Herzegowina als Ausgleich für die austropolnische Lösung, die aber schon lange nicht mehr zur Diskussion stand. Ungarn stand vor allem strikt gegen eine territorialistische Lösung, da es keinerlei Landverluste hinnehmen wollte und nicht bereit war, Kroatien zu „entlassen“. Kaiser Karl hatte in seinem Krönungseid gelobt, Ungarn vor allen Gebietsverlusten zu schützen, und er musste daher auf der Seite Ungarns stehen. Nur eine freiwillige Aufgabe Kroatiens hätte hier eine Lösung bringen können, aber weder Wekerle noch der „mächtige Mann“ Tisza sahen diese Notwendigkeit. Außerdem waren die innenpolitischen Probleme im Land sehr groß und eine Revolution in Folge war sehr wahrscheinlich.

Doch auch die österreichische Reichshälfte hatte ihre Probleme – und die gingen wie immer von den Deutschen aus. Natürlich wünschten auch die Slowenen, in ein südslawisches Reich eingegliedert zu werden. Doch auf ihrem Gebiet lebten viele Deutsche, die nicht in ein slawisches Reich integriert werden wollten. Noch

³²² Rumpler, Hussarek, 70

³²³ Rumpler, Hussarek, 73

³²⁴ Rumpler, Hussarek, 77

mehr waren es aber wirtschaftliche Gründe die Wien davon abhielten, diesen Gedanken überhaupt ins Auge zu fassen: Triest war „der“ Hafen der Monarchie, und der Weg nach Triest führte über slowenisches Gebiet.

Schlimm dabei war, dass man zwar die Wünsche dieser Völker nur mit eigenen Augen sah. Gleichzeitig war man aber davon überzeugt, dass die Maideklaration von 1917 mit seiner Loyalitätserklärung gegenüber dem Kaiserhaus auch bei Nichterfüllung der Wünsche aufrecht sei. Die Stimmung und vor allem die Parteienlandschaft hatte sich jedoch verändert: Gegensätze zwischen Dr. Ivan Šusteršič, dem Landeshauptmann in Laibach und den Reichsratsabgeordneten Dr. Krek und Korošec hatten zu einer Neugründung der Slowenischen Volkspartei geführt. Auch Fürstbischof Bonaventura Jeglič schloss sich dieser Gruppe an. Da sich auch die National-Fortschrittliche Partei für ein geeintes „Jugoslawien“ aussprach, war der konservative Kurs überwunden. Man setzte nicht mehr auf den Kaiser, sondern auf die Entente. Am 17. August 1918 kam es in Laibach zum Zusammenschluss zum slowenischen Volksrat als Teil des noch zu gründenden Südslawischen Nationalausschusses in Zagreb.³²⁵ Über die Angliederung fiel keine endgültige Entscheidung. Jeglič und ein Grossteil der Bevölkerung standen noch loyal zum Herrscher. Rumpler untersuchte einen Briefwechsel zwischen Hussarek und Bischof Jeglič und zeigte dabei auf, wie viele Slowenen doch noch mit einer Lösung innerhalb der Habsburgermonarchie rechneten. Nach heftigen Protesten der Deutschen hätte die Regierung jedoch höchstens ein „gemischtsprachiges Gebiet“ außerhalb eines südslawischen Gebietes zugelassen - und das, obwohl in Krain bei der Volkszählung 1910 über 94 % Slowenen gezählt worden waren.³²⁶

Auch bei den Kroaten hatte sich einiges geändert. Jedoch bestand die Gefahr, dass sie einen Ausgleich mit Ungarn anstreben könnten. Und um den Banus Mihalovich von Kroatien gab es eine Krise: Der Kaiser und Wekerle wollten seine Demission. Auch hier gab es verschiedene Ziele, die konservative Kroatische Rechtspartei wollte ein freies Kroatien innerhalb der Monarchie. Der Banus unterstützte jedoch den „Jugoslawismus“. Für Dalmatien forderte der „Landesausschuss“ eine Vereinigung von Dalmatien mit Bosnien-Herzegowina und Kroatien-Slawonien.

³²⁵ Rumpler, Hussarek, 84

³²⁶ Rumpler, Hussarek, 87

In Bosnien-Herzegowina herrschte nach außen hin Ruhe. Die Verwaltung wurde gut geführt durch den Landeschef Freiherrn Sarkotić von Lovćen, jedoch die Gefahr des Jugoslawismus wurde auch von ihm gesehen. Er forderte schon im März 1918 ein „Südslawisches Reich“. Nur die konsequente Einführung desselben mit allen Südslawen der Monarchie hätte den Jugoslawismus aufhalten können.

Auch Kaiser Karl wollte sich in die Diskussionen einmischen. Um vor allem in Bosnien-Herzegowina etwas weiterzubringen, ernannte er den Freiherrn Andreas von Spitzmüller- Harmersbach zum gemeinsamen Finanzminister; bis jetzt hatte Außenminister Burian³²⁷ diese Agenden mit geführt. Nun war Spitzmüller für Bosnien zuständig und unternahm auch gleich eine Reise in diese Länder. Jedoch auch Tisza war von Karl nach Sarajevo gesandt worden - er sollte die Notwendigkeit einer Lösung erkennen, indem er sich über die Zustände dort informierte. Tizas Auftritt brachte einen Bruch mit den Serben. Die Kriegslage hatte sich geändert, und daher mussten sie nicht mehr falsche Wünsche vorspielen. Für die meisten Serben der Monarchie war die Deklaration von Korfu und damit der Wunsch nach einem Südslawischen Staat unter der serbischen Dynastie vorrangig, wenn auch nicht offiziell ausgesprochen.

Die Ungarn waren nur von einer subdualistischen Lösung zu überzeugen, bei der es praktisch zu einer Vergrößerung ihres Herrschaftsgebietes gekommen wäre. Für die südslawischen Völker jedoch war die ungarische Herrschaft eher abschreckend.

8.4. Außenpolitische Lage – Beziehungen zum Deutschen Kaiserreich

Nach den außenpolitischen Misserfolgen des 19. Jahrhunderts wurde das „Jubiläum“ 1908 (Kaiserjubiläum) und der vorerst positive Ausgang der Annexionskrise mit einer „Hochstimmung“ begrüßt. Vom Ausland jedoch wurde dieser Erfolg, der erste Landgewinn nach vielen Verlusten, unterschiedlich beurteilt. Doch gerade dieser scheinbare Erfolg erschwerte die Sicherheit der Monarchie. Der russische Außenminister Aleksej Iswolsky hatte zwar mit Graf Ährenthal³²⁸ in Buchlau die Duldung dieses Schritts besprochen, doch Rußland stand nicht hinter seinem Außenminister und dieser stand nicht hinter seinen Versprechungen. Als Ährenthal die Gefahr erkannt hatte, tat er alles, um den „status quo“ zu erhalten und

³²⁷ Graf István Burián- Rajecz, 1851- 1922, Nachfolger Czernins

³²⁸ Graf Aloys Lexa von Aehrenthal, 1854- 1912, Diplomat und Außenminister 1908

ein Wettrüsten hintanzuhalten. Es gelang ihm sogar, die vorübergehende Abberufung des österreichischen Generalstabschefs Conrad von Hötzendorf durchzusetzen. Dieser war in jeder Krisensituation sehr schnell mit dem Wunsch nach „Präventivschlägen“ zur Hand gewesen.

Sehr verworren war auch die europäische Bündnispolitik. Es wurden Vereinbarungen getroffen, doch kein Land traute seinem Bündnispartner so richtig. Die Annexionskrise hatte großes Misstrauen der Habsburgermonarchie gegenüber gebracht. Die anderen Mächte beschuldigten Österreich, eine Vorherrschaft auf dem Balkan aufrichten zu wollen. Rußlands Interesse am Balkan wuchs! Ein Zusammenbrechen des Vielvölkerstaates schien vielen Politikern nicht ausgeschlossen. Für Kaiser Franz Joseph war der Beweggrund bei allen Kriegen eine Verteidigung seiner Rechte als eine Sache seiner Ehre. Die Bedrohung kam vor allem von den südlichen Nachbarn, solange die Großmächte jedoch für keine Seite Partei ergriffen und sich heraushielten, blieb das Heer diesen Konflikten gewachsen. Einen kleineren Gegner in Schach zu halten war möglich, bei einem Eingreifen einer der Großmächte war jedoch die Unterstützung (z.B. des Deutschen Reiches) nötig. F.Roy Bridge³²⁹ sieht für die Habsburgermonarchie drei Möglichkeiten, den Gefahren aus dem Süden zu begegnen.

1. Durch „Belohnungen“ vor allem wirtschaftlicher Art hätte man die Einflussosphäre auf die „Nachbarn“ auszudehnen können. Diese Bemühungen wurden jedoch durch ungarische Forderungen nach Schutzzöllen beeinträchtigt. Auch der sogenannte „Schweinekrieg“ von 1906-1911, ein Zollkrieg mit Serbien, wurde durch den Wechsel der Serben zu anderen Handelspartnern zu einem Misserfolg.

2. Es könnte gelingen, die Hilfe der Großmächte vor allem zur Eindämmung des russischen Einflusses zu gewinnen

3. Österreich könnte eine Basis zur Zusammenarbeit gegen den Nationalismus auf dem Balkan mit Rußland finden. Die serbische Seite fürchtete den Regierungsantritt von Franz Ferdinand, da dieser durch seine innenpolitischen Reformideen unter Umständen eine Entspannung der Lage gebracht hätte.

1912 verstarb Außenminister Ährenthal, der sehr autoritär in der Führung seines Amtes gewesen war. Sein Nachfolger war Leopold Graf Berchtold-Ungarschitz(1863- 1942). Dieser war eher ein wenig unsicher und sehr leicht zu

³²⁹ F. R. Bridge, Die Außenpolitik der Donaumonarchie, in Mark Cornwall (Hg.), Die letzten Jahre der Donaumonarchie. Der erste Vielvölkerstaat im Europa des frühen 20. Jahrhunderts. (Essen 2002), 27

beeinflussen. Franz Ferdinand und Conrad von Hötzendorf waren nun wieder eher bereit, mit Gewalt zu drohen, man war überzeugt von der „*Großmacht der Donaumonarchie*“.³³⁰ Die Lage auf dem Balkan verschärfte sich sehr stark. Berchtold wollte eine internationale Zusammenarbeit erreichen, er war 1908 Botschafter in St. Petersburg gewesen und hatte die Folgen der österreichischen Eigenmächtigkeit in der Annexionskrise stark zu spüren bekommen. Die Londoner Botschafterkonferenz 1912/13 billigte die Bildung des Staates Albanien, doch schon bei der Grenzziehung war man sich nicht mehr einig - so endete die Gründung 1913 mit der Skutarikrise. Montenegro forderte die fruchtbare Ebene um den Skutarisee und damit auch den Zugang zur Adria. Montenegro wurde von Rußland unterstützt, hinter Albanien stand Österreich–Ungarn. Als Begründung wurde vorgeschoben, dass in dem Gebiet ein katholischer Stamm lebe, für den Österreich schon seit 1615 das Kultusprotektorat inne hatte, das auch bei den Friedensschlüssen von Karlowitz 1699, Passarowitz 1718 und Belgrad 1739 bestätigt worden war.³³¹ Die Großmächte entschieden bei der Londoner Botschafterkonferenz im Mai 1913 für Albanien, und Rußland fürchtete die Kriegsgefahr und wirkte auf Montenegro zum Nachgeben ein. Am 4. Mai 1913 wurde Skutari an die Großmächte übergeben, am 30. Mai 1913 der Londoner Vertrag abgeschlossen.

Die Staaten auf dem Balkan nahmen die Neuorientierung in den Balkankriegen selbst in die Hand. Die Großmächte konnten nur mehr zusehen! Ultimaten wurden gestellt, mit militärischem Eingreifen gedroht. Alle Mächte vergrößerten ihre Heere und mobilisierten.³³² Selbst die Differenzen mit dem Dreibundpartner Italien nahmen immer mehr zu, und das österreichische Schreckgespenst war ein neuer Balkanbund.

1914, nach dem Mord von Sarajevo war eine diplomatische Lösung nicht mehr möglich- das Bündnissystem trat voll in Aktion. Deutschland stärkte vor dem Ultimatum Österreich voll den Rücken für die Vergeltungsschritte der Monarchie. Natürlich erwarteten sich die Deutschen damit auch mehr Einfluss auf Österreich. Doch Österreich ließ sich mit den weiteren Schritten zu lange Zeit, die Gegner hatten viel Zeit für die Aufrüstung, und so führten schon die ersten Kampfhandlungen und ein Streit mit der deutschen Heeresführung ganz rasch zu einem Zusammenbruch

³³⁰ Bridge, Außenpolitik, 38

³³¹ Katrin Boeckh, Von den Balkankriegen zum Ersten Weltkrieg. Kleinstaatpolitik und Ethnische Selbstbestimmung auf dem Balkan (Südosteuropäische Arbeiten, Band 97) (Oldenburg 1996) , 46

³³² Bridge , Außenpolitik 40/41

der österreichischen Armee. Bridge zitiert zu der furchtbaren Schlacht von Lwow (Lemberg) Norman Stone³³³ „die Deutschen hatten diesen Wettbewerb um deutsche Treue gewonnen, und Österreich-Ungarn verblutete, um Berlin zu verteidigen“.³³⁴

Das Deutsche Reich hatte guten Grund, die Habsburgermonarchie weiter den eigenen Kriegszielen, dem erwarteten „Siegfrieden“ unterzuordnen. Jede neue Niederlage der Habsburgerarmee verstärkte die Abhängigkeit vom Deutschen „Bruder“, machte die Erhaltung des Reiches als Vielvölkerstaat und Großmacht unmöglicher. Die Deutschen verlangten bald ein gemeinsames Oberkommando, aber auch die Abtretung von Gebieten der Habsburgermonarchie, z. B. des Trentino an Italien, um die Feinde zu befriedigen und den Kriegseintritt der Italiener zu verhindern. Die eigenen Kriegsziele und die von Deutschland besetzten Gebiete jedoch standen nicht zur Diskussion: das überfallene Belgien, Elsaß-Lothringen... .

Ein Streitpunkt war auch die polnische Frage: 1916 war die deutsche Regierung (Bethmann-Hollweg) noch für die österreichisch- polnische Lösung, d.h. die Schaffung eines polnischen Staates durch den Zusammenschluss von Russisch-Polen und Galizien als eigenes Königreich in Verbindung mit Österreich. Damit wären die Deutschen in der Habsburgermonarchie durch das Ausscheiden der Polen aus dem Reichsrat gestärkt worden. Doch schon 1916 kam es darüber zu Konflikten, das Deutsche Reich wollte nun doch ein selbständiges Polen unter deutschem Einfluss, vor allem ging es um westpolnische Gebiete mit reichen Bodenschätzen. Am 7. November 1916 sandte Hindenburg³³⁵ ein Telegramm folgenden Inhalts an Reichskanzler Bethmann-Hollweg: *„Das Nichteinmischen in die inneren Verhältnisse Österreich-Ungarns vor dem Krieg und während desselben hat unsere Kriegsführung auf Tritt und Schritt erschwert. Scheuen wir auch weiterhin vor einem solchen Einmischen, da, wo unsere Interessen unmittelbar in Frage kommen, zurück, so geben wir damit die Hoffnung auf eine Stärkung Österreich-Ungarns endgültig auf und es entsteht die Frage, warum wir uns überhaupt noch für Österreich schlagen.“*³³⁶

Zu einer schlimmen Wende kam es im Herbst 1916: Rumänien besetzte Siebenbürgen. Deutsche militärische Hilfe war nötig. Österreich war nur mehr Zuschauer bei deutschen Entscheidungen: bei der Forcierung des U-Bootkrieges, bei

³³³ Norman Stone, geb. 1941, britischer Historiker

³³⁴ Bridge, Außenpolitik, 45

³³⁵ Paul von Hindenburg- Beneckendorff, 1847- 1934, deutscher Generalstabschef

³³⁶ Zbynek Zemann, Der Zusammenbruch des Habsburgerreiches 1914- 1918 (Wien 1963), 121

der deutschen Antwort auf ein Friedensangebot Wilsons. Kaiser Karl wurde nur von den Tatsachen informiert, die Entscheidungen wurden im deutschen Hauptquartier getroffen. Die wichtigsten Männer im Deutschen Reich waren Paul von Hindenburg, seit 29. August 1916 Chef des deutschen Generalstabs und sein Stabschef Erich Ludendorff³³⁷. Hindenburg war seit der Schlacht bei Tannenberg am 29. August stetig aufgestiegen, er selbst war aber eher ein Mythos und erbrachte wenig Leistungen. Gemeinsam mit Ludendorff hatte er einen Militärstaat geschaffen. Erich Ludendorff stieg als erfolgreicher Kommandant zum intellektuellen Chef und Stellvertreter Hindenburgs auf. Die beiden übten immer stärker eine Militärdiktatur aus und waren hauptverantwortlich für die Niederlage - auch wenn sie versuchten, dieselbe auf die „Dolchstoßlegende“ durch die deutsche Revolution zu schieben.³³⁸ Ludendorffs Kriegsziele wären über das Ergebnis von Brest-Litowsk noch hinausgegangen: er wollte Estland, Finnland, Livland und die Ukraine besetzen und bis St. Petersburg vordringen. Auch war er mitverantwortlich für die Rückkehr Lenins nach Rußland.

Es war eben die Zeit des Regierungsantritts von Kaiser Karl und Außenminister Czernin. Anfänglich hatten beide das gleiche Ziel, möglichst bald Frieden zu schließen. Beide jedoch waren zu unerfahren auf ihren Posten. Karl versuchte über seinen Schwager Sixtus zum Frieden zu gelangen. Der Fehlschlag dieses Versuchs- durch den Verrat Czernins sollte sich 1918 für die Einstellung der Ententemächte zum Weiterbestand der Monarchie zerstörend auswirken.

In vollem Ausmaß zeigte sich die deutsche Gefahr für die Habsburgermonarchie bei den Friedensverhandlungen von Brest- Litowsk. Es stand das „Selbstbestimmungsrecht der Regierungen“ von deutscher Seite dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“³³⁹ bei den Bolschewiken gegenüber. Czernins einziger Erfolg, der „Brotfrieden“ mit der Ukraine, musste durch territoriale Zugeständnisse erkaufte werden. Den deutschen Diktatfrieden mit Rußland im März und mit Rumänien im Mai durfte Österreich nur mehr unterschreiben. Die Wirkung auf die österreichischen Nationalitäten, vor allem auf die Polen, war katastrophal- die

³³⁷ Erich Ludendorff, 1865- 1937, preußischer Generalquartiermeister

³³⁸ Die Dolchstoßlegende - vor allem von Hindenburg propagiert - sollte vor allem vor der deutschen Zivilbevölkerung die Schuld an der Niederlage verschleiern und sie von den Militärs auf die Vertreter in der Zivilbevölkerung schieben, auf Feindbilder wie Sozialdemokraten, Juden, Pazifisten... Das Heer sei demnach so diese Lüge- unbesiegt geblieben!

³³⁹ Bridge, Außenpolitik 54

Mitglieder des Polenklubs waren im Parlament bisher meist Unterstützer der Regierungen gewesen und hatten oft zur Durchsetzung der Budgets beigetragen.. Und die Ententemächte mussten erkennen, dass von der Habsburgermonarchie kein ausgleichender, mäßigender Einfluss auf das Deutsche Reich zu erwarten war. Die Stimmen, die sich für eine „Bewahrung des Vielvölkerreiches“ einsetzten verstummten immer mehr.

Bridge meint in ihrem Aufsatz, dass noch im Jänner 1918 mit einer gänzlichen Änderung der österreichisch- ungarischen Außen- und Innenpolitik ein anderer Ausgang des Krieges möglich gewesen wäre (die Meinungen zu dieser Tatsache sind bei verschiedenen Politikern und Historikern sehr unterschiedlich!). Für alle Verantwortlichen war jedoch das Beharren auf dem status quo, dem Dualismus, das wichtigste Ziel und besonders die Ungarn verfolgten es sehr engstirnig. Karl wieder wollte nicht wortbrüchig werden.

Viel Einfluss hatte die Änderung der amerikanischen Außenpolitik. 1914 war Constantin von Dumba der Gesandte Österreich-Ungarns in den USA, William J. Bryan war amerikanischer Außenminister. Die beiden hatten eine gute Gesprächsbasis.³⁴⁰ Am 8. November 1915 wurde Dumba abberufen, Adam Graf Tarnowski zu seinem Nachfolger ernannt, jedoch nicht mehr akkreditiert. Neuer amerikanischer Außenminister war Robert Lansing geworden, der sehr antideutsch und antiösterreichisch eingestellt war. 1916 kam es zwar noch zu einem amerikanischen Friedensangebot, jedoch der von Deutschland erklärte „uneingeschränkte U- Bootkrieg“ verschärfte die Lage und führte zum amerikanischen Kriegseintritt. Am 7. Dezember 1917 wurde auch an die Habsburgermonarchie von Seiten der USA der Krieg erklärt. Alle Friedenssondierungen, die von Gruppen und Einzelpersonen versucht wurden, waren nun zum Scheitern verurteilt.³⁴¹

Wilson begründete ein Beratungsgremium mit 150 Fachleuten. Am 8. Jänner 1918 ließ er seine vierzehn Punkte veröffentlichen, in denen er in Punkt 10 das

³⁴⁰ Nach Peter Emberger, Woodrow Wilson und der Untergang der Habsburgermonarchie, (Wien 1999, Diplomarbeit)

³⁴¹ Gespräche führten Dr. Heinrich Lammasch mit dem Berater Wilsons Walter Herron, der südafrikanische General Jan Christian Smuts mit Albert Graf Mensdorff- Pouilly- Dietrichstein, Abel Comte Armand mit Nikolaus Graf Revereta di Salandra in der Schweiz, die Meinungsgruppe setzte Friedensvermittlungen- siehe Seite 66, alles angeführt in Emberger, Wilson

Selbstbestimmungsrecht der Völker und Autonomie für die Völker der Habsburgermonarchie forderte.

Im April 1918 fand in Rom, von Henry Wickham Steed organisiert, ein „Kongress der unterdrückten Völker Österreich-Ungarns“³⁴² statt, dessen Ergebnis, der Vertrag von Rom, die Aufstellung nationaler Armeen und die Bildung von Nationalkomitees in den Ententestaaten festlegte. Gleichzeitig änderte sich durch das Auffliegen der Sixtusaffäre die Einstellung von Frankreich, Großbritannien und der USA zur Habsburgermonarchie. Eine positive Einflussnahme Österreichs auf das Deutsche Reich wurde nun nicht mehr erwartet und die Auflösung der Habsburgermonarchie war durch die nun bald folgende Anerkennung der Nationalkomitees beschlossene Sache. Der eigentliche Kurswechsel war nach dem Treffen von Kaiser Wilhelm mit Kaiser Karl in Spa am 12. Mai 1918 sehr wahrscheinlich geworden.

Jedoch auch die Kriegslage hatte sich im Sommer 1918 stark verändert: die deutschen Angriffe in Nordfrankreich und der österreichische Angriff in Norditalien waren gescheitert. Die gegnerischen Mächte – verstärkt durch amerikanische Truppen fühlten sich sehr stark und waren zu Friedensgesprächen nicht bereit. Am 4. Juli 1918 stellte Wilson in einer Rede seine Forderungen und Ziele für Friedensgespräche vor: *„Diese großen Ziele können wir in einem Gedankengang zusammenfassen: Wir streben nach der Herrschaft des Rechtes, gegründet auf die Zustimmung der Regierten und gestützt durch die organisierte Meinung der Menschheit. Die großen Ziele kann man erreichen, indem man die Wünsche und Pläne der Staatsmänner erörtert und in Angriff nimmt. Sie können nur verwirklicht werden durch eine Übereinstimmung der Wünsche der denkenden Völker der Welt mit ihrer Sehnsucht und Hoffnung auf Gerechtigkeit.“*³⁴³ Der Außenminister der Monarchie Burian versuchte weiter, Gespräche über die zukünftige Ordnung anzuregen - es misslang.

Aus Burians Aufzeichnungen geht jedoch auch hervor, dass die Verantwortlichen der Habsburgermonarchie die Lage ganz falsch einschätzten: zu einer Zeit, wo sich unter Lansing die Vorstellungen über den Weiterbestand total geändert hatten, glaubten sie fest an den Weiterbestand. Am 14. August 1918 waren

³⁴² Emberger, Wilson , 49

³⁴³ Zitiert in Stephan Graf Burian, Drei Jahre. Aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege.(Berlin 1923

Kaiser Karl, Außenminister Burian und Generalstabschef Freiherr von Arz³⁴⁴ abermals in Spa. Ihr Ziel war es Kaiser Wilhelm und die deutsche Regierung von der Notwendigkeit des baldigen Friedensschlusses zu überzeugen. Den Winter könnte das österreichische Heer nicht mehr durchstehen. Auch die deutsche Regierung musste zugeben, dass ein Sieg der Heere der Mittelmächte nicht mehr möglich war, jedoch wurde die Einleitung von Friedensgesprächen immer wieder hinausgeschoben.³⁴⁵ Der Deutsche Kaiser Wilhelm und sein oberstes Heereskommando wollte nicht direkt sondern nur über Vermittlung der holländischen Königin mit dem Gegner in Kontakt treten. Burian meinte, dass damit Holland in Gefahr geraten wäre, mit in den Krieg hineingezogen zu werden und eine direkte Kontaktaufnahme der richtige Weg sei. So setzte Österreich dem Deutschen Reich noch eine Frist, um dann am 14. September 1918 allein eine Note an alle kriegsführenden Staaten zu senden.

Nach Kaiser Karls Friedensaufforderung im September wartete Wilson mit seiner Antwortnote an die Habsburgermonarchie sehr lange zu, sie erfolgte erst nach dem viel zu spät erlassenen Völkermanifest vom 16. Oktober am 18. Oktober 1918 und war eine klare Absage, das Urteil über das Ende des Vielvölkerstaates. Auch die Intervention von Papst Benedikt XV. kam zu spät. Schon hatten sich in den Nachfolgestaaten Nationalräte gebildet und die Macht übernommen.

9. Die letzten Wochen der Monarchie

9.1. Diplomatie der Ententestaaten im Wandel- die Anerkennung der Exilregierungen

Die „Vierzehn Punkte“ des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson verlangten konkrete Reformen in der Habsburgermonarchie. Die militärische Lage war noch nicht entschieden. Kriegsmüde waren die Völker der Monarchie, aber auch all die kleinen Völker auf beiden Seiten der Front. Und Deutschland war noch immer überzeugt vom angestrebten „Siegfrieden“.

Am 5. Februar 1916 wurde in Paris ein „Nationalrat der tschechischen Länder“³⁴⁶ installiert. Und schon im Sommer 1917 war in Petrograd, im November 1917 in Frankreich die „Tschechoslowakische Legion“ gegründet worden, eine große Heeresgruppe, die auf der Seite der Entente kämpfte. Vor allem Masaryk bemühte

³⁴⁴ Arthur Freiherr von Arz von Straußenburg, 1857- 1935, löst 1917 Conrad als Generalstabschef ab

³⁴⁵ Nach Burian, Drei Jahre, 283/284

³⁴⁶ Markus Mauritz, Tschechien (Regensburg 2002), 71

sich während der Kriegszeit nicht nur durch journalistische Arbeiten, sondern auch durch diplomatischen Einsatz die Staatsgründung vorzubereiten. Sein weiteres Bemühen war, auf die Politiker und Parlamentarier in Böhmen Einfluss zu nehmen.

Im Mai 1918 hatte sich die Situation bei den Ententemächten geändert und ein neues Denken machte sich breit. Bis dahin haben die USA, Frankreich und England versucht, einen Separatfrieden mit Österreich zu schließen. Nachdem aber immer deutlicher wurde, wie groß die Abhängigkeit Österreichs von Deutschland war, änderte sich die Einstellung der Ententemächte. Die Zerschlagung der Habsburgermonarchie rückte in den Vordergrund. Es war vor allem die tschechische Emigrantengruppe, die zuerst Erfolge verzeichnete; sie war auch am besten organisiert. Im Lauf des Sommers 1918 wurde die Exilregierung von den Ententemächten anerkannt und die neu entstehende Tschechoslowakei als kriegsführend auf Seiten der Westmächte betrachtet. Wilsons „*Selbstbestimmung der Völker*“ wurde zu dem amerikanischen neuen Schlagwort, daß „*alle Zweige der slawischen Rasse vollständig von deutscher und österreichischer Herrschaft befreit werden sollten.*“³⁴⁷

In der „Washingtoner Deklaration“ vom 17. Oktober 1918 wurden von Thomas Garrigue Masarik, Eduard Benes und Milan Rastislav Stefanik die Ziele der Exilregierung festgelegt: die Gründung der „Tschechoslowakischen Republik“.

Weitere Reichsteile, die in die Unabhängigkeit strebten, waren die südslawischen Gebiete. Serben, Kroaten und Slowenen der Monarchie fanden im Widerstand gegen die immer stärker werdende Germanisierung und Magyarisierung schon um die Jahrhundertwende immer enger zusammen. Dazu kam 1908 noch die muslimische Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina. In den westlichen Gebieten wurden Kroaten und Slowenen auch von den Italienern bedrängt, die über die Sprachgrenze des Isonzo hinausdrängten und auch die östliche Adriaküste noch ins Auge fassten. Diese Bedrohung ließ auch die Slowenen, wie bereits erwähnt, in einer „jugoslawischen Vereinigung“ Schutz suchen. Die einzige Vertretung der Südslawen war der kroatische Sabor in Zagreb, für den jedoch 1907 nur 2% der Bevölkerung wahlberechtigt waren und den die Ungarn zwischen 1908 und 1913 nicht einberufen haben. So konnten auch die politischen Parteien nicht tätig werden.

³⁴⁷Mark Cornwall, Auflösung und Niederlage. Die österreichisch-ungarische Revolution, in Mark Cornwall (Hg.), Die letzten Jahre der Donaumonarchie. Der erste Vielvölkerstaat im Europa des frühen 20. Jahrhunderts (Essen 2004), 185

Die Slowenen und auch die Kroaten sahen in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie immer noch das kleinere Problem als in Italien, Rußland oder gar einem Großdeutschland. Schon 1912 hatte sich eine gemeinsame kroatisch-slowenische Partei gebildet, über die Grenze zwischen Österreich und Ungarn hinweg. Gegründet wurde sie von der Starčević-Rechtspartei und der Slowenischen Volkspartei. Ihre Forderung ging nach einer Vereinigung der südslawischen Völker, der Begriff des Trialismus kam auf. Sie haben sich auch an Franz Ferdinand gewandt, doch dieser lehnte ab. Slowenien sollte bei Österreich bleiben, der Weg nach Triest war zu wichtig. Es bestand auch ein kroatisch-slowenischer Klub im österreichischen Reichsrat. Im Februar 1914 sandte Nicola Pašić, der serbische Ministerpräsident eine Geheimbotschaft an die serbisch-kroatische Gruppe in Zagreb, dass Serbien mit der Hilfe von Rußland die jugoslawische Frage lösen werde. Er wollte Serbien zum Zentrum der jugoslawischen Einigung machen.

Nach dem Attentat von Sarajevo war die Unterdrückung der Serben, aber auch anderer Südslawen durch die Militärbehörden sehr groß. Militärgouverneure übernahmen die Zivilverwaltung. Damit kam es zu einer starken Emigration. Am 7. Dezember 1914 gab die serbische Regierung in Niš eine Erklärung ab in der es hieß: *„Der Verteidigungsfeldzug... ist gleichzeitig ein Kampf für die Befreiung und Einigung aller unserer unterdrückten Brüder: Serben, Kroaten und Slowenen geworden.“*³⁴⁸ Sie nützte damit das jugoslawische Programm für ihre Zwecke.

Am 26. April 1915 wurden italienische Ansprüche im Londoner Abkommen von den Ententemächten anerkannt, und Italien trat in den Krieg ein. Kroatische und slowenische Emigranten unter kroatischen Politikern Ante Trumbić und Frano Supilo gründeten am 30. April 1915 in Rom das „Jugoslawische Komitee“. Zwei Fragen waren vordringlich: Die Bedrohung durch Italien und die grundsätzliche Frage des Zusammenschlusses mit den Slowenen. Das brachte einen großen südslawischen Einsatz an der Isonzofront, aber auch eine starke Unterordnung unter serbische Vorgaben. Der italienische Außenminister Sidney Sonnino war strikte gegen einen Zusammenschluss aller Südslawen. Das wäre den italienischen Kriegszielen an der östlichen Adria entgegengestanden. So blieb die Jugoslawienfrage auch bei den Ententemächten vorerst ungelöst.

³⁴⁸ Zitiert von Janko Pleterski, Die Südslawenfrage, in Cornwall, 144

Im Herbst 1915 besetzten deutsche Truppen Serbien. Der König, die Regierung, die Skupstina und Reste der Armee flüchteten durch Albanien zu den Westmächten. 1916 wurde in Rußland aus südslawischen Freiwilligenverbänden ein „serbisches Heer“ gebildet, das in der Dobrudscha kämpfte.

Die südslawischen Reichsratsabgeordneten unter Anton Korošek verkündeten schon am 30. Mai 1917 eine Resolution, in der der Zusammenschluss der kroatischen, slowenischen und serbischen Gebiete zu einem Staat unter der Habsburgerdynastie verlangt wurde. Die Deutschen und die Magyaren lehnten jedoch diese Lösung vehement ab. Im Juli 1917 einigte sich jedoch auf Korfu die serbische Exilregierung und das Jugoslawische Komitee auf ein „Jugoslawisches Programm“³⁴⁹. Dabei rechneten die Schöpfer dieser Deklaration schon mit einer Auflösung der Habsburgermonarchie. Die Unterstützung der serbischen Vertreter im kroatischen Sabor für diese Erklärung war jedoch noch nicht gegeben. Die Maideklaration wurde auch in Bosnien-Herzegowina unterstützt, und auch Istrien und Dalmatien standen auf ihrer Seite.

Zum Jahreswechsel 1917/18 verstärkte sich die Unzufriedenheit, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und ein Mitspracherecht von Tschechen und Südslawen bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk wurde gefordert. Die slawischen Vertreter wurden jedoch nur von der sowjetischen Delegation unterstützt.

Im Mai 1918 kam es zu Revolten slowenischer Soldaten in der Steiermark, auch die Meuterei in Cattaro stand schon unter dem Schlagwort „Jugoslawija“³⁵⁰, das zu einem wichtigen Symbol geworden war.

In Österreich hielt die Regierung jedoch noch immer am Dualismus fest, Seidler sprach davon, den Jugoslawienklub zu verbieten und Kaiser Karl versprach einer deutschen Delegation aus slowenischen Gebieten, dass sie beim deutschen Teil der Monarchie bleiben würden. Die Slowenen forderten daraufhin jedoch ihr Recht auf Selbstbestimmung. Am 16. August beriefen sie einen slowenischen Nationalrat nach Ljubljana ein als Teil eines Nationalrats in Zagreb. Doch auch das Völkermanifest vom 16. Oktober erlaubte eine Neubildung von Nationalstaaten nach den Forderungen Wekerles nur im Rahmen des Dualismus, und damit wollten sich die Südslawen nicht begnügen. Am 6. Oktober hatte sich in Zagreb der Nationalrat

³⁴⁹ Pleterski, Südslawenfrage, 150

³⁵⁰ Pleterski, Südslawenfrage, 152

der Serben, Kroaten und Slowenen unter dem Slowenen Korošec eingerichtet und am 29. Oktober kam es zur Trennung von der Habsburgermonarchie. Die wenigen Getreuen Kaiser Karls mussten sich fügen. Dass dieser neue Staat später voll unter die Herrschaft der serbischen Regierung geriet, hängt damit zusammen, dass Serbien als „Kriegsgewinner“ galt.

Der dritte Reichsteil, der durch Exilgruppen um Anerkennung bei den Ententemächten warb, war Polen. Die Polen in Galizien strebten am Beginn des Krieges der sogenannten „Austropolnischen Lösung“ zu. Nach russischer Unterdrückung in diesem Reichsteil und auch im preußischen Teil schien Galizien mit seiner doch weitgehenden Autonomie das Land zu sein, wo zwar noch viel wirtschaftliche und soziale Entwicklungsarbeit nötig war, wo aber alles noch am besten funktionierte.

Einen argen Rückschlag gab es jedoch im November 1916 durch das Versprechen Kaiser Wilhelms zur Schaffung eines polnischen Königreiches. Dieses Königreich wäre ganz vom Deutschen Reich abhängig gewesen, und außerdem verlangte Deutschland noch die Abtrennung und Abtretung eines Schutzstreifens mit drei Millionen polnischen Bewohnern und vielen Bodenschätzen im Westen des neuen Staates. Galizien sollte bei dieser Lösung bei Österreich verbleiben. Es wäre also nur ein kleines Polnisches Reich entstanden. Hinter dieser Idee stand vor allem auch die immer stärkere Abhängigkeit Österreichs vom Deutschen Reich.³⁵¹ In den polnischen Gebieten gewann dadurch der Plan nach der Vereinigung aller polnischen Gebiete unter russischer Vorherrschaft an Gewicht. Die russische Revolution proklamierte die Selbstbestimmung der Völker. Jedoch auch bei den Westmächten wuchs nun das Interesse an einer Lösung der polnischen Frage. Die österreichischen Reichsratsvertreter des Polenklubs unter Ignacy Daszyński³⁵² warben im Jahr 1917 verstärkt für die austropolnische Lösung und den Trialismus. All das brach jedoch nach den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk zusammen.

Doch endgültige Entscheidungen fielen nicht mehr in den polnischen Ländern. Roman Dmowski hatte am 25. November 1914 ein Nationalkomitee gegründet, dass die *„Zerschlagung der feindseligen deutschen Macht und die Vereinigung Polens*

³⁵¹ Jozef Buszko, Die polnischen Politiker über die Ereignisse des Jahres 1918, in Richard Georg Plaschka Hrsg., Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum (Wien 1970)

³⁵² Buszko, Polnische Politiker, 181

*unter dem Zepter des russischen Monarchen“*³⁵³ zum Ziel hatte. Sein Gegenspieler Józef Piłsudski wartete in Galizien auf einen Befreiungskampf; er organisierte eine paramilitärische Truppe. Doch diese Truppen sollten den Armeen der Mittelmächte eingegliedert werden. Nach ihrem Widerstand gegen die Eingliederung wurde Piłsudski verhaftet und in Magdeburg interniert. Schon am 22. Jänner 1917 hatte Präsident Wilson in einer Rede betont, *„dass es ein geeintes, unabhängiges und selbständiges Polen geben und dass in Zukunft die unverletzliche Sicherheit des Landes, des Glaubens und der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung allen Teilen dieses Volkes verbürgt werden sollte.“*³⁵⁴ In den 14 Punkten wurde die Errichtung eines unabhängigen Polens dann als ein Ziel genannt. Roman Dmowski in Paris und der Pianist Ignacy Paderewski in Washington hatten mit vielen anderen Exilpolen auf diese Anerkennung hingearbeitet.

Im Land wurden polnische Verbände unter General Haller aufgestellt, und diesen gelang über Rußland die Flucht nach Frankreich. Polnische Truppen kämpften auf Seiten der Ententearmee und wurden nach Kriegsende zu einem wichtigen Faktor in Polen. Bereits am Jahresende 1917 wurde das polnische Nationalkomitee in Lausanne von Frankreich, Großbritannien, Italien und der USA anerkannt. Am 7. Oktober 1918 wurde eine polnische Nationalregierung unter Piłsudski installiert.

9.2. Der Zusammenbruch, Zerfall der Monarchie

Der Zusammenbruch war vor dem Krieg nicht vorherzusehen, doch während der Kriegsjahre entwickelte sich alles in diese Richtung. Historiker diskutieren darüber, ob innen- oder außenpolitische Gründe schlussendlich den Ausschlag gaben. Es war aber sicher ein Zusammenwirken all dieser Einflüsse.

Ein Punkt war die Herrscherpersönlichkeit. Der Mythos Kaiser Franz Joseph verteidigte am Ende seiner langen Regierungszeit mit dem Krieg seine persönliche Ehre, und für ihn und das Reich zogen viele junge Männer 1914 begeistert in den Krieg. Die Militärs waren überzeugt – und beeinflussten auch den Kaiser, dass man mit den Serben „aufräumen“ müsse. So war die Möglichkeit einer Kriegserklärung für Conrad von Hötzendorf und andere Militärs beinahe wie eine Erlösung. An diplomatische Möglichkeiten dachte man nicht. Und der Vertreter der

³⁵³ Jörg K. Hoensch, Geschichte Polens, (Stuttgart 1998), 236

³⁵⁴ Hoensch, Polen 240

Friedensgruppe, der Thronfolger Franz Ferdinand, war das Opfer des Attentats. Den sicher folgenden Krieg mit Rußland unterschätzte man gewaltig. Der unglückliche Kriegsverlauf 1914 und die vielen Opfer im Serbenfeldzug ließ die Begeisterung freilich rasch schwinden. Und der Tod von Franz Joseph brachte in vielem eine totale Umkehr.

Der junge Herrscher Karl war der Bevölkerung vielfach unbekannt, man war auf ihn bei Kriegsausbruch auch nicht vorbereitet, da er erst durch das Attentat auf Franz Ferdinand zum unmittelbaren Thronfolger aufstieg. Die ersten Kriegsjahre verbrachte er meist an der Front. Karl machte in seiner Unerfahrenheit auch viele Fehler. Eines seiner wichtigsten Ziele war ein baldiger Friedensschluss. Die Sixtusaffäre war sicher gut gemeint, jedoch schlecht ausgeführt. Sie schadete dem Ansehen des jungen Herrschers und seiner Gemahlin und brachte ihm viele Feinde.³⁵⁵

Viele Gegner schaffte sich Karl auch mit seinen Bemühungen, etwas zu verändern. Franz Joseph stand – vor allem in den letzten Jahren seiner Regierungszeit - allen Änderungen sehr skeptisch und ablehnend gegenüber. Karl wollte föderale Strukturen schaffen, den Nationalitäten neue Rechte geben und auch wieder nach der Verfassung regieren. Dabei schaffte er sich Feinde sowohl unter den Konservativen, die keine Änderungen wünschten, und auch unter denen, die die Reformen als nicht weit genug gehend ansahen. Mark Cornwall meint, dass es oft besser gewesen wäre, rasch weitgehende Reformen, vielleicht auch durch Oktroy, durchzuführen.³⁵⁶

Dazu kam aber noch die unglückliche Hand, die Karl bei der Auswahl seiner Berater und Politiker hatte. Ein Grund dafür war, dass er in einer Überschätzung seiner Stellung überzeugt war, alles selbst entscheiden zu müssen. Er hörte vorher immer viele Meinungen an, vertraute eigentlich niemandem und entschied manchmal sehr schnell. So musste er aber Entscheidungen oft wieder rückgängig machen. Seine Gemahlin Zita unterstützte ihn dabei durch Überbetonung des „Gottesgnadentum“ seiner Stellung. Schon seine Auswahl der Ministerpräsidenten in der österreichischen Reichshälfte waren meist Fehlgriffe. Vor allem Ernst von Seidler, ein braver, Karl sehr ergebener Beamter, kam ganz in den Einflussbereich

³⁵⁵ Siehe Kapitel V.4.

³⁵⁶ Mark Cornwall, Auflösung und Niederlage, in Cornwall, Die letzten Jahre der Donaumonarchie. Der erste Vielvölkerstaat im Europa des frühen 20. Jahrhunderts. (Essen 2004) , 176

der Deutschnationalen und schadete der Monarchie damit sehr. Max von Hussarek-Heinlein war auch ein braver Beamter, er hätte in Friedenszeiten vielleicht einen guten Regierungschef abgegeben, aber in dieser kritischen Zeit war er sicher überfordert und musste scheitern. Auch erfolgte seine Berufung viel zu spät, ein Jahr vorher, zur Zeit der Bestellung Seidlers, hätte er unter Umständen noch mehr erreichen können. Dem Kabinettschef und Freund Arthur Polzer-Hoditz brachte Karl noch am meisten Vertrauen entgegen, dieser war jedoch als Anhänger des Föderalismus bekannt und hatte sich vor allem die Feindschaft des Außenminister Czernin und des ungarischen Regierungschef Tisza zugezogen; so ließ Karl ihn dann einfach fallen.³⁵⁷ Der größte Fehlgriff war aber der sehr selbstgefällige und machthungrige Graf Ottokar Czernin.

Die größte Kritik kam von Militärkreisen. Hier wurden von Karl im Armeeoberkommando große Änderungen durchgeführt. Der Chef Conrad von Hötzendorf wurde von Arz von Straussenberg abgelöst. Und als Oberbefehlshaber löste Karl selbst Erzherzog Friedrich ab. In den ersten beiden Kriegsjahren hatte das Militär in der österreichischen Reichshälfte viel Macht ausgeübt, mit Verhaftungen, Prozessen, Todesurteilen... (wie z.B. Karel Kramář...), ähnlich einer Militärdiktatur. Nun wurde ihre Macht deutlich beschnitten, ihr Einfluss zurückgedrängt, die Amnestie vom Juli 1917 machte viel selbstherrliches Handeln wieder zunichte. Somit stand aber Kaiser Karl nun bei allen Schwierigkeiten des Militärs im Mittelpunkt der Kritik. Dass das militärische Oberkommando von Anfang an schwere Fehler begangen hatte wollte man nicht zugeben. Conrad war ein „Angreifer“, und an vielen verlustreichen Niederlagen war seine Fehlplanung schuld.

Als dritter wichtiger innenpolitischer Punkt, der sich auch beim Militär stark auswirkte, kamen noch die Spannungen zwischen den Nationalitäten dazu. Die meisten Völker sahen in dem erbarmungslosen Kampf keinen Sinn mehr.

Außenpolitisch hatte schon die russische Revolution einen großen Einfluss auf die Politik der Habsburgermonarchie ausgeübt. Schon nach der Februarrevolution und dem Sturz des Zaren war die Sorge vor einem Überspringen der revolutionären Bewegung groß. Nach der sozialistischen Oktoberrevolution glaubte Karl, nur durch

³⁵⁷ Die Hetze gegen Polzer-Hoditz kommt am besten in dem Buch von August Demblin zum Ausdruck. Immer wieder wird das Ziel genannt, ihn aus dem Umkreis von Kaiser Karl zu entfernen, da man seinen Einfluss fürchtete. Außerdem hat man den Eindruck, dass Czernin die Furcht hatte, dass seine wahren Beweggründe von Polzer-Hoditz durchschaut wurden.

einen raschen Friedensschluss die Revolution der Massen verhindern zu können. Die Sorge führte auch zu einer gewissen demokratischen Reformbereitschaft. Sie bewirkte aber auch, dass man den Heimkehrern aus der russischen Kriegsgefangenschaft mit sehr viel Misstrauen begegnete. Sie wurden möglichst rasch wieder an die Front geschickt. Das führte zu vielen Desertionen, und auch bei den revolutionären Erhebungen zum Jahresbeginn 1918 war der Einfluss dieser Heimkehrer sehr groß.

Österreich war von seinen Feinden eingekreist, nur ein Separatfrieden und die Loslösung vom verbündeten Deutschland hätte es wahrscheinlich noch retten können. Nach den ersten österreichischen Niederlagen hatte das Deutsche Oberkommando mit Hindenburg, Ludendorff und Kaiser Wilhelm immer mehr die Kontrolle über alle militärischen Unternehmungen übernommen, trotz Hötzendorfs und Kaiser Karls Widerstand. Nur die Front in Italien blieb unter österreichischer Kontrolle. So hatte die Habsburgermonarchie keinerlei Mitentscheidung bei der Auslösung des U-Bootkriegs, obwohl die Schiffe auch unter österreichischer Flagge auslaufen mussten, was zur Kriegserklärung der USA führte. Durch die Gespräche in Spa nach der Sixtusaffäre war Karl politisch, wirtschaftlich und militärisch vollständig unter den Einfluss und die Kontrolle des Deutschen Reiches gelangt.

Dies führte auch zum Umdenken der Ententemächte, für die eine Zerschlagung der Habsburgermonarchie bis dahin kein zwingendes Kriegsziel war. In dieser wichtigen Zeit - vor allem nach der Sixtusaffäre - setzte zusätzlich eine sehr negativ besetzte Feindpropaganda ein, die auch in Österreich starke Verbreitung fand: Großbritanniens Lloyd George startete mit Hilfe von Lord Northcliffe einen Propagandakrieg gegen Österreich, der vor allem gegen den jungen Kaiser, seine Gemahlin und deren „italienische“ Familie gerichtet war. Und im August 1918 warf der italienische Pilot, Journalist und Dichter Gabriele D'Annunzio Propagandaflugblätter gegen den Kaiser direkt über Wien ab.

Dazu war Mitte 1918 die militärische Lage hoffnungslos geworden. Die Piaveoffensive war zum Stillstand gekommen, die deutsche Westoffensive an der Marne wurde durch USA Truppen zurückgedrängt. Hindenburg forderte trotzdem beim Kaisertreffen am 15. August 1918 in Spa neue österreichische Truppen zur Verstärkung der Westfront, ein Friedensschluss kam für ihn noch nicht in Frage.

Der Berater Wilsons Robert Lansing sah jedoch baldige Friedensvorschläge voraus.³⁵⁸ Am 14. September stellte das Habsburgerreich allein ein Friedensansuchen an alle kriegsführenden Staaten. Darin wurde von Karl die Umwandlung seines Reichs in eine „demokratische Staatenkonföderation“ zugesagt.

Am 15. September starteten die Alliierten eine Offensive gegen Bulgarien, sie konnten in zehn Tagen den Kampf entscheiden, König Ferdinand dankte ab. Im Oktober wurde dann auch die Türkei besiegt. Die Ententemächte lehnten den Friedensvorstoß Karls ab. Ludendorff und Hindenburg forderten erst Ende September den Waffenstillstand, eine neue deutsche Regierung unter Prinz Max von Baden wurde gebildet. Die Zerschlagung der Habsburgermonarchie war jedoch für Präsident Wilson und seinen Berater Lansing beschlossene Sache, da konnten auch Karls Versprechungen einer Föderalisierung nichts mehr ändern. Die Exilregierungen von den neuen Nationalstaaten waren schon im Sommer 1918 von der Entente anerkannt worden.

9.3. Die Entstehung des Völkermanifests, seine Auswirkungen und Reaktionen darauf

Elisabeth Kovacs meint, dass eine Verfassungsänderung in der Habsburgermonarchie vor Ende des Krieges jedoch zu einem Zerfall der Armee geführt hätte und daher nicht möglich war.³⁵⁹ Ihrer Meinung nach liegt Rumpler³⁶⁰ auch falsch, wenn er den Ursprung des Völkermanifests bei Entwürfen deutschnationaler Parlamentarier sieht.³⁶¹ Sie sieht den Plan bis Ende September zurückgehend, das Manifest soll durch Intervention des Papstes zustande gekommen sein. An Plänen dafür soll aber im Innenministerium und auch im Ministerratspräsidium schon seit 1917 gearbeitet worden sein.

Es besteht bei einigen Historikern die Meinung, dass die Formulierung des Völkermanifests zum Zerfall der Monarchie den Startschuss gegeben hat. Diese Erklärung trifft jedoch sicher nicht das Wesentliche. Wie ist es zu diesem Manifest überhaupt gekommen?

³⁵⁸ Elisabeth Kovacs, Untergang oder Rettung der Donaumonarchie. Die österreichische Frage. Kaiser und König Karl I. (IV.) und die Neuordnung Mitteleuropas (1916- 1922). (Wien/Köln/ Weimar2004), 440

³⁵⁹ Kovacs, Karl, 451

³⁶⁰ Rumpler, Das Völkermanifest

³⁶¹ Kovacs, Karl, 454. Nach Rumpler sollen die deutschen Reichsratsabgeordneten Teufel, Wolf und Pantz einen Entwurf ausgearbeitet haben.

Schon bei seinem Regierungsantritt hat es für Karl nur zwei Ziele gegeben: Der möglichst baldige Friedensschluss und eine Verfassungsreform, die allen seinen Untertanen gleiche Rechte einräumen sollte. Das große Schlagwort war der Föderalismus; nur verstanden unter diesem Begriff verschiedene Politiker unterschiedliche Lösungen. Der Kampf darum war schon ein auslösender Punkt der Revolution 1848 gewesen, grundlegende Ideen für Reformen hat Kaiser Karl von seinem Onkel Franz Ferdinand übernommen, während der Regierungen von Clam-Martinitz und Seidler wurden Vorarbeiten geleistet. Broucek spricht in seinem Buch die Vermutung aus, dass es im Juli 1917 bei Hussareks Audienzen in Reichenau schon zu Besprechungen gekommen sei, die die Ideen des späteren Völkermanifests betrafen.³⁶² Auch Heinz Rieder spricht davon, dass Hussarek seinen Föderalismus aus diesen Gesprächen genommen hat und daher im Juli 1918 als Ministerpräsidenten berufen wurde, da Karl mit ihm die Verfassungsreform durchführen wollte.³⁶³ So hatte Seidler noch im Juli 1918 ein „Departement für Verfassungsrevision“ unter Professor Dr. Alexander Freiherrn Hold von Ferneck im Ministerratspräsidium eingerichtet.³⁶⁴ Offen blieb nur immer die Frage, ob man mit diesen gefährlichen Änderungen nicht die Zeit nach dem furchtbaren Krieg abwarten sollte. Außerdem gab es einen großen Widerstand von Seiten der nationalen deutschen Gruppen, die den Verlust ihrer Vorherrschaft fürchteten.³⁶⁵ Und einig waren sich die meisten österreichischen Politiker, dass der Dualismus bei allen Planungen große Schwierigkeiten in den Weg stellte.

Den Ausschlag gaben die 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Wilson. Der zehnte Punkt besagte, dass die „*bestmögliche Form zur freien autonomen Entwicklung der Völker Österreich-Ungarns*“ gefordert werde.³⁶⁶ Wilsons Antwort auf Burians Friedensangebot vom 14. September 1918 ließ auf sich warten, und als sie am 20. Oktober eintraf, bezeichnete sie die vierzehn Punkte als überholt, „*die Völker sollten über ihren Weg selbst entscheiden.*“³⁶⁷ Zu diesem Zeitpunkt hatten die Völker

³⁶² Broucek, Kaiser Karl I. (IV.). Der politische Weg des letzten Herrschers der Donaumonarchie. (Wien 1997) 207

³⁶³ Heinz Rieder, Kaiser Karl. Der letzte Monarch Österreich- Ungarn 1887- 1922 (München 1981) 220

³⁶⁴ Helmut Rumppler, Völkermanifest, 17

³⁶⁵ Neue Freie Presse vom 28. August 1918, „Gerüchte über eine neue Staatsform. Bisher keine amtliche Zurückweisung“, 1: ...“Die Staaten, die in Österreich gegründet werden sollen, wären das Gegenteil von der Selbstbestimmung, die Wilson verlangt... Nie werden die Deutschen in Österreich diesen Staat wie eine Artischocke zerplücken lassen.“

³⁶⁶ Zitiert in Alfred Opitz, Zeitenwende im Donauraum. Von der Doppelmonarchie zu den Nachfolgestaaten. (Graz/Wien/ Köln 1983), 125

³⁶⁷ Opitz, Zeitenwende, 126

schon entschieden - die Ententemächte hatten sie durch ihre Anerkennungen dabei noch unterstützt!

Die Entstehung des Manifests liegt sehr im Dunkeln, fest steht nur, dass Hussarek – anders als Czernin in der Sixtusaffäre - hinter seinem Kaiser stand und die Verantwortung für das Manifest übernahm, obwohl es nicht seinen Ideen für eine Verfassungsreform entsprach. Zehn Jahre später hat Hussarek als Grundzüge für seine Gedanken zitiert, dass seiner Ansicht nach die demokratische Entwicklung eine föderative Neubildung behindert habe. Als Beispiel dafür nannte er, dass die Vereinigten Staaten mit einer „*Entnationalisierung der Einwanderer*“ das beste Beispiel dafür seien.³⁶⁸ Hussarek war immer nur für einen „Bundesstaat“, den im Völkermanifest angekündigten „Staatenbund“ lehnte er ab.³⁶⁹ Und seine Pläne für die zentralistische Absicherung des neuen Reiches widersprachen in ihren Grundzügen Wilsons Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker sehr entscheidend. Hussarek wollte eine „*quadralistische Lösung mit den Gruppen deutsche Alpenländer und Sudetenländer als Österreich, Ungarn, Kroatien mit Nebenländern, und Galizien mit einem autonomen ukrainischen Gebiet.*“³⁷⁰

Über die wirkliche Entstehungsgeschichte des Manifests rätselten schon die Zeitgenossen.³⁷¹ Im Sommer 1918 wurde vor allem von tschechischen Zeitungen verbreitet, dass eine Reform der Verfassung in Arbeit sei, eine „*Konföderation nationaler Staaten*“ sollte geschaffen werden.³⁷² Redlich schreibt in seinem Tagebuch am 5. September 1918, dass „*Lammasch mit Karpeles und Seipel wirklich an einer Verfassung arbeitet*“.³⁷³ Von den Deutschen wurden Föderalisierungspläne abgelehnt - die Bedrohung des Deutschtums sahen sie in Böhmen und in den südslawischen Gebieten. Im Ministerratspräsidium fand Hussarek eine Menge von Reformentwürfen und Gutachten von verschiedenen Seiten vor. Die Verfasser ließen sich zum Teil nicht mehr feststellen und sie gaben auch keine konkreten Ratschläge. Hussareks wichtigster Berater in diesen Fragen soll der Leiter des Ministerratspräsidiums Baron Löwenthal gewesen sein.³⁷⁴

³⁶⁸ Maximilian Hussarek, Aus den letzten Wochen des alten Österreich, in Reichspost vom 4. November 1928, 4

³⁶⁹ Rumpler, Völkermanifest, 12

³⁷⁰ Reichspost vom 15. August 1918, 4: Freiherrn von Hussareks Verfassungspläne

³⁷¹ Rumpler, Völkermanifest, 8

³⁷² Rumpler, Völkermanifest, 15

³⁷³ Redlich, Schicksalsjahre Bd.2, 291

³⁷⁴ Rumpler, Völkermanifest, 19

Nach dem Zusammenbruch Bulgariens meinte Kaiser Karl endlich dringend handeln zu müssen. So eröffnete er am 27. September den gemeinsamen Ministerrat mit den Worten: *„Im Zusammenhang mit der außenpolitischen Lage drängt sich die Notwendigkeit einer Rekonstruktion im Inneren, namentlich im Hinblick auf die südslawische Frage auf.“*³⁷⁵ Wekerle drohte sofort, bei einer Einbeziehung von Gebieten aus der ungarischen Reichshälfte alle Lebensmittellieferungen einzustellen. Daher war für den südslawischen Reichsteil nur die Schaffung eines Stückwerks möglich.

Bei den ersten Gesprächen stand selbst Außenminister Burian noch auf der Seite Kaiser Karls und wollte das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ beachtet haben. Er schwenkte jedoch sehr bald auf die ungarische Einschränkung ein. Und Hussarek hatte seinen Glauben an eine südslawische Lösung im Rahmen des Dualismus nach erfolglosen Diskussionen mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Alexander Wekerle schon länger verloren.

In seiner Regierungserklärung am 1. Oktober griff Hussarek das Problem auf, jedoch für die Begriffe „Selbstbestimmungsrecht“ und „nationale Autonomie“ gab er dabei keine konkreten Hinweise. Rumpler ist sich sicher, dass in der an diesem Tag stattfindenden Ministerratssitzung der österreichischen Reichshälfte über eine aus der Staatsdruckerei stammende, schon am 10. April 1918 vom Ministerrat gebilligte Schrift mit dem Titel *„Grundlagen für die Erörterung der Verfassungsrevision“* diskutiert wurde.³⁷⁶ Das Protokoll dieser Sitzung ist nicht vorhanden. Ein Komitee war im März ins Leben gerufen worden, es gehörten ihm verschiedenen Minister an.³⁷⁷ Sie hatten wahrscheinlich den undatierten und nicht unterzeichneten Text ausgearbeitet, der auf Hussareks Schreibtisch gelandet ist.³⁷⁸ Seidlers ursprüngliche Aufgabenstellung war es jedoch, in seinen Reformplänen weder den Dualismus noch die Kronlandgrenzen zu verletzen, eine starke Einengung der Nationen. Hussarek trat nun die Flucht nach vorne an, wahrscheinlich wollte er damit Ungarn mit der südslawischen Lösung ein wenig unter Druck setzen, er tat es in der gemeinsamen Ministerratssitzung vom 2. Oktober 1918.³⁷⁹ Er kündigte dabei an, *„dem Prinzip der nationalen Autonomie entsprechend soll allen Volksstämmen Österreichs im Geiste*

³⁷⁵ Rumpler, Völkermanifest, 19

³⁷⁶ Rumpler, Völkermanifest, 22, Text im Anhang 65- 72

³⁷⁷ Rumpler, Völkermanifest, 22

³⁷⁸ Es steht auf dem Blatt mit Handschrift „Hussarek“ darauf. –Rumpler, Hussarek, 65

³⁷⁹ Rumpler, Völkermanifest 24, ist dieser Meinung

*voller Gleichberechtigung innerhalb der durch das Interesse der Gesamtheit gezogenen Schranken auf ihren Siedlungsgebieten die Selbstbestimmung in nationalen und kulturellen Angelegenheiten , die grundsätzliche Geltung ihrer Sprache in Amt und Schule sowie eine Teilnahme an der staatlichen Verwaltung durch gewählte Volksvertreter gesichert werden.“*³⁸⁰ Nationale Kreise sowie Gerichts- und Verwaltungsbezirke sollten geschaffen werden. Es waren also lediglich Zusagen von Verbesserungen, die z.B. im Mährischen Ausgleich und im Ausgleich in der Bukowina schon erprobt worden waren: eine ausschließliche innere Autonomie. Diese Zugeständnisse waren den verschiedenen Nationalitäten zu diesem Zeitpunkt jedoch schon zu wenig und auch Kaiser Karl wollte mehr.

Der gemeinsame Ministerrat vom 2. Oktober brachte also wieder keine endgültige Lösung - Wekerle fand die bisherigen Versprechungen ausreichend. Weiter als zu einer subdualistischen Lösung mit dem Zusammenschluss von Bosnien-Herzegowina und Dalmatien mit Kroatien-Slawonien unter der ungarischen Krone wollte er nicht gehen. Auch diese Lösung versuchte er hinauszuschieben. Es wurde von ihm nur der Anreiz für ein kaiserliches Handschreiben an die beiden Ministerpräsidenten, das ein Selbstbestimmungsrecht der Völker ankündigen sollte, angeregt. Somit war dieser Ministerrat ohne Ergebnisse geblieben.

Für Kaiser Karl stand damit die Voraussetzung für einen Friedensschluss in Frage, und so wollte er sofort handeln. Als erschwerend kam noch hinzu, dass Wekerle forderte, im Friedensangebot an Wilson den Vorbehalt hineinzunehmen, *„dass die Monarchie die Regelung ihrer inneren Angelegenheiten selbst besorgen wolle,“*³⁸¹ - die Monarchie hatte jedoch nichts mehr zu fordern.

Hussarek sah seine Bemühungen als gescheitert an und wollte die Konsequenzen ziehen. Am 11. Oktober traten er und Wekerle zurück, beide wurden jedoch mit der Fortführung der Regierungsgeschäfte betraut. Gleichzeitig trat wieder dasselbe Chaos wie immer bei Neubestellungen ein. Während der mährische Ackerbauminister Ernst Emanuel Graf Silva-Tarouca(1860- 1936) sich noch um eine Regierungsbildung bemühte, beauftragte Karl am 13. Oktober Freiherrn Spitzmüller³⁸² als Vermittler mit der Kabinettsbildung.

³⁸⁰ Rumpler, Völkermanifest, 22

³⁸¹ Rumpler, Völkermanifest, 27

³⁸² Freiherr Alexander von Spitzmüller- Harmersbach, 1862- 1953, Jurist, Finanzfachmann, Politiker

Rumpler hat in seinem Buch die Entstehung des Völkermanifests verfolgt. Er hat sich dabei besonders mit dem Nachlass von Sektionschef Johann Andreas Eichhoff, damals ein enger Vertrauter und inoffizieller Berater von Kaiser Karl, befasst.³⁸³ Dort sind die verschiedenen Fassungen des Manifests zu finden: Im September war dem Kaiser der Vorschlag zur Föderalisierung vom Armeeoberkommando übergeben worden. Vieles darin entsprach auch den Ideen Hussareks, jedoch Kaiser Karl empfand diese Lösungen als unzureichend. Erschwert wurde dann die Situation durch den Rücktritt von Hussarek und Wekerle am 11. Oktober; vor allem Letzterer hatte große Probleme, in Ungarn überhaupt noch etwas durchzusetzen. Man war in Ungarn der Meinung, dass Änderungen in der österreichischen Reichshälfte die Grundlagen für den Ausgleich beseitigt hätten und wollte diese Gelegenheit nützen. Die beiden Staaten sollten zukünftig nur mehr eine Personalunion mit Kaiser Karl an der Spitze bilden. Wekerles größte Forderung nach der Trennung der Armee war ja vom Kaiser schon zugestanden worden, die Vorarbeiten dafür liefen schon. Für Hussareks Nachfolge war Heinrich Lammasch im Gespräch, eine international sehr geachtete Persönlichkeit, gegen den jedoch die Deutschnationalen und Seidler opponierten.³⁸⁴

Es wurde in diesen Tagen überhaupt viel Politik von den Deutschnationalen und von Silva-Tarouca und Seidler im Hintergrund gemacht. Silva-Tarouca war es auch, der dem Kaiser einen neuen Lösungsplan übergeben hatte, der eigentlich vom Deutschnationalen Oskar Teufel stammte. Auch die deutschnationalen Politiker Karl Hermann Wolf und Freiherr Ferdinand von Pantz sollen an diesem Entwurf beteiligt gewesen sein. Es war eine fein eingefädelte Sache. Baron Eichhoff wurde vom Kaiser mit der Bearbeitung des Textes beauftragt. Gerichtet war dieser Plan gegen die Tschechen, denn die deutschen Gebiete Böhmens sollten damit „Deutsch-Österreich“ angegliedert werden. Hussarek war mit dieser Ausarbeitung nicht befasst, er wurde nur von Silva-Tarouca und Seidler informiert, dass Kaiser Karl bei Audienzen mit verschiedenen Parlamentariern in Baden deren Meinung zu dem Manifest erfahren wollte. Doch die Tschechen und auch die Südslawen konnten diesen Plan nur ablehnen.

Es stellt sich die Frage, warum überhaupt mit solcher Eile vorgegangen wurde. Burian hatte inoffiziell am 4. Oktober von der Antwort Wilsons an das

³⁸³ Rumpler, Völkermanifest, 29

³⁸⁴ Rumpler, Völkermanifest, 35

Deutsche Reich erfahren, und Kaiser Karl wollte nun Wilson beweisen, dass in Österreich alles zur Selbstbestimmung der Völker getan werde. (Rumpler ist der Meinung, dass es Karl in Wirklichkeit mit den Föderalisierungsplänen gar nicht so ernst war.³⁸⁵) Bei der Frage nach der Lösung im deutschen oder tschechischen Sinn änderte Karl in diesen Tagen immer wieder seine Meinung; Böhmen war schon lange ein unlösbares Problem. Eichhoff musste die Pläne mehrmals ändern, über wichtige Sitzungen, z.B. den Kronrat vom 15. Oktober sind auch keine Protokolle vorhanden. Rumpler meint, dass sie mit Absicht entfernt wurden.³⁸⁶ Er übt auch Kritik am Kaiser, der „*an keinem Grundkonzept festhielt sondern sich von verschiedensten Einflüssen, auch von rein zufälligen Vorschlägen beeinflussen ließ*“.³⁸⁷

Er berichtet dann als Illustration dafür vom Ministerrat am 15. Oktober. Am Vormittag des 15. Oktober wurde kurzfristig ein Kronrat einberufen, an dem Wekerle nicht teilnehmen konnte.³⁸⁸ Der Kaiser gab zu, dass er in diesem großen politischen Chaos ein Manifest herausbringen und darin die Umwandlung Österreichs in einen Bundesstaat ankündigen müsse. Spitzmüller berichtet, dass alle Teilnehmer damit einverstanden waren.³⁸⁹ Teilnehmer dieses Kronrates waren Minister Burian, Ministerpräsident Freiherr von Hussarek, Kriegsminister Freiherr von Stöger-Steiner, Finanzminister Freiherr von Spitzmüller, Generalstabschef Baron Arz, General von Waldstätten, Minister Graf Silva-Tarouca.³⁹⁰ Keiner der Teilnehmer war voll informiert darüber, was Karl genau wollte, und es wurde auch kein ausgefertigter Plan vorgelegt. Als Kaiser Karl sah, dass Hussarek voll auf seine Ideen einschwenkte, konnte der Kaiser die Verantwortung auf ihn abschieben und ihn zu seinem Werkzeug machen. Für Karls Schwäche bei Entscheidungen war dies der ideale Anstoß.³⁹¹ Ähnlich hatte er ja auch bei der Aufdeckung der Sixtusaffäre gehandelt, er wollte regieren, möglichst ohne Einmischung; doch Czernin hatte sich vehement zur Wehr gesetzt. Hussarek bewahrte „Loyalität um jeden Preis“, auch noch auf Jahre hinaus. Er blieb bei seiner Verantwortung.³⁹² Und noch in einem Brief an Spitzmüller im Jahr 1933 befürchtet Hussarek, dass die volle Wahrheit zur Kritik

³⁸⁵ Rumpler, Völkermanifest, 45

³⁸⁶ Rumpler, Völkermanifest, 49

³⁸⁷ Rumpler, Völkermanifest, 51

³⁸⁸ Spitzmüller, Und hat auch Ursach`es zu lieben,(Wien 1955), 265/266

³⁸⁹ Spitzmüller, Ursach, 265

³⁹⁰ Protokolle in Cornwall, Die letzten Jahre der Donaumonarchie, 211

³⁹¹ Rumpler, Völkermanifest, 53

³⁹² Aus den letzten Wochen des alten Österreich, von Dr. Max Freiherrn von Hussarek, k.k. Ministerpräsident a.D., in der Reichspost vom 11. November 1928, 2 f.

an Kaiser Karls Entscheidungen führen könnte. Er erwähnt jedoch in diesem Brief, dass die Ideen zum Völkermanifest von Seidler und den Deutschnationalen kamen.³⁹³

Spitzmüller berichtet aber auch von seinem Einwand, dass alle Parteien diesem Manifest vor der Veröffentlichung zustimmen müssten und auch in Ungarn ein Manifest mit der Mitteilung der subdualistischen Lösung erscheinen müsste. Als Finanzminister war Spitzmüller für Bosnien-Herzegowina zuständig und er war überzeugt, dass man die südslawische Bevölkerung über ihr künftiges Schicksal nicht im Ungewissen lassen dürfe.³⁹⁴ Der Kaiser bemerkte dazu nur, dass er am Nachmittag mit Wekerle und Hussarek, die er vorläufig im Amt belassen wolle, eine Beratung abhalten werde und beendete die Sitzung sehr plötzlich. Spitzmüller konnte daraus entnehmen, dass er seine weiteren Bemühungen um eine neue Regierungsbildung einzustellen habe.

In der Besprechung am Nachmittag setzte Wekerle die Aufnahme eines Passus in das Manifest durch mit dem Wortlaut, dass diese Regelung „*unbeschadet der Rechte der Länder der ungarischen Krone*“ erfolgt.³⁹⁵ Spitzmüller gab in seinen Erinnerungen ein vernichtendes Urteil über Wekerle ab. Hussarek hat ihm über Vorhaltungen, dass dieser Passus das Manifest ad absurdum führte, erzählt, dass Wekerle widrigenfalls mit der Einstellung von ungarischen Lebensmittellieferungen gedroht habe.³⁹⁶ So hatte er die Aufnahme dieses Satzes erzwungen.

Rumpler analysiert auch die ungarische Klausel: Die Planer des Manifests Teufel, Seidler und Silva-Tarouca, wollten damit nur eine Lösung für die Deutschen in Böhmen schaffen, die südslawische Frage war für sie nicht vorrangig. Rumpler ist auch der Meinung, dass das Scheitern dieses Projekts schon am 2. Oktober feststand. Nur mehr Hussarek und Spitzmüller wollten nicht klein begeben, weil sie auf diese Lösung setzten. Baron Eichhoff, der natürlich alle Schritte genau verfolgte, hatte für jede Stufe der Verhandlungen auch eine Variante für eine mögliche Ausdehnung auf Ungarn ausgearbeitet, sie wurden jedoch alle schon von Kaiser Karl mit dem Hinweis auf seinen ungarischen Krönungseid abgelehnt.³⁹⁷

³⁹³ Dieser Brief ist abgedruckt in Rumpler, Völkermanifest, 53/54

³⁹⁴ Spitzmüller, Ursach, 265

³⁹⁵ Spitzmüller, Ursach, 268

³⁹⁶ Spitzmüller, Ursach, 68

³⁹⁷ Rumpler, Völkermanifest, 55

Eichhoff selbst schreibt Jahre später über das Manifest: *„Es war nichts als die verspätete Ankündigung einer Verfassungsreform im Sinne der Umgestaltung Österreichs zum Bund freier Völker. Und - gegenüber der Forderung unserer Feinde nach Befreiung der Völker- die Feststellung, dass in Österreich ohnehin alle Völker frei sind.“*³⁹⁸

Die Auswirkungen des Manifests waren eher katastrophal. Jede Nation nahm sich heraus, was für sie günstig war. Hussarek musste viel Kritik einstecken. Spitzmüller beurteilt ihn jedoch sehr positiv: *„Wegen des Fehlschlags des Manifestes die staatsmännischen Fähigkeiten Hussareks anzuzweifeln, ist sicherlich nicht begründet. Tatsächlich hatte Hussarek hinsichtlich aller politischen Probleme, die damals zur Diskussion standen, große Erwartungen, war fein gebildet, klar und überlegt in seinen Entschlüssen. Wäre er ein Jahr früher ans Ruder gekommen und hätte er in aller Ruhe und planmäßig seine Vorbereitungen für eine Umgestaltung des Staates treffen können, der Ausgang seiner Aktion wäre sicherlich ein anderer gewesen. So kam er eben zu spät und mußte sich überstürzt in eine Aktion einlassen, welche ihm mehr durch den Zwang der Umstände als durch die eigene Überlegung aufgenötigt war und bei welcher er sich mit Fug und Recht auf die in den 14 Punkten niedergelegten Versprechungen Wilsons stützen durfte, die dann seitens des amerikanischen Präsidenten nicht eingehalten wurden.“*³⁹⁹

Ein ganz konträres Urteil über das Manifest gab gab Rudolf Sieghart⁴⁰⁰, Finanzberater und großer Gegner von Kaiser Karl ab: *„Das Manifest sei ein unfassbarer Irrtum, das den Abfall der Nationen organisierte und legalisierte, den Zerfall des Reiches verkündete ... Die Weltgeschichte kennt keinen ähnlichen Fall, wo die Auflösung eines Reiches förmlich von oben organisiert wurde...“*⁴⁰¹

Spätere Historiker, wie z. B. Manfred Rauchensteiner urteilen aus der Distanz vieler Jahre anders: *„Man sollte ... nicht vorschnell urteilen, denn angesichts des Loslösungswillens der Nationalitäten der Habsburgermonarchie und des*

³⁹⁸ Neues Wiener Journal vom 31. März 1935, „Die Wahrheit über das Oktobermanifest. Irrtümer. Richtiggestellt von Johann Andreas Freiherrn von Eichhoff, Gesandtem und bevollmächtigtem Minister a.D, ehemaligem k.k. Sektionschef“

³⁹⁹ Spitzmüller, Ursach, 269

⁴⁰⁰ Rudolf Sieghart, 1866- 1934, umstrittener österreichischer Banker, Finanzfachmann, , Jurist

⁴⁰¹ Rieder, Kaiser Karl, 237

*Zerstörungswillens ihrer Gegner war es wohl niemandem mehr möglich, eine Lösung zu finden, die auch nur für einen Staatenbund getaugt hätte.*⁴⁰²

10.Zusammenfassung

10.1.Hussarek weiteres Leben

Hussarek wurde im Mai 1918 von Kaiser Karl zum Ordinarius für Kirchenrecht berufen, doch darauf folgte einen Monat später seine Ernennung zum Ministerpräsidenten. Nach 1918 wurden von sozialdemokratischer und liberaler Seite heftige Angriffe gegen Hussarek wegen seines Klerikalismus⁴⁰³ erhoben. Erst 1927 wurde er von dem Rechtswissenschaftler Hans Kelsen wieder an die Universität berufen- dazwischen wurde er von seinem Posten als Ordinarius durch Staatssekretär Otto Glöckel⁴⁰⁴ suspendiert. Dieser teilte ihm 1920 in einem persönlichen Gespräch mit, dass er ihn nicht für befähigt halte, die Jugend zeitgemäß zu unterrichten- ein sehr politisch gefärbtes Urteil!. Vorlesungen und Übungen in dieser Zeit dürfte er als Privatdozent gehalten haben, aus der Aktenlage⁴⁰⁵ kann man darauf schließen. Aus den verschiedenen Nachrufen⁴⁰⁶ geht jedoch hervor, dass Hussarek vor allem als Wissenschaftler und Lehrer sehr geschätzt war. Die Studenten sollen seine Vorlesungen gerne besucht haben und es soll ihm gelungen sein, die schwere Materie verständlich und zeitgemäß aufzubereiten. *„Sein Kolleg war eines der bestbesuchten der Fakultät.... Seine Hörer folgten seinen Ausführungen mit stärkstem Interesse“.* Und *„Hussarek war einer der beliebtesten Prüfer. Nicht dass er geringe Anforderungen gestellt hätte. Aber er gab sich in allen Fällen sichtlich Mühe, dem... Kandidaten beizuspringen.*⁴⁰⁷

Seine wichtigste und erfolgreichste Tätigkeit war auf dem Gebiet der Wissenschaft: Er begründete die österreichische Kirchenrechtsschule⁴⁰⁸, und er arbeitete auf dem Gebiet des Eherechts, wo er sich vehement für die Untrennbarkeit der Ehe aussprach.⁴⁰⁹ Seine publizistische Tätigkeit in Zeitschriften und

⁴⁰² Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers. Österreich – Ungarn und der Erste Weltkrieg. (Graz 1993), 603

⁴⁰³ Rumpler, Hussarek, 14

⁴⁰⁴ Otto Glöckel, 1874- 1935, Sozialdemokrat, Politiker, Schulreformer

⁴⁰⁵ Angaben nach dem Akt 326 Jus PA 13 im Wiener Universitätsarchiv

⁴⁰⁶ Wiener Zeitung vom 7. März 1935, 9: Hussarek als Lehrer und Staatsmann, Von Kabinettsdirektor a.D. Dr. Josef Löwenthal

⁴⁰⁷ Neue Freie Presse vom 7. März 1935, 4:Max Freiherr von Hussarek +

⁴⁰⁸ Maximilian Hussarek-Heinlein, Grundriß des Staatskirchenrechts, (Leipzig 1908)

⁴⁰⁹ „Zum Ehetrennungsrecht des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches“, und „Die Verhandlungen des Konkordats vom 18. August 1855“, nach Reichspost vom 7.März 1935, „Aus dem Leben des Verstorbenen“,2

Tageszeitungen war sehr offen und umfangreich. So kam er 1923 in den Blickpunkt der Presse, als er in einem Ehrenbeleidigungsprozess verurteilt wurde. Er hatte den amerikanischen Autor Upton Sinclair⁴¹⁰ für sein Buch „Religion und Profit“, deutsche Ausgabe von Prof. Isidor Singer, Leipzig 1922, mit sehr harten Worten kritisiert und ihn einen „Schurken“ genannt.⁴¹¹ Das Buch war ein heftiger Angriff auf die katholische Kirche. Professor Singer strebte daraufhin im Auftrag Sinclairs eine Prozess gegen Hussarek an, und dieser wurde, da er den Wahrheitsbeweis für den „Schurken“ nicht erbringen konnte, verurteilt. Der Prozess erregte großes Aufsehen und viele Sympathien für Hussarek.⁴¹² Das Werk wurde als „religionsfeindliches Pamphlet“⁴¹³ bezeichnet und sogar die Gründung eines „Wehrfonds der österreichischen Katholiken“⁴¹⁴ wurde angeregt.

Schon seit 1912 war Hussarek für das Rote Kreuz tätig- caritative Arbeit war für ihn und seine Gemahlin sehr wichtig, schon in der Kriegszeit hatten sich beide dafür sehr eingesetzt. Nach dem Rücktritt des Fürsten Liechtenstein wurde Hussarek Präsident der Leogesellschaft, eines österreichischen Vereins zur Pflege des katholischen Schrifttums, benannt nach Papst Leo XIII.⁴¹⁵ 1930 wurde Hussarek zum Kurator der Konsularakademie (Theresianische Akademie) ernannt, dessen Neustrukturierung er leitete.

Aus Publikationen in Zeitschriften⁴¹⁶ (vor allem in den Jahrbüchern der Leo-Gesellschaft) geht hervor, dass sich Hussarek mit der Republik nicht wirklich identifizieren konnte. *„Mit Leib und Seele Altösterreicher, empfand er den Zusammenbruch der Monarchie als sein persönlichstes Unglück“*⁴¹⁷ *„Aber er hatte 1918 nicht aufgegeben und die Rettung versucht.“*⁴¹⁸ Auch jetzt versuchte er, sich im neuen Staat zurechtzufinden. Jedoch das „Recht“ stand für ihn zu hoch, als dass es vom Volk ausgehen könnte. Er war bis zu seinem Ende Anhänger der Monarchie.

⁴¹⁰ Upton Sinclair, 1878- 1968, amerikanischer sozialkritischer Schriftsteller

⁴¹¹ Reichspost vom 22. September 1922, 1.

⁴¹² Prozessberichte in der Reichspost vom 21. Und 22. April 1923, Neue Freie Presse vom 20. Und 21. April 1923.

⁴¹³ Reichspost, 21 April, 5

⁴¹⁴ Reichspost, 22. April, 1

⁴¹⁵ Diese Gesellschaft bestand bis 1938

⁴¹⁶ Hussarek, in „Schönere Zukunft“, nach Rumpler, Hussarek, 21

⁴¹⁷ Reichspost von Donnerstag, 7. März 1935, Max Hussarek +

⁴¹⁸ Reichspost vom 11. November 1928, „Aus den letzten Wochen des alten Österreich, von Dr.Max Freiherrn v. Hussarek, k.k. Ministerpräsident a.D., 3-5

„Politik war für Hussarek zeitlebens Auftrag der Krone als oberste Autorität, der er bedingungslos gehorchte!“⁴¹⁹

10.2. Der Zerfall in der Geschichtsschreibung und in zeitgenössischen Berichten

Richard Plaschka (siehe Kapitel I.1.) sieht in seiner Untersuchung zusammenfassend drei Stufen beim sich abzeichnenden Zusammenbruch der Habsburgermonarchie:

Die erste Stufe war der Zusammenbruch der Versorgung, der zu großer Unzufriedenheit und schließlich zu den großen Aufständen am Beginn des Jahres 1918 führte.

Die zweite Stufe wurde auch außenpolitisch mit beeinflusst: Die enorme Friedenssehnsucht und die Auswirkungen der Russischen Revolution führten zu Forderungen nach gesellschaftspolitischen Veränderungen- nach mehr politischer Mitsprache, nach Demokratisierung, nach internationalen friedenserhaltenden Maßnahmen und nach einer Rüstungsbeschränkung.

Dazu kam in der Habsburgermonarchie als dritter Punkt das Nationalitätenproblem: das Zusammenfinden der „sprachnationalen Gruppen“ und die zunehmende Schwäche des „Gesamtstaates“.⁴²⁰

Sehr interessant aber auch sehr widersprüchlich in ihren Aussagen sind die zeitgenössischen Berichte aus dem Jahr 1918, die verschiedenen Interviews, Tagebücher, Selbstbiographien, Biographien und ihre Bearbeitungen. (Redlich, Spitzmüller, Polzer- Hoditz, Baernreither, Burian ...aber auch von Czernin, Prinz Sixtus und Xavier, Kaiser Karl selbst und von Kaiserin Zita .) Zum Teil sah und wusste jeder nur so viel, wie er wissen wollte und legte es nach den eigenen Wünschen und Vorstellungen aus. Es ist sehr erstaunlich, wie unterschiedlich das Geschehen sogar von den Menschen, die alles miterlebt haben, gesehen wurde. War die Situation damals wirklich so undurchschaubar- die verschiedenen Autoren standen doch alle dem Thron und der Regierung sehr nahe?

Es wird jedoch dabei immer wieder die Frage aufgeworfen, ob wirklich die besten Männer in der Politik tätig waren. (Stellen wir uns diese Frage nicht immer

⁴¹⁹ Rumpler, Hussarek, Dissertation, 37

⁴²⁰ Richard Georg Plaschka, Die revolutionäre Herausforderung im Endkampf der Donaumonarchie. In: Richard Georg Plaschka (Hg.), Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donaauraum. (Wien 1970) 18

wieder, in der Geschichte und auch in der Gegenwart.) Wenn man die kurze Regierungszeit Kaiser Karls betrachtet, hat man den gegenteiligen Eindruck. Es waren Beamte, die berufen wurden, und Karl konnte sich nur schwer entscheiden. Macht wollte er keine abgeben. Hugo Hantsch sieht die Tatsachen besonders kritisch: *„Mangelnde Entschlusskraft der leitenden Persönlichkeiten trotz ihrer geistigen Höhe, (politische) Grundsatzlosigkeit trotz ihrer bürgerlichen Ehrenhaftigkeit und Zuverlässigkeit, die Halbheit im Denken und Handeln in allen staatlichen Dingen, die prinzipienlose Unsicherheit und das verhängnisvolle Schwanken zwischen völlig entgegengesetzten Zielen.“*⁴²¹ Wichtig war dem Kaiser, dass seine Pläne vom jeweiligen Ministerpräsidenten durchgeführt wurden. Das beste Beispiel war Seidler, aber auch Hussarek war der „Treue Diener seines Herrn“, er stellte sein eigenes Denken und Wollen hintan. Fraglich ist, ob eine wirklich starke Politikerfigur, wie sie in dieser Situation nötig gewesen wäre, überhaupt vorhanden war. Ein Reichskanzler Kaunitz unter Maria Theresia, ein Ministerpräsident Schwarzenberg beim Regierungsantritt von Kaiser Franz Joseph waren Ausnahmeerscheinungen.

10.3.Zusammenfassende Stellungnahme

In dieser Arbeit wurde versucht, die Entwicklung des Nationalitätenproblems der Habsburgermonarchie im Überblick darzustellen und verschiedene frühe Lösungsmöglichkeiten zu erfassen. Der Schwerpunkt ist dabei auf die Zeit des Ersten Weltkriegs gelegt.

Der Ausgangspunkt für die Differenzen liegt im Jahr 1848, zu diesem Zeitpunkt war das Nationalbewusstsein bei den verschiedenen Völkern noch sehr unterschiedlich ausgeprägt. Und es waren vor allem die Intellektuellen, die ihre Forderungen stellten. Einschneidend ist in der Entwicklung der Abschluss des Ausgleichs mit Ungarn im Jahr 1867. Bei den anderen Völkern der Monarchie regten sich nun stärkere Begehrligkeiten nach mehr Autonomie und Mitsprache. Doch Deutsche und Ungarn fühlten sich kulturell überlegen und wachten über ihre Vorrechte. Auch die Italiener hatten für ihre „Kulturnation“ Vorrechte erworben, für ihre Kinder war der Unterricht in italienischer Sprache kein Problem, entsprechende Schulklassen wurden schon bei geringer Schüleranzahl eingerichtet.

⁴²¹ Hugo Hantsch, Geschichte Österreichs Band 2, (Graz/Wien/Köln 1962), 248

Benachteiligt waren vor allem die Slawischen Gruppen in beiden Reichshälften, die jedoch die Mehrheit inne hatten und immer mehr Selbstbewusstsein entwickelten. Vor allem waren die Tschechen betroffen, die aus ihrer Geschichte gleiche Rechte wie die Ungarn ableiten wollten. Sie hatten jedoch im Kronland Böhmen die Deutschen, die sich kulturell überlegen fühlten, zu Gegnern. Jeder Ausgleichsversuch scheiterte am Widerspruch der jeweils anderen Nationalität. Nur in Mähren gelang 1905 der Ausgleich durch Einführung einer Personalautonomie.

Den Polen in Galizien ging es durch eine gewisse Autonomie besser als den Polen in Rußland und dem Deutschen Reich. Diese Freiheit brachte es auch mit sich, dass polnische Widerstandsgruppen vor allem auf dem Gebiet der Habsburgermonarchie gegründet wurden. Da der Grundbesitz in Galizien meist in polnischer Hand war, waren die Ruthenen in diesem Gebiet die unterdrückte Nation. Die Polen artikulierten vor allem Forderungen nach der Aufhebung des Unrechts der Teilung und dem Ende ihres Staates im 18. Jahrhundert. Sie unterstützten jedoch im Reichsrat meist die Regierung, vor allem bei der Erstellung des Budgets.

Bei den südslawischen Völkern, zum Teil jedoch auch in Galizien haben soziale Forderungen zu Streit und Unruhen geführt. In Slowenien war der Großgrundbesitz vor allem in Deutscher Hand. Und die kleinen Bauern hatten wenig Bildung, wenig Rechte und standen unter dem Einfluss der Kirche. Und in Wien wurden bis zuletzt die slowenischen Wünsche ignoriert, waren doch Triest und der freie Zugang zum Haupthafen der Monarchie sehr wichtig. Die Kroaten, die sich auch auf ihre historische Vergangenheit berufen wollten, hatten innerhalb Ungarns nur eine eingeschränkte Autonomie.

In der Bukowina, dem jüngstem Kronland der Monarchie lebten fünf Völker, keine dieser Nationen war jedoch besonders privilegiert. So gelang dort doch- wenn auch sehr spät (1910)- ein Ausgleich.

In Ungarn hatten die anderen Nationen kaum Rechte, hier war das Ziel die Einheitlichkeit, Slowaken, Rumänen und auch Deutsche mussten sich durch erfolgreiche Magyarisierung ihre Aufstiegschancen erkämpfen. In Ungarn fehlte das allgemeine Männerwahlrecht, welches in der österreichischen Reichshälfte seit 1907 bestand und das auch in Ungarn einen gewissen Ausgleich geschaffen hätte. Nur wenige hatten das Wahlrecht. Die Regierenden in der ungarischen Reichshälfte fürchteten nicht unbegründet, dass die Einführung des allgemeinen Wahlrechts eine soziale Revolution hervorrufen würde, der sich auch die unteren Schichten der

Magyaren, denen es auch sehr schlecht ging, angeschlossen hätten. Und dadurch hätte der Ungarische Adel an Macht verloren.

Schwierig war es mit dem Blick über die Grenzen. Ein kleiner Vergleich soll das zeigen. Während die Tschechen fast nur innerhalb der Grenzen der Monarchie siedelten, blickten Italiener, Serben, Rumänen, Ruthenen... über die Grenzen auf die selbständigen Staaten ihrer jeweiligen Nationalität.

Ein weiteres großes Problem war, dass die Siedlungsgebiete der Nationalitäten sehr vermischt waren. Das beste Beispiel ist Böhmen. Dort lebten vor allem Tschechen und Deutsche. In der letzten Phase wurde zwar versucht, durch die Einteilung in Verwaltungskreise eine Lösung zu schaffen, das gelang nur in Mähren. Die Fronten zwischen Tschechen und Deutschen waren jedoch zu festgefahren, hier war eine Lösung nicht möglich und Ausgleichsverhandlungen scheiterten immer wieder.

Noch verwirrender war die Situation im Süden der Monarchie. Die Slowenen z. B. hatten ihre Rechte gegen Deutsche und Italiener zu erkämpfen. Und Serben und Kroaten lebten im Gebiet der ehemaligen Militärgrenze. Am ehesten konnte noch eine Grenze zwischen Italienern und Deutschen in Tirol gezogen werden.

Aus dem Gesagten ergibt sich, dass eine „Entwirrung“ der Völker unmöglich war- die Zeit nach dem Krieg hat gezeigt, dass das Problem der Minderheiten in jedem neuen „Nationalstaat“ bestehen blieb, zum Teil heute noch besteht. Der Krieg in Jugoslawien ist der beste Beweis dafür, die Gegenwartsprobleme in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo... sind Folgen davon. Aber auch in Österreich bestehen noch immer Probleme bei der Anerkennung der Minderheitsrechte- die Ortstafelfrage wartet immer noch auf eine endgültige Lösung..

Das Wahlrecht entwickelte sich in dieser Zeit langsam, gebunden an die Steuerleistung. Doch es hatte auch noch andere Tücken, selbst als 1907 alle Männer wahlberechtigt waren. Durch die Einteilung der Wahlkreise ist viel soziale Ungerechtigkeit entstanden, es konnte die nationale Vertretung durch das Mehrheitswahlrecht manipuliert werden. Meist waren dann die Deutschen die Gewinner.

So war schon vor dem Ersten Weltkrieg die nationale Situation festgefahren. Die letzten Regierungen konnten vor allem gegen die deutschen nationalen Parteien keine Änderungen und Reformen durchsetzen. Und die Personen, die in der letzten Phase versuchten, das Problem doch noch zu lösen oder zumindest den

Ententemächten, vorrangig den Vereinigten Staaten zu beweisen, dass die Monarchie weiterbestehen könne, waren dem einfach nicht gewachsen. Mit echten Lösungen hätte viel früher begonnen werden müssen, doch der alte Kaiser wollte keine Änderungen mehr. So hatte sich ein großer Reformbedarf aufgestaut.

Auch die innenpolitische Lage war sehr triste. Eine Arbeit im Reichsrat war kaum möglich, dorthin hatte sich der Nationalitätenkampf verlagert, es kam zu Obstruktionen, Schreiduellen, Handgreiflichkeiten... So hat Stürgkh 1914 das Parlament aufgelöst und mit dem § 14 regiert. Mit Ausbruch des Krieges war vor allem in den Randgebieten, aber auch im Land praktisch eine Militärregierung tätig. Erst Kaiser Karl kehrte 1917 wieder zur parlamentarischen Regierung zurück- jedoch auch in der Krisenzeit war eine gedeihliche Arbeit dort nicht möglich.

In der Außenpolitik hatte sich die Situation ebenfalls immer mehr verschärft, vor allem das „Pulverfass“ auf dem Balkan machte immer wieder Probleme. Seit der Annexion von Bosnien- Herzegowina hatte sich die Lage dort noch zugespitzt. „Terroristische“ Gruppen bildeten sich, sie konnten von Serbien aus handeln. Und es gab Warnung vor Anschlägen. Trotzdem besuchte der Thronfolger Franz Ferdinand am Vidovdan (Erinnerungstag an den 28. Juni 1389- Schlacht auf dem Amselfeld!) 1914 Sarajevo und forderte so das Schicksal heraus. Das Ultimatum und die Kriegserklärung gingen dann von Fehleinschätzungen aus- man rechnete mit einem kurzen Kriegsverlauf durch die rasche Niederschlagung Serbiens und mit einer Lokalisierung des Konflikts. Es wurde jedoch ein Weltkrieg daraus.

Auch militärisch hatte sich die Monarchie überschätzt, und so geriet sie schon in den ersten Kriegsjahren in immer stärkere Abhängigkeit von ihrem Bündnispartner, dem Deutschen Reich. Zeitgenossen und auch spätere Historiker vermuten, dass die deutschsprachigen Gebiete nach einem Sieg der Mittelmächte Teil des Deutschen Reiches geworden wären. Es gab auch Gerüchte, dass bei Abschluss eines Separatfriedens die Deutsche Armeeführung (Hindenburg und Ludendorff) mit ihren Truppen in der Monarchie einmarschiert wären.

Kaum zu verstehen ist auch die Handlungsweise der Verantwortlichen in der letzten Phase des Krieges. Kaiser Karl und seine Regierung muss doch gewusst haben, dass Polen, die Tschechoslowakei und die die südslawischen Gebiete von der Entente schon als selbständige Staaten anerkannt, südliche Gebiete den Italienern versprochen waren. Das Völkermanifest war auch aus diesem Grund eine Fehlhandlung. Noch dazu wurde schon von Zeitgenossen vermutet, dass es vor

allem zur Beruhigung der Ententemächte, vor allem des amerikanischen Präsidenten Wilson dienen sollte und nicht so wörtlich gemeint war.

Zusammenfassend muss gesagt werden, dass in den letzten Jahren, ja Jahrzehnten in der Habsburgermonarchie sehr viele Fehler gemacht wurden, die eigentlich nicht mehr gut zu machen waren. Es fehlten starke Persönlichkeiten mit politischer Erfahrung an der Spitze des Landes. Die Zeiten für einen zentralistisch geführten Vielvölkerstaat waren vorbei. Vor allem das kaiserliche „Gottesgnadentum“ wurde abgelehnt, demokratische Mitsprache wurde gefordert.

Literaturnachweis:

Allgemeines, Nachschlagwerke:

Österreichisches Biographisches Lexikon 1815-1950. Akademie der Wissenschaften (Graz 1961)

Erich Bayer/Frank Wende, Wörterbuch zur Geschichte. Begriffe und Fachausdrücke (Stuttgart 1995)

Theodor Schieder, Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa. (Göttingen 1992)

Darstellungen:

Karl Bosl, Versailles – St. Germain – Trianon. Umbruch in Europa vor 50 Jahren (München/Wien/Oldenburger 1971)

Czedik Alois, Zur Geschichte der k.k. österreichischen Ministerien 1861-1916 (Wien 1920)

Mark Cornwall (Hg.), Die letzten Jahre der Donaumonarchie. Der erste Vielvölkerstaat im Europa des frühen 20. Jhdts. (Essen 2004)

Peter Emberger, Woodrow Wilson und der Untergang der Habsburgermonarchie. Diplomarbeit (Wien 1999)

Robert Ehrhart, Im Dienste des alten Österreich (Wien 1958)

Friedrich Engel-Janosi, Österreich und der Vatikan 1846-1918 (Graz/Wien 1960)

Peter Feldl, Das verspielte Reich. Die letzten Tage der österreichisch-ungarischen Monarchie (Wien 1968)

Friedrich Fellner (Hg.), Schicksalsjahre Österreichs 1908-1919. Das politische Tagebuch Josef Redlichs, 2 Bände (Graz/Köln 1953)

Monika Flacke, Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums (Berlin 1998)

Andreas Gottsmann (Hg.), Der Erste Weltkrieg und das Ende der Donaumonarchie (Wien 2007)

Hugo Hantsch, Geschichte Österreichs Bd.2 (Graz/Wien 1962)

Valeria Heuberger, Unter dem Doppeladler. Die Nationalitäten der Habsburger Monarchie (Wien 1997)

Jörg K. Hoensch, Geschichte Böhmens. Von der slavischen Landnahme bis zur Gegenwart (München 1997)

Alois Hudal, Die Österreichische Vatikanbotschaft 1806-1918 (München 1952)

Ludwig Jedlicka, Ende und Anfang Österreichs 1918/19. Wien und die Bundesländer (Salzburg 1969)

Ludwig Jedlicka, Vom alten zum neuen Österreich. Fallstudien zur österreichischen Zeitgeschichte 1900-1975 (St. Pölten 1975)

Robert A. Kann, Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengestalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahr 1918, 2 Bände (Graz/Köln 1964)

Robert A. Kann, Werden und Zerfall des Habsburgerreiches (Graz/Wien 1962)

Robert A. Kann, Die Sixtusaffäre und die geheimen Friedensverhandlungen Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg (Wien 1966)

Friedrich Kleinwächter, Von Schönbrunn bis St. Germain. Die Entstehung der Republik Österreich (Graz 1964)

- Paul Lendvai, Die Ungarn. Eine tausendjährige Geschichte (München 1999)
- Egon Loebenstein (Hg.), 100 Jahre Unterrichtsministerium (Wien 1948)
- Markus Mauritz, Tschechien (Regensburg 2002)
- Birgitt Morgenbrod, Wiener Großbürgertum im Ersten Weltkrieg. Geschichte der „österreichischen politischen Gesellschaft“ 1916-1918 (Wien 1994)
- Andreas Moritsch (Hg.), Alpen-Adria. Zur Geschichte einer Region (Klagenfurt/Ljubljana/Wien 2001)
- Rudolf Neck (Hg.), Österreich im Jahre 1918. Berichte und Dokumente (Wien 1968)
- Alfred Opitz, Zeitenwende im Donauraum. Von der Doppelmonarchie zu den Nachfolgestaaten (Graz/Wien/Köln 1983)
- Richard Plaschka (Hg.), Die Auflösung des Habsburgerreiches: Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum (Wien 1970)
- Erich Prokopowitsch, Das Ende der österreichischen Herrschaft in der Bukowina (München 1959)
- Manfried Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg (Graz 1993)
- Josef Redlich, Österreichische Regierung und Verwaltung im Weltkrieg (Wien 1925)
- Helmut Rumpler, Das Völkermanifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918. Letzter Versuch zur Rettung des Habsburgerreiches (Wien 1966)
- Helmut Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie. Österreichische Geschichte 1804-1914 (Wien 2005)
- Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band 3: Die Völker des Reiches, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Wien 1980)
- Alan Sked, Der Fall des Hauses Habsburg. Der unzeitige Tod eines Kaiserreiches (München 1993)
- Illona Slawinski, Die Bukowina. Vergangenheit und Gegenwart (Bern/Wien 1995)
- Rudolf Wierer, Der Föderalismus im Donauraum (Graz/Köln 1960)
- Friedrich von Wieser, Österreichs Ende (Berlin 1919)
- Zbynek Zeman, Der Zusammenbruch des Habsburgerreiches 1914-1918 (Wien 1963)
- Erich Zöllner, Geschichte Österreichs (München 1961)

Biographien, Selbstbiographien und Tagebücher:

- Gordon Brook-Shepherd, Um Krone und Reich. Die Tragödie des letzten Habsburgerkaisers (Wien/München/Zürich 1968)
- Gordon Brook-Shepherd, Zita. Die letzte Kaiserin. Biographie (Wien 1993)
- Gordon Brook-Shepherd, Kaiser Karl I.: des Reiches letzter Kaiser; Glanz und Elend des letzten österreichischen Herrscherpaares (Wien 1976)
- Peter Broucek, Karl I. (IV.). Der politische Weg des letzten Herrschers der Donaumonarchie (Wien 1997)
- Stephan Burian, Drei Jahre. Aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege (Berlin 1923)
- Alexander Demblin (Hg.), August Demblin. Minister gegen Kaiser. Aufzeichnungen eines österreichisch-ungarischen Diplomaten über Außenminister Czernin und Kaiser Karl. (Wien/Köln/Weimar 1997)

Erich Feigl, „Gott erhalte“ – Kaiser Karl. Persönliche Aufzeichnungen und Dokumente (Wien 2006)

Alexander Fussek, Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh. (Dissertation Wien 1960)

Christine Kosnetter, Ministerpräsident Dr. Ernst Seidler (Dissertation Wien 1963)

Elisabeth Kovác, Untergang oder Rettung der Donaumonarchie. Die österreichische Frage. Kaiser und König Karl I. (IV.) und die Neuordnung Mitteleuropas /1916-1922) (Wien/Köln/Weimar 2004)

Elisabeth Kovác, Kaiser Karl und die Bischöfe der österreichisch-ungarischen Monarchie 1916-1922, in MIÖG 109 (2001)

Stefan Baron Kray, Im Dienste der Kabinettskanzlei während des Weltkrieges. Episoden und Charakterbilder aus dem Leben des Kaiser Franz Josef und Karl. Reflexionen eines ehemaligen Hofsekretärs der K.u.K. Kabinettskanzlei (Budapest 1937)

Reinhold Lorenz, Kaiser Karl und der Untergang der Donaumonarchie (Wien 1959)

Ingeborg Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin (Wien 1969)

Arthur Graf Polzer-Hoditz, Kaiser Karl. Aus der Geheimmappe seines Kabinettschefs (Zürich/Leipzig/Wien 1929)

Josef Redlich, Kaiser Franz Joseph von Österreich :eine Biographie (Berlin 1928)

Heinz Rieder, Kaiser Karl. Der letzte Monarch Österreich-Ungarn 1887-1922 (München1922)

Helmut Rumpler, Max Hussarek. Nationalitäten und Nationalitätenpolitik in Österreich im Sommer des Jahres 1918 (Graz/Köln 1965)

Helmut Rumpler, Die nationalen Probleme in Österreich unter der Ministerpräsidentenschaft Max von Hussareks (dissertation Wien 1962)

Alexander Spitzmüller, Und hat auch Ursach es zu lieben (Wien 1955)

Alexander Spitzmüller, Kaiser Franz Joseph als Staatsmann (Wien 1935)

Karl Werkmann, Aus Kaiser Karls Nachlaß (Berlin 1925)

Zeitungen:

Neue Freie Presse 1918

20., 21 April 1923, 7.März 1935,

Reichspost 1918

22.September 1922, 21.,22.April1923,

11.November 1928 Aus den letzten Wochen des alten Österreich.(Hussarek)

7.März 1935

Neues Wiener Journal

31.März 1935 Die Wahrheit über das Oktobermanifest (Eichhoff)

7.März 1935

Wiener Zeitung 7.März 1935

Quellennachweis:

Akt 326 Jus PA 13 im Wiener Universitätsarchiv

Anhang 1.

14. Punkteprogramm von US-Präsident Wilson vom 8. Jänner 1918

1. Offene, öffentlich abgeschlossene Friedensverträge. Danach sollen keinerlei geheime internationale Abmachungen mehr bestehen, sondern die Diplomatie soll immer aufrichtig und vor aller Welt getrieben werden.
2. Uneingeschränkte Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren, außerhalb der Territorialgewässer, im Frieden sowohl wie im Kriege, ausgenommen jene Meere, die ganz oder teilweise durch internationales Vorgehen zur Durchführung internationaler Verträge gesperrt werden.
3. Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Herstellung einer Gleichheit der Handelsbedingungen für alle Nationen, die dem Frieden beitreten und sich zu seiner Aufrechterhaltung verbinden.
4. Entsprechende gegenseitige Bürgschaften für die Beschränkung der Rüstungen der Nationen auf das niedrigste, mit der Sicherheit im Innern vereinbare Maß.
5. Freier, unbefangener und völlig unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche, auf der genauen Beachtung des Grundsatzes beruhend, daß beim Entscheid in solchen Souveränitätsfragen die Interessen der betreffenden Bevölkerungen ebenso ins Gewicht fallen, wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel zu entscheiden ist.
6. Räumung des ganzen russischen Gebietes und ein Einvernehmen über alle auf Rußland bezüglichen Fragen, das das beste und freieste Zusammenwirken der anderen Völker sichert, um für Rußland eine ungehemmte Gelegenheit zur unabhängigen Bestimmung seiner eigenen politischen Entwicklung und nationalen Politik herbeizuführen und ihm eine herzliche Aufnahme in der Gesellschaft der freien Nationen unter selbstgewählten Staatseinrichtungen, ja noch mehr, Hilfe jeder Art, deren es bedürftig sein und von sich aus wünschen mag, gewährleistet. Die Rußland von seinen Schwesternationen in den nächsten Monaten gewährte Behandlung wird der Prüfstein ihres guten Willens, ihres Verständnisses für seine Bedürfnisse im Unterschied zu ihren eigenen Interessen und ihres verständigen und selbstlosen Mitgefühls sein.
7. Belgien muß, die ganze Welt wird dem beipflichten, geräumt und wiederhergestellt werden, ohne jeden Versuch, seine Souveränität, deren es sich wie alle anderen freien Völker erfreut, zu beschränken. Kein anderer einzelner Schritt wird so wie dieser dazu dienen, das Vertrauen unter den Nationen in die Gesetze wiederherzustellen, die sie selbst geschaffen haben und als maßgebend für ihre Beziehungen zueinander festgesetzt haben. Ohne diesen heilsamen Schritt bleibt die gesamte Struktur und die Gültigkeit des Völkerrechts für immer geschädigt.
8. Das ganze französische Gebiet muß geräumt und die besetzten Teile wiederhergestellt werden. Das Unrecht, das Frankreich im Jahre 1871 in Beziehung auf Elsaß-Lothringen durch Preußen angetan worden ist und das den Weltfrieden während nahezu fünfzig Jahren beunruhigt hat, muß wieder gutgemacht werden, damit der Friede im Interesse Aller wiederhergestellt werden kann.
9. Berichtigung der Grenzen Italiens nach den genau erkennbaren Abgrenzungen der Nationen.
10. Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung zugestanden werden.
11. Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt, die besetzten Gebiete zurückgegeben werden. Serbien sollte ein freier und sicherer Zugang zur See gewährt werden, und die Beziehungen unter den verschiedenen Balkanstaaten zu einander sollten durch freundschaftliche Übereinkunft nach den bestehenden geschichtlichen Richtlinien der Zugehörigkeit und der Nationalität geregelt werden. Internationale Bürgschaften für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit

sowie die Unverletzlichkeit des Gebiets der verschiedenen Balkanstaaten sollten geschaffen werden.

12. Den türkischen Teilen des jetzigen osmanischen Reiches sollte eine unbedingte Selbständigkeit gewährleistet werden. Den übrigen Nationalitäten dagegen, die zur Zeit unter türkischer Herrschaft stehen, sollte eine zuverlässige Sicherheit des Lebens und eine völlig ungestörte Gelegenheit zur selbständigen Entwicklung gegeben werden. Die Dardanellen sollten unter internationalen Bürgschaften als freie Durchfahrt für die Schiffe und den Handel aller Nationen dauernd geöffnet werden.
13. Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; diesem Staat sollte ein freier und sicherer Zugang zur See geöffnet werden, und seine politische sowohl wie wirtschaftliche Unabhängigkeit sollte durch internationale Übereinkommen verbürgt werden.
14. Ein allgemeiner Verband der Nationen muß gegründet werden mit besonderen Verträgen zum Zweck gegenseitiger Bürgschaften für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit der kleinen sowohl wie der großen Staaten.

Anhang 2: Das Völkermanifest vom 16. Oktober 1918

An Meine getreuen österreichischen Völker!

Seitdem Ich den Thron bestiegen habe, ist es Mein unentwegtes Bestreben, allen Meinen Völkern den ersehnten Frieden zu erringen, sowie den Völkern Österreichs die Bahnen zu weisen, auf denen sie die Kraft ihres Volkstums, unbehindert durch Hemmnisse und Reibungen, zur segensreichen Entfaltung bringen und für ihre geistige und wirtschaftliche Wohlfahrt erfolgreich verwerten können.

Das furchtbare Ringen des Weltkrieges hat das Friedenswerk bisher gehemmt. Heldenmut und Treue - opferwilliges Ertragen von Not und Entbehrungen haben in dieser schweren Zeit das Vaterland ruhmvoll verteidigt. Die harten Opfer des Krieges mussten uns den ehrenvollen Frieden sichern, an dessen Schwelle wir heute, mit Gottes Hilfe, stehen.

Nunmehr muss ohne Säumnis der Neuaufbau des Vaterlandes auf seinen natürlichen und daher zuverlässigsten Grundlagen in Angriff genommen werden. Die Wünsche der österreichischen Völker sind hierbei sorgfältig miteinander in Einklang zu bringen und der Erfüllung zuzuführen. Ich bin entschlossen, dieses Werk unter freier Mitwirkung Meiner Völker im Geiste jener Grundsätze durchzuführen, die sich die verbündeten Monarchen in ihrem Friedensangebote zu Eigen gemacht haben.

Österreich soll, dem Willen seiner Völker gemäß, zu einem Bundesstaate werden, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiete sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet. Der Vereinigung der polnischen Gebiete Österreichs mit dem unabhängigen polnischen Staate wird hiedurch in keiner Weise vorgegriffen. Die Stadt Triest samt ihrem Gebiete erhält, den Wünschen ihrer Bevölkerung entsprechend, eine Sonderstellung.

Diese Neugestaltung, durch die die Integrität der Länder der ungarischen heiligen Krone in keiner Weise berührt wird, soll jedem nationalen Einzelstaate seine Selbstständigkeit gewährleisten; sie wird aber auch gemeinsame Interessen wirksam schützen und überall dort zur Geltung bringen, wo die Gemeinsamkeit ein Lebensbedürfnis der einzelnen Staatswesen ist. Insbesondere wird die Vereinigung aller Kräfte geboten sein, um die großen Aufgaben, die sich aus den Rückwirkungen des Krieges ergeben, nach Recht und Billigkeit erfolgreich zu lösen.

Bis diese Umgestaltung auf gesetzlichem Wege vollendet ist, bleiben die bestehenden Einrichtungen zur Wahrung der allgemeinen Interessen unverändert aufrecht. Meine Regierung ist beauftragt, zum Neuaufbaue Österreichs ohne Verzug alle Arbeiten vorzubereiten.

An die Völker, auf deren Selbstbestimmung das neue Reich sich gründen wird, ergeht Mein Ruf, an dem großen Werke durch Nationalräte mitzuwirken, die - gebildet aus den Reichsratsabgeordneten jeder Nation - die Interessen der Völker zueinander sowie im Verkehre Meiner Regierung zur Geltung bringen sollen.

So möge unser Vaterland, gefestigt durch die Eintracht der Nationen, die es umschließt, als Bund der freien Völker aus den Stürmen des Krieges hervorgehen.

Der Segen des Allmächtigen sei über unserer Arbeit, damit das große Friedenswerk, das wir errichten, das Glück aller Meiner Völker bedeute.

Wien, am 16. Oktober 1918.

Karl m. p.
Hussarek m. p.

Anhang 3: Nationalitäten der Habsburgermonarchie⁴²²

	Deutsche	Magyaren	Tschechen	Slowaken	Polen	Ruthenen	Slowenen	Kroaten	Serben	Bosniaken	Rumänen	Italien-Ladiner
Cisleithanien	35,58	(-) ⁴²³	23,02		17,77	12,58	4,48	2,80		0	(-)	2,75
Niederösterreich	95,91	(-)	3,75		(-)	(-)	(-)	(-)		0	0	(-)
Oberösterreich	99,70	0	(-)		(-)	(-)	(-)	0		0	0	(-)
Salzburg	99,73	0	(-)		(-)	0	(-)	(-)		0	0	(-)
Tirol	57,31	0	(-)		(-)	(-)	(-)	(-)		0	0	42,10
Vorarlberg	95,37	0	(-)		(-)	(-)	(-)	0		0	0	4,41
Steiermark	70,50	0	(-)		(-)	0	29,38	(-)		0	0	(-)
Kärnten	78,61	0	(-)		(-)	0	21,24	(-)		0	0	(-)
Krain	5,36	0	(-)		(-)	0	94,40	(-)		0	0	(-)
Triest	6,21	(-)	(-)		(-)	(-)	29,80	1,26		0	(-)	62,30
Görz-Gradiska	1,80	0	(-)		(-)	(-)	61,85	(-)		0	0	36,00
Istrien	3,30	0	(-)		(-)	(-)	14,26	43,52		0	(-)	38,20
Dalmatien	(-)	0	(-)		(-)	(-)	(-)	96,19		0	0	2,84
Böhmen	36,76	0	63,19		(-)	(-)	(-)	0		0	0	0
Mähren	27,62	0	71,75		(-)	(-)	(-)	(-)		0	0	0
Schlesien	43,90	0	24,33		31,72	(-)	(-)	0		0	0	(-)
Galizien	1,13	0	(-)		58,55	40,20	0	0		0	(-)	0
Bukowina	21,24	1,31	(-)		4,55	38,38	(-)	0		0	34,38	0
Kgr. Ungarn	10,40	54,50	0	10,70	(-)	2,50	(-)	1,10	2,50	0	16,10	0
Kroatien-Slawonien	5,10	4,10	0	(-)	0	0	(-)	62,50	24,60	0	(-)	(-)
Bosnien-Herzegowina	1,22	(-)		(-)	0	(-)	0	43,49	22,87	32,25	0	0
Österreich-Ungarn	23,90	20,20	12,60	3,80	10,00	7,90	2,60	5,30	3,80	1,20	6,40	2,00

Die Nationalitäten der Habsburgermonarchie 1910. Quelle: Österreichische Statistik NF 1/1 (1912); Ungarische statistische Mitteilungen NS 42 (1912)

; Ergebnisse der Volkszählung in Bosnien und der Herzegowina vom 10.10.1910 (1912).

Volkszählung: Cisleithanien und Bosnien–Herzegowina nach der Umgangssprache, in Transleithanien nach der Muttersprache.

Serbokroaten in Bosnien-Herzegowina: nach römisch-katholischen bzw. serbisch-orthodoxen Religionsbekenntnis,

⁴²² Nach Helmut Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie (Wien 2005), 557

⁴²³ (-) = unter 1%

Zusammenfassung- Abstract

Es sind drei Themenkreise, mit denen sich die vorliegende Arbeit befasst.

Das Nationalitätenproblem in der Habsburgermonarchie, die Entwicklung desselben seit 1848 und die verschiedenen Lösungsversuche sollten kurz umrissen werden. Es wird aber auch eingegangen auf die unterschiedliche Stellung und die Wünsche der einzelnen Nationen. Daran kann gut der Wandel bei den Forderungen beleuchtet werden. Das Jahr 1848 soll den Ausgangspunkt der Untersuchungen bilden, denn zu diesem Zeitpunkt wurden nationale Forderungen im gesamten Reich geäußert. Freilich waren es vor allem intellektuelle Kreise, die hier ihre Wünsche formulierten; bei den unteren Schichten, vor allem bei den Bauern waren es vor allem soziale Forderungen, die sie aufstehen ließen. Verschärft hat sich die Unzufriedenheit 1867, auch andere Nationalitäten wollten gleiche Rechte wie die Magyaren erreichen. Es gab bis 1914 immer wieder Versuche zum Ausgleich, es scheiterten jedoch alle Pläne an den Widersprüchen von gegnerischen Gruppen. Und die Wünsche waren zwar an den Monarchen gestellt, sie waren jedoch nicht gegen ihn gerichtet. Kaiser Franz Joseph als die oberste Autorität wurde nicht angezweifelt, er war der Mythos, der das Reich zusammenhielt.

Der Schwerpunkt der Untersuchung wurde jedoch auf die Zeit des Ersten Weltkriegs gelegt. Während dieser Epoche führten verschiedene Gründe zu einem Umdenken und zu radikaleren Forderungen. Speziell seit der Annexion von Bosnien-Herzegowina 1908 hat sich die Situation auf dem Balkan verschärft. Bei Ausbruch des Krieges dachten die Verantwortlichen nicht daran, dass sich der Krieg ausweiten und so lange dauern würde. Und auch die wirtschaftliche und soziale Lage hat sich während des Kriegs stark verschlechtert.

Dazu kam die sich drastisch verändernde außenpolitische Lage. Der eigentliche Gegner war für die Ententemächte das Deutsche Reich. Es wurden deshalb Verhandlungen mit dem Habsburgerreich geführt da man hoffte, das Deutsche Reich so isolieren und dann besiegen zu können. Doch Österreichs Abhängigkeit vom Deutschen Reich war so groß, dass eine Loslösung nicht mehr möglich war.

Kaiser Franz Joseph, der achtundsechzig Jahre an der Spitze der Monarchie gestanden war wurde abgelöst von einem jungen, unerfahrenen Nachfolger, dem viele die Fähigkeit zum Regieren in dieser schweren Zeit gar nicht zutrauten.

Die Arbeit befasst sich mit dem jungen Kaiserpaar aber auch mit dem Mann, der die volle Verantwortung für das umstrittene Völkermanifest übernommen hat, das im letzten Moment die Monarchie retten sollte. Er soll hier- beispielgebend für die Politiker der ausgehenden Monarchie- näher beschrieben werden.

Fazit: Die Aussichten für den Fortbestand der Monarchie hatten sich bis zum Kriegsende so verschlechtert, dass kein anderer Ausgang mehr möglich war. Dazu habe ich beim Studium der Literatur den Eindruck gewonnen, dass alle Anzeichen eines drohenden Zerfall des Reiches von den Verantwortlichen negiert wurden. Es waren nicht nur nationale, sondern auch demokratische Forderungen, die das Ende der Habsburgermonarchie auslösten.

Lebenslauf

Elisabeth Haberl, geb. Maschek

Geboren in Wien am 5. Jänner 1943

Eltern Anna Maschek, Beruf Volksschullehrerin

Vater Johann Maschek, Beruf Volksschullehrer, -Direktor

Reifeprüfung 1962 an der Lehrerinnenbildungsanstalt 1070 Wien, Kenyongasse 4-8

Unterrichtstätigkeit an den Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen und
Arbeitslehrerinnen bis 1976,

daneben Lehramtsstudium an der Universität Wien (ohne Abschluss)

1967 Verehelichung mit Wolfgang Haberl, 1968 und 1971 Geburt von zwei Söhnen.

1975 Unfalltod des Gatten

Danach kurzer Versuch, das Lehramtsstudium abzuschließen, aus Zeitmangel nicht
möglich

Unterrichtstätigkeit bis 1978 an katholischen Privatschulen

1975/76 Lehrbefähigungsprüfung für Volksschulen und Hauptschulen(Fächer
Leibesübungen- Mathematik- Geschichte)

Ab 1978 Lehrtätigkeit an öffentlichen Hauptschulen, ab 1988 am Schulversuch Neue
Mittelschule

Nach der Pensionierung im September 2002 Diplomstudium Geschichte an der
Universität Wien

